Nr. 242. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montag.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 15. Oktober 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Nachlaß- oder Vermögenssteuer.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." antwortet in ihrer letzten Nummer auf die von uns im gestrigen Leitartikel zitierten Aeußerungen der „Kreuz-Zeitung" und der „Deutschen Tageszeitung" über die Beschränkung der geplanten Nachlaßsteuer auf entferntere Verwandte und die Ersetzung des dadurch entstehenden voraussichtlichen Steuerausfalls durch eine Art Vermögenssteuer. Mit der zarten Rücksichtnahme, die das bülowoffiziöse Blatt stets befolgt, wenn es genötigt ist, Mitteilungen und Meldungen konservativer Blätter zu bestreiten, vermeidet es auch diesmal sich offen gegen das Blatt der Hammerstein-Epigonen und das Oertelsche Landbündlerblatt zu wenden. Es bringt sein Dementi in der Form eines kleinen Artikels über die Reichsfinanzreform; aber seine Ausführungen richten sich deutlich gegen die „Kreuz-Ztg.".

Allem Anschein nach hat sich die „Kreuz-Ztg." verleiten lassen, in der Freude über das Zurückweichen der Regierung vor dem Ansturm der Agrarier gegen die Nachlaßsteuer allzu früh den Schleier zu lüften, der bisher die im stillen zwischen den Konservativen und ihren Vertrauensmännern in der Regierung gepflogenen Verhandlungen über die Beschränkung der Nachlaßsteuer deckte. Der Regierung ist es unbequem, in der sozialdemokratischen Presse dargelegt und verspottet zu finden, daß sie gehorsam vor den drohenden Mienen der Konservativen zurückweicht, ohne es auf einen Zusammenstoß mit diesen ankommen zu lassen. Sie hält trotz aller Blamagen der letzten Zeit doch noch immer auf Reputation; und besonders Herrn Sydow dürfte es kaum angenehm sein, öffentlich festgestellt zu sehen, daß er, der noch vor einigen Wochen die von ihm geplante Nachlaßsteuer als „conditio sine qua non" des Zustandekommens der Reichs-Finanzreform bezeichnet hat, so im Handumdrehen seine gründlichen Einsichten und festesten Grundsätze wechselt. So behauptet denn das Bülowblatt nach seiner bekannten Dementierungsschablone, daß die Regierung von einer ganzen oder teilweisen Ersetzung der „allgemeinen Nachlaßsteuer" durch eine Vermögenssteuer nichts wissen will.

Wörtlich heißt es in dem Artikel der „Nordd. Allgem. Zeitung":

„So spitzen sich die Erörterungen über die Beteiligung des Besitzes neuerdings dahin zu, ob eine allgemeine Nachlaßsteuer oder eine alljährlich zu entrichtende Vermögenssteuer der gangbarere Weg sein wird. Dabei haben sich auch Zeitungen der mittleren und rechten Parteien zugunsten einer Reichsvermögenssteuer ausgesprochen, wobei sie dahingestellt lassen, ob das Reich die Steuer selbst erheben oder nur gewisse Normen für die Erhebung durch die Bundesstaaten festsetzen oder etwa die Erhebung von Zuschlägen zur Landesvermögenssteuer für Reichszwecke vorschreiben solle.

Die verbündeten Regierungen haben wiederholt und bestimmt darauf hingewiesen, daß die Vermögenssteuer und deren Ausbau für die Bedürfnisse der einzelnen Bundesstaaten unentbehrlich sei, und daß Eingriffe in die Art ihrer Veranlagung oder Erhebung von seiten des Reiches mit der finanziellen Selbständigkeit der Bundesstaaten unvereinbar wären.

Es liegt nicht der mindeste Grund zu der Annahme vor, daß irgend welche Veränderung dieses Standpunktes bei den Bundesregierungen eingetreten oder zu erwarten ist. Einigen der neuerlich beigebrachten Vorschläge scheint der Gedanke zugrunde zu liegen, daß die als Ersatz für die allgemeine Nachlaßsteuer gedachte Reichsvermögenssteuer unter Umständen von den Bundesstaaten nach eigenem Ermessen aufzubringen sei. Dies würde also auf eine Erhöhung der Matrikularbeiträge hinauskommen. Nun ist zuzugeben, daß eine Erhöhung der Matrikularbeiträge tatsächlich wie eine Belastung des Besitzes wirkt, und in mäßigen Grenzen mag eine solche Erhöhung noch möglich sein. Daß aber ein so erheblicher Betrag, wie er zum Ersatz für die allgemeine Nachlaßsteuer — in ihrem ganzen Betrage oder auch nur zu einem wesentlichen Teile — erforderlich wäre, in der Form der Matrikularbeiträge auf die Schultern der Bundesstaaten gelegt werden könnte, ohne ihre Leistungsfähigkeit zu überlasten, ist völlig ausgeschlossen.

Somit steht für die Heranziehung des Besitzes neben einer vielleicht möglichen mäßigen Erhöhung der Matrikularbeiträge bei der Neuregelung der Reichsfinanzen eine andere Form, als die allgemeine Nachlaßsteuer nicht zur Verfügung. Der Gedanke, sie ganz oder teilweise durch eine Vermögenssteuer zu ersetzen, hat keine Aussicht auf Erfolg."

Die „Nordd. Allgem. Ztg." oder ihr Hintermann, der in diesem Fall mit dem Reichsschatzsekretär identisch sein dürfte, sollte nicht so ohne weiteres den konservativen Bemühungen jede Aussicht auf Erfolg absprechen. Die Junker haben nicht nur einzelnen Staatssekretären gegenüber, sondern selbst gegen Kaiser und Kanzler wiederholt ihren Willen durchgesetzt. Sollte die Regierung sich scheuen, für den ganzen Ausfall, der durch die Beschränkung der Nachlaßsteuer entsteht, die Reichsvermögenssteuer als Ersatz eintreten zu lassen, so werden die Konservativen mit sich reden lassen. Eine Dividenden-, Coupon- oder Konjunkturgewinnsteuer ist ihnen sicherlich noch angenehmer, als eine Reichsvermögenssteuer, und sicherlich werden sie, wenn die Regierung diese Steuern der Reichsvermögenssteuer vorziehen sollte, ihr deshalb keine Opposition machen. Den Großagrariern liegt lediglich daran, daß die geplante Ausdehnung der Erbschafts- bezw. Nachlaßsteuer auf Ehegatten und Kinder unterbleibt — und ob in bezug auf dieses Verlangen nicht doch die Regierung vor der Forderung der Konservativen zurückweicht: das wird sich später zeigen. Auch Herr Sydow ist ja zu ersetzen, wenn es nötig sein sollte.

## Zur Wahlrechtskonfusion in Sachsen.

Dresden, 14. Oktober. (Eig. Ber.)

Der sächsische Wahlrechtswirrwarr wird nur schlimmer und unentwirrbarer. Der Zank um die Wahlkreiseinteilung hat jetzt dazu geführt, daß die Mehrheit der Nationalliberalen erklärt, die von der Wahlrechtsdeputation unter geringfügigen Aenderungen — die in Wirklichkeit nur Scheinkonzessionen für einige Städte sind — akzeptierte Heinksche Wahlkreiseinteilung nicht annehmen zu können. Hinzugefügt haben die Wortführer der Nationalliberalen, daß sie damit die Verhandlungen für erledigt halten. Es hat auch die Vertretung der nationalliberalen Mehrheit noch vor der Abstimmung über den Heinkschen Wahlkreisentwurf die Wahlrechtsdeputation verlassen. Da die Wahlkreiseinteilung durch die Verfassung geregelt ist, bedarf jede Aenderung einer Zweidrittelmehrheit. Wenn die Mehrheit der Nationalliberalen auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharrt, so ist es sehr fraglich, ob eine solche Majorität für den stark agrarisch gefärbten Heinkschen Wahlkreisentwurf zu stande kommt. Ohne eine neue Wahlkreiseinteilung läßt sich aber der Wahlrechtskompromiß nicht verwirklichen. Es ist also die Situation verworrener als je zuvor.

Wer indes glaubte, daß die Konfusion nicht größer werden könnte, ist jetzt durch die Regierung eines anderen belehrt worden. Sie hat jetzt endlich zu dem Kompromiß Stellung genommen und wichtige Erklärungen abgegeben, durch die aber die Situation nichts weniger als geklärt, sondern nur verworrener geworden ist.

Graf Hohenthal, der Minister des Innern, erklärte in der heutigen Sitzung der Wahlrechtskommission zunächst, daß die Regierung den Heinkschen Wahlkreisentwurf akzeptiere, sie stehe aber nach wie vor auf dem Boden ihres Wahlrechtsentwurfes und werde diesen im Plenum der Kammer energisch verteidigen. Für den Fall aber, daß ihre Vorlage abgelehnt werde, wolle sie zu dem Kompromiß Stellung nehmen. Der Minister verliest darauf eine Erklärung der Regierung, die im wesentlichen besagt:

„Die Regierung hält einige Bestimmungen des Kompromisses, wie sie jetzt gefaßt sind, praktisch nicht für durchführbar und nimmt Anstoß daran, daß die Wähler, die durch Pluralstimmen privilegiert werden sollen, hinsichtlich ihres Stimmrechts verschieden bewertet werden.

Die Regierung ist ja mit der Wahlrechtsdeputation darin einig, daß durch Gestaltung des Wahlrechts der Einfluß der Massen auf die Staatsleitung in angemessener Weise begrenzt werden muß, damit gewisse Kategorien der Bevölkerung, die einerseits für das ganze Staatsleben von großer Wichtigkeit, andererseits aber der Zahl nach verhältnismäßig schwach sind, nicht Gefahr laufen, von der großen Masse unterdrückt zu werden, sondern zu dem ihnen gebührenden Einfluß gelangen können.

Zu diesem Zwecke wird das allgemeine Wahlrecht zu differenzieren und hierbei von Merkmalen auszugehen sein, die es ermöglichen, auf Grund leicht festzustellender Tatsachen zweckmäßige Wählerlisten in kurzer Zeit zu gewinnen. Von den Merkmalen, die in den Sitzungen der Wahlrechtsdeputation als hierzu geeignet befunden worden sind, akzeptiert die Regierung die Einkommenshöhe, den Grundbesitz, die Zugehörigkeit zur Wählerschaft der Gewerbekammer, das Einjährigenzeugnis und endlich den Staats-, Kirchen-, Schul- und Gemeindedienst, so weit er dem Inhaber wenigstens 1800 Mark jährlich einbringt. Dagegen hat sich die Regierung nicht davon zu überzeugen vermocht, daß die Wähler über 45 Jahre numerisch so schwach seien, daß sie eines Wahlschutzes gegen den Einfluß der jüngeren Wählerschaft bedürften. Auch hat die Erfahrung gelehrt, daß das bloße Alter keine Garantie für höhere politische Einsicht oder patriotische Gesinnung böte. Noch weniger hat die Regierung das von der Deputation aufgestellte Merkmal der wirtschaftlichen Selbständigkeit zur Differenzierung des Stimmengewichts als geeignet befinden können.

Eine sichere Festsetzung der Tatsachen, die diese wirtschaftliche Selbständigkeit erweisen sollen, ist in der Praxis so schwierig und zeitraubend, daß sie der Anfertigung der Wählerlisten unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten würde.

Will man den Bevölkerungsschichten, die numerisch verhältnismäßig schwach sind, den ihnen gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung sichern und damit zugleich die Herrschaft der Massen in die nötigen Grenzen weisen, so darf man doch mit der verschiedenen Bewertung der Wähler nicht weiter gehen, als zu dem eben angegebenen Zwecke nötig ist.

Es ist nach der Ansicht der Regierung nicht erwünscht, die Staatsbürger für die Wahlen in vier Gruppen oder Klassen zu scheiden. Es würde der richtige Grundgedanke, welcher der Deputation vorgeschwebt hat, schon dann und nach Ansicht der Regierung sogar besser zum Ausdruck kommen, wenn die Wähler nur in zwei Gruppen gesondert werden, nämlich erstens in solche, welche der erwähnten numerisch schwachen, aber doch für das Staatsleben wertvollen Bevölkerungsschichten angehören, die eines besonderen Schutzes bedürfen, und zweitens in solche, welche den numerisch stärkeren Bevölkerungsschichten angehören, die eben wegen dieser ihrer numerischen Stärke eines besonderen Schutzes ohne Nachteil entraten können. Die Bildung von vier Gruppen, wie sie das Kompromiß der beiden Landtagsfraktionen ins Auge gefaßt hat, führt einerseits zu Schwierigkeiten bei der Listenaufstellung, die nicht zu unterschätzen sind, andererseits zu einer Gestaltung des Wahlrechts, die für die kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten und den sozial überaus wertvollen Mittelstand durchaus nicht vorteilhaft sein kann.

Hat man für die Differenzierung des Wahlrechts eine sichere Grundlage in der Weise gewonnen, daß die Wählermassen nach den angegebenen Gesichtspunkten in zwei Gruppen gesondert wird, von der die eine Gruppe in der Lage sein soll, bei den Wahlen eine stärkere Einwirkung auf die Zusammensetzung der Kammer auszuüben, als die andere Gruppe, so ist weiter die Frage zu beantworten, in welcher Form diese Differenzierung äußerlich zur Erscheinung kommen soll. Nach Ansicht der Regierung würde es der Sachlage am besten entsprechen, wenn eine jede der zwei Wählergruppen ihre Abgeordneten getrennt wählen würde. Da es aber in den Beratungen der Deputation wiederholt zum Ausdruck gekommen ist, einen wie hohen Wert die Kammer auf die Einheitlichkeit des Wahlaktes legt und da die Regierung die Wahlkreiseinteilung, die das Land in 96 Wahlkreise teilt, nicht ohne zwingendsten Grund von neuem ändern möchte, so empfiehlt sie, die Differenzierung des Wahlrechts in der Weise vorzunehmen, daß die Wähler, welche einem oder mehreren der oben erwähnten privilegierten Kategorien angehören, gleichmäßig je drei Zusatzstimmen erhalten.

Die Verhältniswahl möchte die Regierung am liebsten auch in diesem Eventualvorschlage für das ganze Land und somit auf alle 96 Wahlkreise ausgedehnt sehen. Wenn aber die Deputation und die Kammer auch bei anderweiter Erwägung hierfür nicht zu gewinnen sein sollte, so will sie sich, um das äußerste Entgegenkommen im Interesse einer baldigen und friedlichen Regelung der Wahlrechtsfrage zu betätigen, eventuell, wiewohl schweren Herzens, damit begnügen, die Verhältniswahl wenigstens für die Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen und Zwickau und diejenigen Ortschaften zu fordern, die mit Teilen einer dieser fünf Städte zu einem Wahlkreise zusammengeschlossen worden sind.

Bei ihrem Verlangen einer alle sechs Jahre erfolgenden Integralerneuerung der Kammer bleibt die Regierung auch bestehen. Die Forderung mindestens zweijährigen Wohnsitzes am Orte der Listenaufstellung, die das Kompromiß aufgestellt hat, findet nicht die Zustimmung der Regierung. Auch legt diese keinen Wert darauf, daß zur Wählbarkeit die Entrichtung einer direkten Staatssteuer von wenigstens 30 M. erfordert wird."

Der Minister erklärt noch, daß für den von ihm nicht erwarteten Fall der Ablehnung der Regierungsvorlage, die Regierung einem Gesetze zustimmen werde, das den Erfordernissen der eben abgegebenen Erklärung entsprechend aufgestellt wird. Er sprach noch die Hoffnung aus, daß damit ein Gesetz zustande kommen werde.

Präs. Mehnert, Abg. Hettner und Langhammer dankten dem Minister für diese Erklärung. Langhammer betonte noch, daß man auch den Abgeordneten dankbar sein müsse, die zur Ermöglichung der abgegebenen Erklärung beigetragen haben.

Die Fraktionen traten dann sofort zur Beratung der Regierungserklärungen zusammen. Ueber ihre Stellungnahme ist noch nichts bekannt. Sicher ist aber, daß durch die Regierungserklärungen die Situation noch mehr verwirrt worden ist, als es ohnehin der Fall war. Es erscheint jetzt so gut wie ausgeschlossen, daß die Wahlrechtsreform in dieser Landtagssession zustande kommt.

## Die Balkankrise.

In Serbien und Montenegro scheinen die Demonstrationen zu einer allabendlichen Volksbelustigung geworden zu sein, an die man sich nachgerade wird gewöhnen müssen. Da in Bosnien selbst die Bevölkerung offenbar nicht daran denkt, gerade in dem Moment, in dem das Land eine, wenn auch gänzlich ungenügende Verfassung erhält, sich in einen aussichtslosen Kampf gegen die österreiche Verwaltung zu stürzen, wie die serbischen und montenegrinischen Phantasten vielleicht erwartet haben, so wird das aufgeregte Gebaren wohl keine weiteren Folgen haben. Denn diese kleinen Balkanstaaten würden nur dann eine größere Gefahr für den Frieden bilden, wenn hinter ihnen die russische Macht stünde. Da aber Rußland militärisch und finanziell gelähmt ist und auch seine diplomatische Stellung nur der Unterstützung der Westmächte verdankt, so werden die aufgeregten Herrschaften sich daran genügen lassen müssen, ihre Hoffnungen auf die Konferenz zu setzen. Allerdings ist es nicht gerade wahrscheinlich, daß diese Hoffnungen in Erfüllung gehen werden. In Serbien möchte man, daß ein Teil des Sandschaks Novibazar den Serben zur Beruhigung ihrer aufgeregten Nerven abgetreten werde. Es kann aber wohl als ausgeschlossen betrachtet werden, daß

diese Konferenz, die zum Schutze der Türkei einberufen wird, mit einer neuen Beraubung der Türkei enden werde. Dazu hat sich die englische Diplomatie doch wohl bereits allzusehr festgelegt. Vorläufig ist es auch ganz ungewiß, ob die russischen Kompensationsforderungen werden erfüllt werden. Gegen die freie Durchfahrt durch die Dardanellen spricht vor allem das Interesse der Türkei selbst, der es nicht angenehm sein kann, wenn fremde Kriegsschiffe stets vor den Toren ihrer Hauptstadt erscheinen können. Das russische Verlangen aber, daß nur Rußland und den übrigen Uferstaaten des Schwarzen Meeres die freie Durchfahrt gestattet sein soll, ist auch für England unannehmbar, das mindestens das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen müßte. So erklärt es sich auch, daß in der englischen Presse die Opposition gegen alle Kompensationsforderungen im Wachsen begriffen ist. Vorläufig ist jedenfalls zwischen England und Rußland keine Einigung erzielt worden und es wird immer wahrscheinlicher, daß die Konferenz, wenn sie überhaupt zustande kommen wird, nicht viel mehr wird tun können, als eine Form zu finden, in denen die neuen Aenderungen anerkannt werden und die finanziellen Entschädigungen festzusetzen, die die Türkei von Bulgarien für die Wegnahme der orientalischen Eisenbahnen und für den ostrumelischen Tribut zu erhalten hat. Die Berge kreißen und eine Maus wird geboren.

### Gegen Oesterreich.

**Konstantinopel**, 13. Oktober. An einer heute hier veranstalteten Protestversammlung nahmen einige tausend Personen, Türken, Armenier, Griechen, Serben und Montenegriner teil. Mehrere Redner traten für eine Resolution ein, nach welcher die ottomanische Nation gegen das Vorgehen Oesterreich-Ungarns und Bulgariens protestiert, den türkenfreundlichen Mächten dankt und erklärt, daß sie den Frieden dem Kriege vorziehe und vertrauensvoll das Ergebnis der diplomatischen Schritte der Pforte und der Mächte erwarte. Die Resolution wurde den auswärtigen Regierungen, mit Ausnahme derjenigen Oesterreich-Ungarns, telegraphisch mitgeteilt.

Die Ansammlungen vor den österreichischen Kleiderfirmen haben fast ganz aufgehört, doch wird die Agitation für den Boykott fortgesetzt.

**Jaffa**, 13. Oktober. Bei der Ankunft eines österreichischen Postdampfers veranlaßten heute politische Agitatoren die Bootslader und Auslader, das Schiff zu boykottieren. Dampferboote landeten die Reisenden und die Post. Später griff die Menge das österreichische Postgebäude an und zerstörte die Postwagen und Briefkästen.

**Konstantinopel**, 14. Oktober. Der österreichisch-ungarische Botschafter hat namens seiner Regierung wegen der Boykottierung der Dampfer des österreichischen Lloyd beim Großwesir ernste Schritte getan. Der Großwesir versprach, dem Polizeiminister für Konstantinopel und dem Minister des Innern für die Provinz die nötigen Weisungen zu geben.

### Eine provisorische Regierung auf Kreta.

**Athen**, 14. Oktober. Durch Beschluß der kretischen Kammer wurde eine Kommission ernannt, die die Exekutivgewalt ausüben und die Insel im Namen des Königs von Griechenland gemäß den griechischen Gesetzen regieren soll. Ihre Machtbefugnisse sollen erst ablaufen, wenn die griechische Regierung die Verwaltung der Insel übernehmen wird.

### Deutschland und Bulgarien.

**Köln**, 14. Oktober. Der deutsche Gesandte hat, wie die „Kölnische Zeitung" aus Sofia meldet, der bulgarischen Regierung mitgeteilt, daß, solange Bulgarien sich nicht bereit erkläre, seiner Verpflichtung gegen die Türkei nachzukommen und die Orientbahn wegen ungesetzlicher Beschlagnahme zurückzugeben oder eine Tagesentschädigung von 15 000 Frank an die Betriebsgesellschaft zu bezahlen, die Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens nicht erörtert werden könne.

### Der ostrumelische Tribut.

**Sofia**, 14. Oktober. In der am Abend abgehaltenen Ministerratssitzung wurde folgender wichtiger Beschluß gefaßt: Bulgarien lehnt es ab, an die Türkei eine Entschädigung in Form einer Kapitalisierung des ostrumelischen Tributs zu zahlen.

### Englische Kriegsschiffe.

**Smyrna**, 14. Oktober. An der Küste Kleinasiens gegenüber der Insel Rhodus sind sechs englische Kreuzer eingetroffen.

## Kosakentum in Ungarn.

**Budapest**, 11. Oktober. (Eig. Ber.)

Die Regierung will die Wahlrechtsdemonstrationen um jeden Preis zum Schweigen bringen. Der Budapester Oberstadthauptmann erhielt daher den Auftrag, seine Polizisten mit aller Wildheit gegen die organisierte Arbeiterschaft loszulassen und vor keinem Mittel des Terrorismus gegen die sozialdemokratische Partei zurückzuschrecken. So wütet denn die Polizei in jüngster Zeit weit schändlicher gegen das Proletariat als während der berüchtigten Banffy-Perczelschen Vandurenherrschaft; sie arbeitet wieder nach altem Rezept mit Spitzeln und Lockspitzeln, um die erbitterte Arbeiterschaft zu Unbesonnenheiten zu verleiten, worauf man den Demonstranten, deren die zweibeinigen Polizeifanghunde habhaft werden, durch blutige Mißhandlungen Geständnisse erpressen will, daß die gewerkschaftlichen und Parteiorganisationen den bewaffneten Widerstand inszenieren. Und diesem Kosakentum assistieren die meisten bürgerlichen Blätter, insbesondere die Koalitionspresse, mit ruchloser Verhetzung. So zum Beispiel schreibt der klerikale „Alkotmany":

„Es muß ein warnendes Exempel statuiert werden. Die ganze sozialdemokratische Parteileitung muß gesprengt werden, wenn es sich herausstellt, daß in ihrem Lokal geheime Konventikel gehalten werden. Alle jene Gewerkschaftsorganisationen müssen aufgelöst werden, in welchen Eisenstöcke, Waffen und aufreizende Flugschriften verteilt wurden. Jede Nummer der „Nepszava" muß konfisziert werden, die das eines besseren Loses würdige Proletariat des Landes aufreizt. Bei den Demonstrationen ist alles zusammenzufangen und jeder erwischte Ruhestörer ist aus der Hauptstadt abzuschieben. Die intellektuellen Urheber der Mordversuche aber sind in den Kerker zu stecken. Im Namen der gesamten ungarischen Gesellschaft rufen wir dem Oberstadthauptmann und dem Minister des Innern zu: Weg mit dem Pseudohumanismus! Weg mit den halben Maßregeln!"

Man hat es also mit einem planmäßigen Vernichtungsfeldzug gegen die Organisationen des klassenbewußten Proletariats, mit den schuftigsten Versuchen, die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe um eine ehrliche Wahlreform einzuschüchtern, zu tun. Und die den Titel „Budapester königlich ungarische Staatspolizei" führende Kosakenhorde bietet alles auf, um diesen Auftrag durchzuführen. Am vorigen Sonntag richtete sie gegen die aus einer Volksversammlung kommenden Arbeiter, die durch Ausrufe friedlich für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht demonstrieren, eine wilde Attacke. Aus der Menge wurden — zweifellos von Lockspitzeln — Revolverschüsse auf die Polizisten abgegeben. Daraufhin ließ der Oberstadthauptmann eine Kundmachung affichieren, die jede Straßenkundgebung verbot. Für Donnerstag, den 8. d. Mts., wurden hier einundzwanzig sozialdemokratische Versammlungen einberufen, nach deren Schluß Wahlrechtsdemonstrationen stattfinden sollten; in der „Nepszava" wurde die Arbeiterschaft aufgefordert, im Falle des Verbotes der Versammlungen auf die Straße zu ziehen. Der Oberstadthauptmann forderte von den Einberufern persönliche Bürgschaft für das Unterbleiben jeder Straßenkundgebung, und als dies abgelehnt wurde, verbot er die Versammlungen.

Für diesen Abend bereitete sich die Polizei auf ein großes Blutvergießen vor. Dazu kam es aber nur innerhalb der Mauern der Polizeizentrale und der Wachstuben durch bestialische Mißhandlung wehrloser Häftlinge. Das Publikum wurde von der Polizei gewarnt, in den Abendstunden die Straßen zu betreten, die Reporter der Blätter wurden aufgefordert, sich nächst dem „Generalstab" der Polizeimacht auf dem Oktogonplatz aufzuhalten, um vor den Hufen der Polizeirosse, vor den Geschossen der Polizeirevolver und vor den Polizeisäbeln geschützt zu sein. Es gab jedoch an den „verteidigten" Punkten nur wenige Demonstranten, und als gegen ½10 Uhr abends vom Stadtwäldchen her eine Gruppe von mehreren hundert Arbeitern unter Eljenrufen auf das Wahlrecht die Andrassystraße entlang stadteinwärts zog, war die Kosakenhorde kaum mehr noch zu zügeln. Es wurde Alarm geblasen, und los ging's zur glorreichen Attacke. Wieder fielen einige Revolverschüsse aus der Menge, die Polizisten antworteten mit einer Salve, dann begannen die Säbel zu „arbeiten" und blindlings wurde verhaftet, wer den Fanghunden — ihrer zwanzig bis fünfundzwanzig oft hinter einem Demonstranten oder harmlosen Passanten her — in die Hände geriet. In der Polizeizentrale begann dann die eigentliche „Arbeit des Tages", Bestialitäten nach moskowitischem Muster.

Den Verhafteten wollte man das Geständnis erpressen, daß ein von der sozialdemokratischen Partei eingesetztes „Demonstrations-Arrangierungskomitee" einige Kistenladungen Revolver angeschafft und in einer Metallwarenfabrik Eisenstöcke bestellt habe, daß in den Gewerkschaften die Waffen verteilt wurden usw. Als die Verhörten all dies als unwahr, als unsinnige Erfindungen erklärten, wurden sie von Detektivs mit Fäusten, Ochsenziemern und Gummischläuchen geprügelt, mit Riemen ins Gesicht geschlagen, einzelne wurden so lange gemartert, bis sie das ihnen vorgelegte Protokoll unterschrieben. Am nächsten Tage wurden die Gewerkschaftsbeamten Vago, Vantus und Farago sowie das Parteileitungsmitglied Ludwig Tarczai zur Polizei gebracht; man wollte sie mit den erpreßten Geständnissen der Anstiftung zum Mordversuch, der Verteilung von Waffen überführen. Am schlechtesten erging es dem Redakteur des Eisenbahnerfachblattes, Desider Farago, den die Detektives, als er die Anschuldigungen absurde Unwahrheiten nannte, mit Fäusten und Stöcken auf den Kopf und ins Gesicht schlugen. Farago forderte den ihn verhörenden Konzipisten auf, ihn vor Mißhandlungen zu schützen; die Antwort war, daß der Polizeistrolch aufsprang und den Wehrlosen ebenfalls ins Gesicht schlug. Die Marterung der Verhafteten ist auch amtlich festgestellt. Farago, der auf dem Fußboden des Zimmers, in dem er verhört wurde, Blutflecke wahrgenommen hatte, die von den gemarterten Arbeitern herrührten, begab sich am nächsten Tage in Begleitung seines Verteidigers zum Oberstadthauptmann, um gegen die Brutalitäten der Polizisten die Anzeige zu erstatten, und forderte die sofortige Augenscheinnahme der Blutspuren; deren Vorhandensein wurde denn auch — vierzig Stunden nach den Mißhandlungen — amtlich festgestellt. Daß es außer diesen Schurkenstreichen feiger Polizeistrolche noch Hausdurchsuchungen mit Beschlagnahme von Privatdokumenten und Privatbriefen gab, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Es ist ein planmäßiges Kesseltreiben auf die mit so vielen Opfern errichteten proletarischen Organisationen, ein Werk der Niedertracht, würdig des agrar-feudal-klerikalen Koalitionsgesindels, das die Proteste gegen den frechen Volksbetrug des Pluralitätsschwindels im Blute ersticken will. Und die Koalitionspresse hilft eifervoll mit, indem sie die erpreßten Geständnisse als Bestätigung dessen verkündet, daß hinter den Wahlrechtskämpfen nichts als verbrecherische, die bürgerliche Ordnung bedrohende Umtriebe stecken. Das infame Kosakentum ist die letzte Zuflucht der magyarischen Oligarchie.

## Politische Uebersicht.

**Berlin, den 14. Oktober 1908.**

### Der Ausfall der oldenburger Landtagswahl.

Was der Ausfall der Wahlmännerwahlen zum oldenburger Landtag vermuten ließ, haben die Abgeordnetenwahlen am 13. Oktober bestätigt: eine Verstärkung des Agrariertums. Ist es auch schwer, die parteipolitische Zugehörigkeit jedes einzelnen der gewählten Abgeordneten genauer zu bestimmen, da die Wahlen bürgerlicherseits nicht durch Parteiorganisationen getragen sind, so kann doch mit Gewißheit gesagt werden, fortschrittlich gesinnte Elemente sind es zumeist nicht, die als neue Abgeordnete in den Landtag an Stelle der nicht Wiedergewählten einziehen.

Der oldenburger Landtag zählt 40 Abgeordnete. Die Zahl vermehrt sich um vier, da nach jeder Volkszählung auf je 10 000 Einwohner ein weiterer Abgeordneter entfällt. An dieser Vermehrung nimmt die Sozialdemokratie im Wahlkreise Amt Rüstringen teil, der statt drei jetzt vier Abgeordnete zu wählen hat. Rüstringen war sozialdemokratisch vertreten; die bisherigen Abgeordneten, die Genossen Hug-Bant, Schult-Bant und Heitmann-Oldenburg sind einstimmig wiedergewählt, und Genosse Meyer-Bant, Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, ist als vierter Abgeordneter hinzugewählt worden. Das Mandat im Fürstentum Lübeck hat unsere Partei verloren. Dort siegte das liberal-agrarische Kartell. Gewählt sind dort: 8 Bauernbündler und 3 Liberale, darunter der Lehrer Voß-Eutin, der bereits Abgeordneter war. Auch zieht der Gutsbesitzer v. Levetzow als Bauernbundsführer mit in den Landtag ein. Der Wahlkreis Delmenhorst-Stadt und Land wählte agrarisch, darunter den Bauernbundsführer Müller-Rutzhorn, der seit dem Eindringen der Wahlrechtsreform gegen das Wahlgesetz gewütet hat und vor allem das gleiche Wahlrecht bekämpft. Als sechsten Abgeordneten wählte man den liberalen Bürgermeister Koch, um die Stadt nicht vollständig an die Wand zu drücken.

Unsere Genossen hatten bei der Wahlmännerwahl die Stadt Delmenhorst erobert; da aber Stadt und Land zusammengeworfen sind, reichte das nicht aus, um den Sieg zu erringen.

Im Wahlkreise Stadt und Land Oldenburg sind sieben Abgeordnete zu wählen. Hier wurden von den städtischen Abgeordneten zwei wiedergewählt, darunter der Bürgermeister Tappenbeck; neugewählt wurde der Syndikus der Handelskammer, Prof. Durkhoff, der bei den Zolltarifkämpfen dem Handelsvertragsverein angehörte. Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Lehrer Ahlhorn, der hier als der Vater der Wahlreform von den Bürgerlichen gefeiert wird, wurde mit sozialdemokratischer Hilfe gegen einen Bauernbündler wiedergewählt. Sonst stellt Oldenburg noch einen Mittelständler, einen mittleren Beamten und den Hofmann Gutsbesitzer Funch-Loy sowie einen Landwirt liberaler Couleur. Hier hatten unsere Genossen 31 Wahlmänner in die Wagschale zu werfen; wir erhielten von bürgerlicher Seite 10 Stimmen Zuwachs.

Im Wahlkreis Jever mit 2 Abgeordneten unterlag der linksliberale Abgeordnete Daun gegenüber einem bündlerischen Draufgänger.

Das Oldenburger Münsterland wählte wieder seine Zentrumsmänner. Eine nennenswerte Veränderung vollzieht sich nur durch die Wahl des Professors Frye, der als Neuling einzieht.

Im Wahlkreise Brake, der industriellen Weserecke, wurde der liberale Abgeordnete Tantzen-Stollhamm — bekannt durch seine Leitsätze zur Schulgesetzreform — mit knapper Mehrheit wiedergewählt gegenüber einem Wahlreformgegner.

Im Fürstentum Birkenfeld wurde der Freikonservative v. Hammerstein-Abentheuer, der schon einmal Landtagsabgeordneter war, gewählt, ferner der Rechtsanwalt Dörr (liberal) neben drei ländlichen Abgeordneten. Die Gewählten sind bis auf einen ländlichen Abgeordneten alles neue Männer. Der Erfolg unserer Partei in Oberstein war auch hier nicht groß genug, um uns ein Mandat zu verschaffen.

In den übrigen Wahlkreisen haben sich nennenswerte Veränderungen nicht vollzogen. Das Gesamtbild und das Charakteristische des Wahlausfalles ist der Niedergang des entschiedenen Liberalismus. Unsere Partei hat sowohl an Urwählerstimmen, als an Wahlmännerstimmen gewonnen, wenngleich an einigen Orten kleine Verluste zu verzeichnen sind. —

### Landtagswahlen in Anhalt.

Bei den gestrigen Landtagswahlen für das Herzogtum Anhalt wurden, wie wir bereits gestern telegraphisch gemeldet haben, 11 Nationalliberale, 6 Freisinnige, 1 Sozialdemokrat und 6 Wilde gewählt. Nach den Wahlmännerwahlen sollte die Sozialdemokratie drei Mandate erlangen. In Bernburg wurden indessen die Mandate von vier Wahlmännern für ungültig erklärt, weshalb die Genossen Günther und Peus mit 63 gegen 66 bezw. 64 Stimmen unterlagen. Gegen diese Wahl wird von unseren Parteigenossen selbstverständlich Protest eingereicht werden. Es liegen eine Reihe schwerwiegender Protestgründe vor, über die der im Februar zusammentretende Landtag zu entscheiden haben wird. Allzuviel Hoffnung darf man freilich nicht hegen, denn im Anhalter Landtag entscheidet — wie im Reichstag — nicht Recht, sondern die Gewalt, und die ist gegenwärtig bei den Gegnern. —

### Keine preußische Wahlrechtsreform in Sicht!

Die preußische Regierung hält, nachdem die freisinnigen Parteien ihre Unterstützung bei der Reichsfinanzreform zugesagt haben, die Einbringung einer Wahlrechtsreformnovelle im preußischen Landtage vorläufig nicht mehr für nötig. Der „Frankfurter Zeitung" ist von gut unterrichteter Seite die Mitteilung zugegangen, daß der seinerzeit lediglich wegen der Ausarbeitung des Wahlreformvorschlages an das preußische Ministerium des Innern berufene Hilfsreferent wieder in seine frühere Stellung zurückgesandt worden, ohne daß er seine Arbeit beendet oder ein Nachfolger an seine Stelle zur weiteren Ausarbeitung des Wahlreformvorschlages berufen worden ist.

### Die „Post" und ihre Hintermänner.

Vor einiger Zeit hat „Die Post" eine verleumderische Notiz gegen unseren Genossen Richard Fischer gebracht. In der Notiz wurde ihm vorgeworfen, daß er als Geschäftsführer des „Vorwärts" von Lieferanten Schmiergelder genommen hätte. Diese Notiz war mit verständlichem Behagen von mehreren der „Post" wahlverwandten Blättern abgedruckt worden. Genosse Fischer ersuchte darauf den Staatsanwalt, im öffentlichen Interesse Anklage gegen „Die Post" zu erheben. Während sonst jeder Arbeitswillige, den jemand schief angesehen hat, vom Staatsanwalt im öffentlichen Interesse beschützt wird, wurde der Antrag des Genossen Fischer von der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Fischer mußte den Weg der Privatklage beschreiten. In der ersten Verhandlung vor dem Gericht gaben die Redakteure mehrerer Blätter eine rückhaltlose Ehrenerklärung für Fischer ab und dieser nahm die Klage zurück. In Anbetracht der niedrigen Art der Kampfesweise der „Post" sah sich Fischer jedoch gezwungen, die Klage gegen „Die Post", deren Redakteur Petersen sich ebenfalls zu einer Ehrenerklärung bereit fand, aufrecht zu erhalten. „Die Post" und ihre Polizei-Hintermänner brachten darauf eine große Anzahl neuer Beweisanträge, die die Richtigkeit der Behauptung stützen sollten. Am 29. Oktober findet nun vor dem Moabiter Schöffengericht ein neuer Termin statt, zu dem der „Post"-Redakteur die Buchdrucker Rexhäuser, Massini, Schliebs, Döblin, Mahlo und Russial laden ließ. Außerdem hat „Die Post" die Preßkommission des „Vorwärts", die Neumerkommission und die Firmenträger der Buchdruckerei „Vorwärts" laden lassen.

Auch dieser Termin wird erweisen, daß an der Verleumdungsnotiz der „Post" resp. ihrer Hintermänner kein wahres Wort ist.

### Gelbe gegen christliche Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften, die sich anfangs der Gunst der Behörden und des Unternehmertums rühmen durften, müssen jetzt erleben, daß sie in derselben Weise wie auch die sozialistischen Organisationen bekämpft werden. Wo das nicht auf direktem Wege möglich ist, da versucht man es auf Umwegen, nämlich dadurch, daß man den christlichen die gelben Gewerkschaften entgegensetzt. Ende 1907 bemühten sich die Christlichen, das Fahrpersonal der Straßenbahn in Herten (Westfalen) ihrer Organisation zuzuführen; der Versuch scheiterte daran, daß die Straßenbahnverwaltung, deren Vorsitzender der nationalliberale Parteiführer Arnold ist, ihnen einen gelben, d. h. von der Gnade und dem Gelde der Straßenbahnverwaltung lebenden „Verein der Angestellten der Straßenbahn Recklinghausen—Herten—Wanne" entgegensetzte.

Dasselbe geschah innerhalb des Betriebes der Straßenbahn Recklinghausen—Herne. Dort hatte sich bereits das ganze Fahrpersonal der christlichen Bewegung angeschlossen, als die noch

Unorganisierten zum Beitritt in einen Betriebsverein aufgefordert wurden. Die Einzeichnung mußte in eine Liste erfolgen, die beim Oberschaffner auflag. Zwei Monate später und die Zahlstelle der christlichen Straßenbahner in Recklinghausen löste sich auf, nachdem ein Mitglied nach dem anderen den Weg in den gelben Verein gefunden hatte. Man hat bis heute nichts davon vernommen, daß die Zentrumsvertreter in den Stadtverordnetenversammlungen der betreffenden Gemeinden irgend etwas unternommen hätten, um das Vorgehen der Straßenbahndirektoren ins rechte Licht zu setzen.

Und wie die Behörden so machen es in Recklinghausen, dem Wahlkreise des christlichen Gewerkschaftsführers Schiffer, die Unternehmer. Wie die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung" (M.-Gladbach) berichtet, wurde im vorigen Monat in Recklinghausen, um den christlichnationalen „Deutschen Gärtnerverband" totzumachen, von den selbständigen Gärtnern des Bezirks ein Gärtnerverein „Flora" gegründet, dem Meister und Gesellen angehören. Bemerkenswert ist, daß dabei ein Mann die Hauptrolle spielt, der Vorsitzender des evangelischen Arbeitervereins ist. Gärtnermeister Friedrich Haase, so heißt der Mann, sagte in der Gründungsversammlung des gelben Vereins:

„In unseren Verein sollen Gehilfen und Prinzipale aufgenommen werden. Wir wollen die Arbeitsverhältnisse selber regeln, das Tarifwesen ist zu verurteilen. Die Prinzipale lassen sich durch keine Gewerkschaften Vorschriften machen. Jeder wird nach seiner Leistung bezahlt. Die Gewerkschaften versprechen den Arbeitern hohe Löhne; ihre Agitatoren hetzen die Arbeiter auf; abgesehen ist es dabei auf die Arbeitergroschen, damit die Herren Führer ein gemütliches Leben führen können auf Kosten der Arbeiter. Daher die hohen Beiträge der Gewerkschaften. Die Gelder werden nach auswärts geschickt. So ist es bei den freien Gewerkschaften, bei den christlichen ist es noch schlimmer. In unserm Verein braucht der Beitrag nicht so hoch zu sein und das Geld bleibt im Orte."

So der Herr Gärtnermeister Haase, Vorsitzender des evangelischen Arbeitervereins in Recklinghausen. Die christlichen Gewerkschaftsblätter sind natürlich höchlichst entrüstet über das Vorgehen der Behörden und Unternehmer als Gründer der gelben Gewerkschaften. Die Herren Geistlichen vergessen, daß sie es sind, die die Arbeiterzersplitterung angefangen haben, daß die Gelben nur fortsetzen, womit die Geistlichen begonnen haben. Und wenn sie es so auffällig finden, daß ein Vorsitzender eines evangelischen Arbeitervereins sich der Gelben besonders eifrig annimmt, so ist es nicht minder auffällig, daß die christlichen Gewerkschaften sich mit den so geleiteten evangelischen Arbeitervereinen in der „christlichnationalen Arbeiterbewegung" zusammenfinden und mit ihnen auf dem sogenannten deutschen Arbeiterkongreß Verbrüderungsfeste feiern. —

## Die „unentwegten" Ritter.

Die mecklenburgischen „Ritter" halten ihren Widerstand gegen die ihnen von der großherzoglichen Regierung vorgeschlagene kuriose Verfassungsreform aufrecht. Als heute im Landtag die Wahl einer Kommission von 36 Mitgliedern zur nochmaligen Beratung der Verfassungsvorschläge vorgenommen wurde, wählte sie 18 Gegner der Verfassungsänderung; während die Landschaft, d. h. die Vertreter der mecklenburgischen Städte, 3 Gegner und 15 Befürworter der von der Regierung beantragten Aenderungen in die Kommission sandte.

Nach der Vornahme der Wahlen gab der Vizelandmarschall Freiherr v. Malzahn im Namen von 29 „Rittern" eine Erklärung zu Protokoll, wonach es der Minorität der Ritterschaft durch den Ausfall der Wahlen unmöglich gemacht worden sei, ihre Anschauung in den deputatisch-kommissarischen Verhandlungen zum Ausdruck zu bringen. Sie müsse jetzt unter prinzipieller Zustimmung zu dem großherzoglichen Restrikt der Majorität der Ritterschaft, mit der sie gewiß zu einer Verständigung gekommen wäre, die Verantwortung für den weiteren Verlauf der Verfassungsverhandlungen überlassen. —

## Der letzte Akt der Steinbacher „Revolution".

Vor dem Schöffengericht in Salzungen kam es wegen der bekannten Steinbacher Kratzbalaffäre, die unsere Gegner in der ungeheuerlichsten Weise übertrieben und sogar zur „Revolution" stempelten, die vor dem Schwurgericht aber bekanntlich mit einer großen Enttäuschung der Anklagebehörde endete, zu einem gerichtlichen Nachspiel. Landtagsabgeordneter Genosse Fritz Eckardt war wegen dieser Sache in eine erfolglose Untersuchung wegen Aufreizung zum Aufruhr und Beleidigung des Ministeriums gezogen. Nun hatte auch der Fabrikant Tilmes, das Haupt der Steinbacher Ordnungsbrüder, eine Klage wegen Beleidigung gegen Eckardt angestrengt. Unser Genosse hatte den Tilmes, der in Reichsverbandsmanier gegen uns kämpfte, in einem Flugblatt derb auf die Finger geklopft. Der Gang zum Kadi hatte aber für Tilmes nicht den gehofften Erfolg. Nach Vernehmung zahlreicher Zeugen wurde Genosse Eckardt freigesprochen und dem Kläger die Kosten auferlegt. So endete diese Steinbacher Staatsaktion in allen ihren Teilen mit einem blamablen Fiasko für unsere Gegner.

## Amtliche Gesinnungsschnüffelei.

Dem Bürgermeister Schücking soll jetzt vermutlich auch sein Bruder, der Marburger Professor Dr. Walter Schücking, in die Acht folgen. Das Kultusministerium hat beim Senat der Universität Marburg angefragt, ob Professor Schücking in seinen Vorlesungen auch das politische Gebiet berühre. Der Senat hat diese Frage verneint. Trotzdem ist Professor Dr. Schücking nicht wieder in die Prüfungskommission für Referendare, der er bisher angehört hat, berufen worden.

Man wird dabei an die Worte erinnert, die auf dem deutschen Hochschullehrertag der Professor Weber-Heidelberg über Gesinnungsschnüffelei gebrauchte.

## Soldaten als Konkurrenten der Bauarbeiter.

Die Arbeitslosigkeit ist in Ostpreußen besonders groß. Die für die Baubranche in Betracht kommenden Arbeitslosen trösteten sich deshalb vielfach mit der Aussicht auf eine bessere Konjunktur für den Herbst, weil dann nach dem Oktoberumzug mit dem Abbruch resp. Umbau von Wohn- und Geschäftshäusern begonnen zu werden pflegt. Wie es aber scheint, will der das Erwerbsleben ohnehin schädigende Militarismus den Arbeitern der Baubranche Konkurrenz machen. Bürgerliche Zeitungen melden aus der kleinen Garnisonstadt Rastenburg, dort bestehe in militärischen Kreisen der Plan, zwecks praktischer Betätigung der militärischen Uebungen den Truppen Gelegenheit zu bieten, in den städtischen und ländlichen Ortschaften den Abbruch alter Gebäude und die Herrichtung von Verteidigungswerken aus dem Abbruchsmaterial auszuführen. Das Kommando der 3. Infanteriebrigade hat bereits an die maßgebende Stelle das Ersuchen gerichtet, die Besitzer von abbruchsfähigen Gebäuden zu veranlassen, diese für die genannten Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Die Unternehmer werden es natürlich mit Freuden begrüßen, wenn die militärischen Behörden damit einverstanden sind, daß die Soldaten nicht nur als Landarbeiter, sondern auch als Bauarbeiter ihr Kriegshandwerk ausüben. —

## Unternehmerterrorismus.

Im Baugewerbe in Grimma in Sachsen ist seit zwei Monaten ein Kampf entbrannt, weil die Unternehmer den von den Arbeitern geforderten Stundenlohn von 45 Pf. pro Stunde zu zahlen sich weigerten und erklärten, sie könnten auf keinen Fall mehr als 41 oder 42 Pf. geben, und auch diese erst vom nächsten Jahre ab. Als die Maurer in den Ausstand traten, zahlten die Unternehmer den italienischen Streikbrechern sofort 50 Pf. Da von den streikenden Maurern noch nicht ein Mann abgefallen und mit den Arbeitswilligen nicht viel auszurichten ist, versuchen es die Unternehmer mit terroristischen Akten, um neben den Maurern der gesamten Arbeiterbewegung am Orte einen Schlag zu versetzen, wie dieses, an die Grimmaer Geschäftsleute versandte Zirkular beweist:

Grimma, 9. Oktober 08.

Werter Herr und Geschäftsfreund!

Seit zirka acht Wochen streiken die hiesigen Maurer. Da wir nun hinreichend Ersatzkräfte beschafft haben, so sind wir in den Stand gesetzt, dieser von den Arbeitern in so brutaler Weise vom Zaun gebrochenen Machtprobe vertrauensvoll ins Auge zu sehen. Keiner der verehrten Geschäftsfreunde ist vor diesen Uebergriffen auch nur einen Tag sicher. Und gegen solche Uebergriffe müssen wir uns schützen. Wir sind gezwungen, an Sie nochmals die ergebene Bitte zu richten, unter Ihren Arbeitern oder bei Neueinstellungen von Arbeitskräften genau nachzuprüfen, ob deren Namen in den Streiklisten enthalten sind, denn was Sie jetzt uns damit nützen, das kommt Ihnen selbst zugute. . . .

Hochachtend

**Für den Arbeitgeberverband Grimma und Umgegend**
Aegid. Lehmann, Vorsitzender.

Dieser Terrorismus, gegen den natürlich kein Staatsanwalt einschreiten wird, soll erreichen, daß die Streikenden bei keinem anderen Unternehmer, gleichviel welcher Branche, Arbeit erhalten. Vor allem aber soll erreicht werden, daß die Maurer in diesem Winter vollständig brotlos werden, also nicht — wie bisher — in den Fabriken Unterkommen finden. Die Grimmaer Arbeiterschaft wird nunmehr den Kampf gegen diese Terroristen mit aller Kraft aufzunehmen haben. —

## Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Kartellkommission der Gewerkschaften Kölns hat in ihrer jüngsten Sitzung beschlossen, an die Stadtverordneten einen Antrag zu stellen, der folgende Maßnahmen gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit fordert:

1. Schleunige Inangriffnahme städtischer Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
2. Bereitstellung ausreichender Mittel für Notstandsarbeiten.
3. Ausbau der von der Stadt mit jährlich 20 000 M. subventionierten „Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter" in der Weise, daß auch in der übrigen Zeit des Jahres an die arbeitslosen Mitglieder Tagegelder gezahlt werden.
4. Einführung des sogenannten Genter Systems der Arbeitslosenfürsorge, wonach die Stadt einen Fonds bildet, aus dem den am Orte bestehenden Gewerkschaften und ähnlichen Organisationen Zuschüsse aus städtischen Mitteln zu ihrer Arbeitslosenunterstützung gewährt werden.

Diese Einrichtung besteht in Straßburg i. E. bereits und hat sich zur allseitigen Zufriedenheit bewährt. Endlich fordert die Kartellkommission die Einfügung der sogenannten Lohnklausel in die zwischen der Stadt und den Lieferanten städtischer Arbeiten abzuschließenden Verträge.

**Die Verhandlung in Sachen Kopsch-Mugdan gegen unseren Genossen Mehring findet am 27. Oktober vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte statt.**

# England.

### Demonstrationen vor dem Parlament.

**London**, 13. Oktober. Heute nachmittag kam es zu lärmenden Vorgängen auf dem Trafalgar Square. Vor dem Parlamentsgebäude drängten sich Arbeitslose und eine mit ihnen sympathisierende Volksmenge, um Demonstrationen zu veranstalten. Ein starkes Polizeiaufgebot räumte wiederholt den Trafalgar Square und sperrte alle Zugänge zum Parlamentsgebäude ab.

**London**, 13. Oktober. Der Versuch der Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, das Parlamentsgebäude zu erreichen, schlug vollkommen fehl, da sie die dichte Kette der Schutzleute nicht durchbrechen konnten. Acht weibliche und vier männliche Anhänger des Frauenstimmrechts wurden verhaftet und mehrere Demonstranten verletzt. Außerdem wurden an verschiedenen Punkten neunzehn Arbeitslose verhaftet. Am späten Abend schlug die Menge bei Charing Croß die Fenster ein.

# Rußland.

### Der Universitätsstreik.

**Petersburg**, 13. Oktober. Versammlungen von Studenten des Wegebauinstituts, der Zivilingenieure- und der Elektrotechnikerinstitute beschlossen, das Studium nicht zu unterbrechen, die Studenten des Bergingenieurinstituts dagegen beschlossen, den Besuch der Vorlesungen einzustellen. In der Universität konnten die Vorlesungen nicht wieder aufgenommen werden. Die Universitätsbehörde hat gestattet, daß auf den 15. Oktober eine Studentenversammlung einberufen werde.

**Moskau**, 14. Oktober. Der Rat der Universität beschloß in seiner gestrigen Sitzung, die Vorlesungen fortzusetzen und richtete an die Studenten einen die Obstruktion verurteilenden Aufruf.

### Der Ausnahmezustand.

**Warschau**, 14. Oktober. Der Kriegszustand in den Gouvernements Suwalki, Lomscha, Plock, Siedlce, Lublin, Kalisch mit Ausnahme zweier Bezirke, Kielce mit Ausnahme des Bezirks Olkusz, ist durch den verstärkten Schutz, und in den Gouvernements Radom und Warschau durch den außerordentlichen Schutz ersetzt worden.

# Persien.

### Der Sieg der Revolutionäre.

**Täbris**, 14. Oktober. Nach der Besitznahme des monarchistisch gesinnten Stadtviertels Dawatschi demolierten die Revolutionäre die Häuser von fünf reichen Mitgliedern des Monarchistenklubs, darunter das des Verwalters der Landgüter des Schahs. Die ganze Stadt ist nunmehr in den Händen der Revolutionäre, die neue Befestigungen anlegen, um das Eindringen der Truppen in die Stadt zu verhindern. —

# Der Nürnberger Parteitag in den Organisationen.

### Zur Erklärung des Genossen Vollmar.

Genosse G. Löwenstein-Nürnberg teilt uns mit, daß er schon in der Nürnberger Versammlung, als ihm die Genossen Walther und Segitz die Richtigkeit seiner Behauptung über die Drohung Vollmars bestritten, erklärt habe, daß er sich auf eine Aeußerung des Genossen Landtagsabgeordneten Rollwagen stütze, der in der Nürnberger Parteiversammlung vor dem Parteitag von einer solchen Drohung gesprochen habe.

Wie aus einer Erklärung des Genossen Rollwagen in der „Münchener Post" hervorgeht, hat er aber nicht gesagt, daß Genosse Vollmar mit seinem Rücktritt gedroht habe für den Fall, daß die Landtagsfraktion nicht in die Zustimmung zum Etat willige. Vielmehr habe er mitgeteilt, daß Genosse Vollmar in einer Fraktionssitzung, worin ein Brief des Genossen Bebel verlesen wurde, mit Bezug darauf erklärt habe, daß eine solche Bevormundung durch den Parteivorstand einer Fraktion unwürdig und für ihn das Ende seiner parlamentarischen Tätigkeit gekommen sei.

Dem Genossen Löwenstein ist also eine Verwechselung unterlaufen. Es geht jedoch aus dem Sachverhalt deutlich hervor, daß er — was wir nie bezweifelt haben — durchaus in gutem Glauben gehandelt hat und daß ihn der Vorwurf Vollmars, die Behauptung sei frei erfunden, nicht trifft.

Die „Bremer Bürgerzeitung" bemerkt zu der Affäre:

„Vielleicht ist es auch eine Erfindung, daß Genosse v. Vollmar im bayerischen Landesvorstande gesagt haben soll: „Ihr müßt Korpsgeist" zeigen, als es sich ihm darum handelte, eine gegenteilige Stellungnahme des Landesvorstandes zur Budgetbewilligung zu verhindern. Daß v. Vollmar diese Aeußerung gemacht habe, teilte Genosse Henke bei der Berichterstattung über den Nürnberger Parteitag in Bremen mit, wobei er sich auf Aeußerungen eines Mitgliedes des bayerischen Landesvorstandes stützte."

* * *

Die Bremer Parteigenossen beschäftigten sich in drei Versammlungen mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages. In der letzten, stark besuchten Versammlung vom Dienstag wurde mit allen gegen 6 Stimmen folgende Resolution Henke angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Bremen erklärt sich mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages als der obersten Vertretung der Partei einverstanden. Insbesondere steht sie in der Budgetfrage durchaus auf dem Boden der Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission. In der Erkenntnis, daß die Einheitlichkeit des Handelns der Partei die höchste Aufgabe aller ihrer Mitglieder sein muß, gibt die Versammlung der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Genossen, welche einer Budgetbewilligung nicht abgeneigt sind, entgegen allen gegenteiligen Kundgebungen jene Einheit wahren werden, insbesondere als ja nach ihrer Ansicht die Budgetfrage ganz untergeordneter Art ist."

* * *

Eine Parteiversammlung in Zittau nahm nach ergiebiger Diskussion folgende Resolution gegen wenige Stimmen an: „Die Mitglieder der Zahlstelle Zittau des ersten sächsischen Reichstagswahlkreises erklären sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Sie verlangen von jedem Parteigenossen strikte Durchführung dieser Beschlüsse."

* * *

Die Genossen zu Straßburg i. E. haben in zwei Versammlungen eine ausführliche Debatte gepflogen. Von den beiden Referenten hatte sich Genosse Redakteur Schneider im Sinne der Budgetbewilliger, Genosse Parteisekretär Knauf gegen die Budgetbewilligung ausgesprochen. Genosse Arbeitersekretär Geiler stellte einen Antrag, der die Resolution des Parteivorstandes und die Haltung des Parteitages billigt. Der Antrag wurde abgelehnt. Mit sehr erheblicher Mehrheit wurde der Antrag Peirotes-Schneider angenommen, der besagt:

„Die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Straßburg-Land billigt die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages mit Ausnahme des Beschlusses über die Budgetbewilligung. Im Interesse einer einheitlichen Taktik hätte sie die Annahme der Resolution Frohme begrüßt. Die Versammlung hält den Vorschlag der Resolution Frohme, vor zweifelhaften Abstimmungen eine Aussprache zwischen Parteivorstand und Landesorganisation herbeizuführen, für geeignet, eine Verständigung bei Meinungsverschiedenheiten zu schaffen."

In Elberfeld nahm eine gutbesuchte Versammlung des sozialdemokratischen Vereins nach der Berichterstattung des Genossen Haberland folgende Resolution mit allen gegen drei Stimmen an:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages und der Haltung ihrer Delegierten, insbesondere in der Frage der Budgetbewilligung einverstanden. Die Versammlung erwartet, daß die süddeutschen Genossen sich den Beschlüssen der Gesamtpartei fügen, damit nach wie vor der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und die von demselben geübte Ausbeutung und Unterdrückung in ungebrochener Einigkeit geführt werden kann. Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste, daß die Gegnerschaft gegen die Budgetbewilligung als der Ausfluß des Treibens einiger weltfremden Theoretiker hingestellt wurde und ist vielmehr der Ansicht, daß unter den jetzigen wirtschaftlichen und politischen Zuständen die Verweigerung des Staatsbudgets der prinzipielle Ausdruck einer klassenbewußten Arbeiterpolitik ist."

* * *

In Lörrach (Baden) fand am vergangenen Sonntag eine starkbesuchte Parteiversammlung des 4. badischen Reichstagswahlkreises statt, die sich nach Anhörung des Referates Englers über den Parteitag in einer zirka dreistündigen äußerst heftigen und leidenschaftlichen Debatte mit der Budgetfrage befaßte. Während die Genossen Engler, Rösch und Breitenfeld die Haltung der süddeutschen Parteitagsdelegierten zu rechtfertigen suchten, traten die Genossen Kieslich und Mayer auf das entschiedenste für die Lübecker und Nürnberger Resolution ein. Beide Richtungen kämpften mit den schärfsten Waffen gegeneinander, so daß die Anhänger beider Teile in eine immer mehr steigende Erregung gerieten, die sich schließlich in minutenlangen, tumultartigen Szenen auslöste, als von der Versammlungsleitung plötzlich folgende Resolution zur sofortigen Abstimmung vorgelegt wurde:

„Die heutige Parteiversammlung erklärt sich mit der Haltung der süddeutschen Parteitagsdelegierten einverstanden."

Unter heftigem Protest gegen diese Ueberrumpelung reichten nunmehr auch sofort die Gegner der Budgetbewilligung eine Resolution ein, welche folgendermaßen lautete:

„Die heute in Lörrach stattfindende Wahlkreisversammlung nimmt Stellung zu den Ausführungen des Genossen Englers über den Parteitag. Sie erklärt sich mit der Resolution des Parteivorstandes in der Budgetfrage voll und ganz einverstanden, mißbilligt die Erklärung der 68 und erwartet von denselben bestimmt, daß sie sich den gefaßten Beschlüssen des Parteitages fügen werden."

Nach heftiger Geschäftsordnungsdebatte für und gegen die Abstimmung wurde schließlich doch die Abstimmung vorgenommen und die zuerst eingebrachte Resolution verworfen und diejenige der radikalen Richtung angenommen.

# Gewerkschaftliches.

### Die Sozialpolitik des Rates zu Dresden.

Eine von zirka 800 Bauarbeitern besuchte Protestversammlung, welche am Dienstag in Dresden stattfand, beschäftigte sich mit dem ablehnenden Standpunkt des Rates betreffs Einführung der Lohnklausel. Die ablehnende Haltung und andere Maßnahmen des Rates zu Dresden haben der Arbeiterschaft Veranlassung gegeben, dagegen einmal Stellung zu nehmen. Der Gauleiter der Zimmerer, Rösch, wies darauf hin, daß in der Behandlung und Bezahlung der an städtischen Bauten beschäftigten Arbeiter ein skandalöser und unhaltbarer Zustand eingerissen sei. Es sind Fälle zu verzeichnen, wo Arbeiter an städtischen Bauten unter den mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe abgeschlossenen Tarif bezahlt worden sind. Dies trifft besonders auf dem Bau der neuen Augustusbrücke zu, wo den Arbeitern außerdem noch eine überaus lange Arbeitszeit zugemutet wird und viel Ueberstunden

gemacht werden müssen. Redner führte aus, daß der Rat zu Dresden seine Aufgabe darin erblicke, den Arbeitern das Leben so schwer als möglich zu machen. Auf Arbeiter, die sich den gestellten Bedingungen nicht unterwerfen wollen, wird ein ungeheurer Druck ausgeübt. In Fällen, wo die Organisation infolge ausgebrochener Differenzen mit den ausführenden Firmen verhandelt wurde, erklärten diese rundweg, wenn die Arbeiter sich nicht fügen wollten, **dann würde ihnen der Rat die nötigen Arbeiter zur Verfügung stellen!!!** Ein Baurat verstieg sich sogar zu der Erklärung, daß für einen Tiefbauarbeiter ein Stundenlohn von **35 bis 38 Pfennig völlig ausreichend sei!!** Infolge dieser Umstände hat sich die Organisation der Dresdener Bauarbeiter veranlaßt gesehen durch eine Eingabe an den Stadtrat um Einführung der Lohnklausel nachzusuchen, das heißt, daß bei allen städtischen Arbeiten den Arbeitern der mit den Unternehmern festgelegte Lohn gezahlt wird. Vier lange Monate hat der Dresdener Rat zur Entschließung in dieser Frage gebraucht. Es wurde nämlich erst der Arbeitgeberverband gehört, der sich dann auch dahin äußerte, daß er der Einführung einer Lohnklausel nichts entgegensetze, aber dann zu gleicher Zeit die Aufahme einer Streikklausel (!) verlangte. Der Arbeiterorganisation einen Bescheid in dieser Frage zu erteilen, habe der Rat zu Dresden nicht für nötig gehalten, sondern seine Meinung einfach im „Dresdner Anzeiger" (Amtsblatt) publiziert. Nur dadurch erlangte die Arbeiterschaft oder vielmehr die Organisation Kenntnis von dem ablehnenden Bescheide.

In der Versammlung herrschte große Erbitterung über das Vorgehen und Verhalten des Stadtrats gegenüber der Arbeiterschaft. Folgende Resolution, welche unverzüglich den Stadtverordneten unterbreitet werden soll, gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die im „Kristallpalast" tagende Versammlung der Arbeiter im Baugewerbe von Dresden und Umgegend nimmt Kenntnis von dem ablehnenden Bescheid des Rates der Stadt Dresden auf das Gesuch des Zentralverbandes der Bauhilfsarbeiter, die Lohnklausel einzuführen.

Die Versammelten bedauern lebhaft, daß der Rat einen solchen, die Arbeiter im Baugewerbe direkt schädigenden Bescheid geben konnte. Sie betrachten dies als einen weiteren Beweis für die parteiische Stellung zugunsten der Unternehmer. Der Rat der Stadt Dresden würde im wohlverstandenen Interesse nicht nur der Arbeiter sondern des gesamten Baugewerbes gehandelt haben, wenn er dem Gesuch stattgegeben hätte. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Baugewerbe sind zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Dresden und den Organisationen der Arbeitnehmer bis zum 31. März 1910 tariflich festgelegt. Aufgabe der Stadtverwaltung wäre es nun, darüber zu wachen, daß bei der Ausführung der städtischen Arbeiten zum mindesten dieses vertraglich Festgelegte eingehalten wird. Dieses ist bisher nicht geschehen und soll auch nach der Entscheidung des Rats für die Zukunft nicht geschehen. Dadurch ist es besonders den auswärtigen Firmen sehr leicht gemacht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Der Rat der Stadt Dresden sollte es für seine vornehmste Aufgabe betrachten, in der Zeit der Krise die Arbeiter im Baugewerbe gegen die Ausbeutungsgelüste zu schützen, er tut dies nicht, sondern liefert sie rücksichtslos dem Unternehmertum aus und geht sogar soweit, die Unternehmer zu schützen, wenn die Arbeiter sich dagegen wehren, bei der Ausführung städtischer Arbeiten unter schlechteren als den sonst vertraglich festgelegten Bedingungen zu arbeiten.

Gegen ein solches Gebaren der Stadtverwaltung erheben die Versammelten Protest und fordern nachdrücklich, daß bei Ausführung städtischer Arbeiten der abgeschlossene Arbeitsvertrag voll und ganz durchgeführt wird."

## Berlin und Umgegend.

### Die wirtschaftliche Krise und ihr Einfluß auf die Arbeiterschaft in der Konfektion.

Mit diesem Thema beschäftigte sich eine gemeinsame Versammlung der Zuschneider und Schneider der Herrenkonfektion, die am Montag in Dräsels großem Saal stattfand. Das Referat hielt Groth aus Stettin. In dieser Stadt hat die Konfektion sich bekanntlich sehr stark entwickelt. Die Stettiner Konfektionäre behaupten oft, daß in Berlin geringere Löhne gezahlt und ihnen dadurch die Konkurrenz sehr erschwert werde. Aber die Berliner Konfektionäre behaupten, daß das Entgegengesetzte der Fall sei, und eigentlich liegt die Sache so, daß überall die Unternehmer, um die Löhne zu drücken oder Lohnerhöhungen abzuwehren, erklären, daß in der einen oder anderen Stadt die Arbeit viel billiger hergestellt werde. Was Wahres daran ist, das ist offenbar die Tatsache, daß die Lohnverhältnisse überall mehr oder minder elend sind und daß die Unternehmer nun in der Zeit der Krise die Löhne immer mehr herabzudrücken suchen. Noch vor nicht langer Zeit stellten die Konfektionäre die kühne Behauptung auf, daß ihr Industriezweig der am besten fundierte im gesamten Wirtschaftsleben sei und von der Krise überhaupt nicht berührt werde. Daß dies Unsinn war, mußte sich ja jeder sagen, der auch nur einigermaßen mit den Zusammenhängen im Wirtschaftsleben vertraut ist. Wenn das Einkommen der Arbeiterschaft so gewaltig sinkt, wie das in der Krisenzeit der Fall ist, muß natürlich jeder vor allem dafür sorgen, daß er selbst und seine Familie halbwegs satt zu essen haben, und kann nur im äußersten Notfall daran denken, ein neues Kleidungsstück anzuschaffen. Dazu kommt, daß auch infolge der unvernünftigen Zollpolitik die Ausfuhr, besonders der besseren Konfektionsware, ganz gewaltig zurückgegangen ist. Wo, wie teilweise in Berlin, dann in Frankfurt a. M., in Stettin usw. feste Tarifverträge für die Herrenkonfektion bestehen, bieten diese ja einen gewissen Schutz gegen willkürliche Lohnherabsetzungen. In Stettin wurde der Tarifvertrag zum erstenmal im Jahre 1905 durchgeführt, aber 1906 mußten die Schneider und Schneiderinnen einen sechswöchigen Kampf bestehen, um den fortgesetzten Tarifbrüchen der Unternehmer ein Ende zu machen. Der Tarifvertrag wurde verbessert und die Organisation ging gestärkt aus dem ihr aufgezwungenen Kampf hervor. Zurzeit sind die Konfektionsschneider dort besser organisiert als in Berlin; schlechter ist es dort jedoch mit der Organisation der Zuschneider bestellt. Bei ihnen herrscht, wie der Redner ausführte, noch eine Art Kastengeist und sie halten sich, obwohl ihr Verdienst manchmal noch schlechter ist als der der Schneider, für etwas besseres. Sie haben in Stettin nicht weniger als drei Vereine, sind aber bisher für den Verband nicht zu gewinnen gewesen. — Die Konfektionäre suchen nun trotz des Tarifvertrages die Löhne der Schneider herabzudrücken. Eine Handhabe dazu bietet ihnen der Umstand, daß die Tarifpreise je nach der Güte der verlangten Arbeit verschieden sind, so daß z. B. für ein Jackett der niedrigste Lohn 1,70 M., der höchste 3 M. ist. Die Unternehmer suchen nun auch die besten Waren als solche geringerer Qualität hergestellt zu erhalten, um auf keinen Fall die höchsten Löhne zu zahlen. Außerdem streben sie danach, bei Ablauf des Tarifs die Löhne überhaupt herabzudrücken. Eine zentralisierte und mit den Firmen der Maßschneiderei gemeinsame Organisation über ganz Deutschland soll diesem Zwecke dienen. Bislang erblickten die Maßschneidermeister in den Konfektionären ihre gefährlichsten Konkurrenten, und mit einem gewissen Recht in der Konfektionsarbeit den Ruin ihres Gewerbes. Jetzt strebt man aber mit großem Eifer danach, diesen Gegensatz zu überbrücken und sich, wie die Arbeiter und Arbeiterinnen des Berufes im Schneiderverband, zusammenzuschließen. Alle diese Umstände müssen selbstverständlich für die gesamte Arbeiterschaft des Gewerbes ein neuer Ansporn sein, sich um so fester und zahlreicher in ihrem Verband zu vereinen, um in der Zeit der Krise ein starkes Abwehrmittel gegen eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage zu haben und für Zeiten der Lohnbewegung gerüstet zu sein. — Dieser Mahnung des Referenten schlossen sich auch die Diskussionsredner an. Im übrigen ging aus der Diskussion hervor, daß auch hier in Berlin die Wirtschaftskrise in der Konfektion außerordentlich schwer auf der Arbeiterschaft lastet. Auch war man sich allgemein darüber einig, daß die Heimarbeit äußerst verderblich auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einwirkt und beseitigt werden muß.

### Mißstände in den Brauereien.

Die Handwerker, Maschinisten und Heizer der Brauereien Berlins und der Umgegend hielten am Sonnabend im „Englischen Garten" eine Versammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung war ein Vortrag des Arbeitersekretärs Ritter über Gewerbe- und Schiedsgerichte. Der Redner machte dabei besonders auch auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen aufmerksam, für die ja nun zum erstenmal das Proportionalsystem maßgebend sein wird, was der organisierten Arbeiterschaft eine Mahnung sein muß, mit größerem Eifer als bisher dafür zu sorgen, daß keine Kopfnicker, sondern selbständig urteilende und aufgeklärte Arbeiter gewählt werden.

Die Versammlung beschäftigte sich sodann mit den Arbeitsverhältnissen und Mißständen verschiedener Brauereien. Dabei wurde zunächst erwähnt, wie man das Betriebsmaschinenwerk im Böhmischen Brauhause zentralisierte, wodurch vier Arbeiter in ihren alten Stellungen als Maschinisten und Heizer überflüssig wurden. Von ihnen war einer 25½, ein anderer 4 Jahre als Maschinist tätig. Man gab ihnen nun Arbeit als Abschmierer bei zwölfstündiger Arbeitszeit mit 27 M. Lohn. Als der Organisationsvertreter Schwittau wegen dieser Angelegenheit vorstellig wurde, erhielt er vom Direktor die Antwort, daß man es der Brauerei mit Rücksicht auf die Krise und die Erhöhung der Brausteuer doch nicht verdenken könne, wenn sie ihre Betriebsunkosten zu vermindern suche. — Uebrigens zeigt der Fall wieder einmal deutlich, wie es sich mit der gepriesenen „sicheren Lebensstellung bis ins hohe Alter" verhält. Von der Löwenbrauerei wurde berichtet, daß es hier mit der Wascheinrichtung sehr schlecht bestellt ist, die sich im Kühlraum befindet, wodurch die Arbeiter den Gefahren der Erkältung im höchsten Maße ausgesetzt sind. Als direkt lebensgefährlich wurde die Tiefbrunnenanlage der Löwenbrauerei bezeichnet. Der 18 Meter tiefe, 2 Meter breite Schacht, in dem sich eine Dampfpumpe befindet, ist nur mit Brettern zugedeckt und entbehrt jeder Umwehrung. Leicht ist es möglich, daß einer unversehens eines der losen Bretter beiseite schiebt und hineinstürzt. Auch der Abstieg in den Schacht soll wegen Mangel an zweckmäßigen Vorrichtungen mit Lebensgefahr verbunden sein. Wie wenig Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter genommen wird, hat erst kürzlich der Unfall in der Stadtbrauerei, Belforter Straße, gezeigt, wo ein Arbeiter auf den zwei Etagen tief stehenden Fahrstuhl hinabstürzte. Mangel an Schutzvorrichtung und leichtfertige Arbeitsanordnung scheinen auch die Ursache des Unfalls zu sein, der am 9. September einem Arbeiter der Schultheißbrauerei II das Leben kostete. Er sollte eine Rohrleitung anstreichen, die so nahe einer in Betrieb befindlichen Transmission war, daß er von dieser erfaßt und herumgeschleudert wurde. Nach dem Unfall wollte man die an der Transmission hängengebliebenen Kleiderfetzen sofort entfernen, was jedoch durch pflichtgemäßes Eingreifen des Arbeiterausschusses verhindert wurde. Aus der Schultheißbrauerei IV wird berichtet, daß dort Maschinisten und Heizer im Schiffahrtsbetriebe unter tarifwidrigen Verhältnissen beschäftigt werden und bis zu 16, ja 18 Stunden lang arbeiten. Auf Einwendungen dagegen wurde von der Direktion erwidert, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Binnenschiffahrtsgewerbe ja noch weit schlechter seien. Ferner wurde in der Versammlung mitgeteilt, daß in dieser Brauerei in Form von Personalkarten eine Art schwarzer Listen geführt wird. In diese Karten wird jedes Vergehen oder was man dafür hält, gewissenhaft oder auch nicht besonders gewissenhaft eingetragen, ohne daß der Arbeiter Kenntnis davon erhält. Da es in dem Betrieb auch einige Spitzel gibt, wird diese Art der geheimen Gerichtsbarkeit um so gefährlicher.

Nach Besprechung dieser Dinge berichtete Siering, der Obmann der Tarifkommission der Brauereihandwerker, über eine Klage gegen die Spandauer Bergbrauerei wegen gesetzwidriger Entlassung eines Schlossers. Daß hier Klage beim ordentlichen Gericht erhoben wurde, die Sache nicht dem Einigungsamt überwiesen wurde, scheint der Verein der Brauereien als einen Tarifbruch anzusehen. Tatsächlich verhält es sich jedoch so, daß der Direktor der Brauerei selbst von vornherein erklärt hat, daß die Angelegenheit sich nicht vor dem Einigungsamt regeln, sondern wohl beim ordentlichen Gericht ausgetragen werden müsse.

## Deutsches Reich.

**Der Kampf der Maschinisten und Heizer um das Koalitionsrecht** bei der Firma Bayerlein in Bayreuth dauert unverändert fort. Der sich bei jeder Gelegenheit als liberal aufspielende Herr Bayerlein hält es mit seinen Grundsätzen unvereinbar, den Maschinisten und Heizern ihr Koalitionsrecht zu lassen. Im Juni dieses Jahres erklärte Herr Bayerlein großsprecherisch, er bleibe seinen liberalen Grundsätzen treu, wegen Zugehörigkeit zum Verbande werde keiner entlassen. Die Maschinisten und Heizer wurden sogar von der Firma aufgefordert, dafür zu sorgen, daß auch das Maschinenpersonal in den anderen Textilfabriken sich organisiere. Man sieht hier wieder einmal, was auf Versprechungen eines Unternehmers zu geben ist. Um ein Entgegenkommen zu zeigen, haben die Maschinisten und Heizer das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Herr Bayerlein lehnte es aber ab, zu erscheinen. Er hatte es darauf abgesehen, die Organisation zu vernichten. Selbst die bürgerlichen Blätter wagen es nicht, den Koalitionsraub des Herrn Bayerlein zu verteidigen. Erwähnen wollen wir noch, daß das gewöhnliche Maschinisten- und Heizerpersonal einen Minimallohn von 15 M. und einen Maximallohn von 24 M. bei oft 15stündiger Arbeitszeit erhalten.

**Es ist dringend notwendig, Zuzug streng fernzuhalten.**

Die Gauleitung
des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer.

# Grubenbrand in Oberschlesien.

Eine schwere Katastrophe hat sich gestern auf der Königsgrube bei Königshütte ereignet. Infolge Durchbruchs von Grubengasen geriet ein Schacht in Brand, etwa 300 im Schacht beschäftigte Arbeiter wurden von der Oberwelt abgesperrt!

Ueber die Katastrophe erhalten wir folgende Telegramme:

**Königshütte, 14. Oktober.** Auf der 110 Meter-Sohle des Grubenschachtes der Königsgrube brach heute vormittag Feuer aus. Ein Teil der Belegschaft ist, teilweise unbekleidet, zutage gekommen. Bisher sind 6 Tote, darunter zwei Steiger, zutage gefördert worden. Gegen **100 Mann** befinden sich noch in der Grube und müssen abgedämmt werden. Sie gelten teilweise als verloren, da sie sich innerhalb des Feuerbezirks befinden. Herzzerreißende Szenen spielen sich vor der Grube ab.

**Königshütte, 14. Oktober.** Zu dem Unglück in der Königsgrube wird weiter gemeldet, daß die ganze gegen 100 Mann starke Belegschaft sich in Sicherheit befindet, da sie sich noch rechtzeitig durch Nebenschächte retten konnte. Tot sind der Steiger Rother und zwei Häuer, betäubt etwa 20 Mann. Die Entstehung des Feuers ist noch nicht aufgeklärt. Aus noch nicht festgestellter Ursache sind Wetter von dem gewöhnlichen Wege abgewichen.

Unter wie schweren lebensgefährlichen Verhältnissen die Arbeiter der dem Fiskus gehörenden Grube zu arbeiten gezwungen sind, zeigt eine Meldung, die wir dem „Berl. Tageblatt" entnehmen. Es heißt in diesem Berichte:

„Das bedauerlichste und wesentlichste Moment bei dem Grubenbrand ist der Umstand, daß die vom Feuer abgesperrten 300 Mannschaften nur einen einzigen Ausgang haben, und dieser einzige Ausgang ist gerade von den brennenden Grubengasen durchschwängert. Durch diesen Ausgang sind die Grubengase hineingeströmt, so daß den Leuten jeder Rückweg abgeschnitten ist. Im ganzen waren 1000 Mann gefährdet, der größte Teil konnte aber glücklicherweise durch rasche Maßnahmen gerettet werden; sie flüchteten durch verschiedene der angrenzenden Schächte. 300 Bergleuten gelang es aber nicht, diese Schächte zu erreichen, ehe die brennenden Grubengase dorthin gelangt waren."

Die von Zeit zu Zeit sich wiederholenden Grubenkatastrophen fordern gebieterisch, alle technischen Hilfsmittel anzuwenden, um den unter so schwierigen Verhältnissen tief im Innern der Erde für kärglichen Tagelohn Arbeitenden nach Möglichkeit die Sicherheit des Lebens zu garantieren. Wirksame Schutzmaßregeln sind wohl vorhanden, aber ihre Einführung auf den Gruben kostet Geldopfer. Hat der preußische Staat dafür kein Geld?

# Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Nachwahl in Prenzlau-Angermünde.

**Prenzlau, 14. Oktober.** (W. T. B.) Bei der Reichstagsersatzwahl Prenzlau - Angermünde erhielt Oberpräsidialrat v. Winterfeldt-Potsdam (k.) 10892, Pastor Schmidt-Massow (lib.) 2694, **Parteisekretär Otto Wels-Berlin (Soz.) 2892 Stimmen.** Die Ergebnisse von einigen kleineren Orten stehen noch aus.

Die Wahlbeteiligung war demnach eine bedeutend schwächere wie bei der Hauptwahl im Jahre 1907. Damals erhielt v. Winterfeldt (k.) 13266, Steinweg (frs. Vg.) 3710 Stimmen und auf unseren Genossen Wels vereinigten sich 4237 Stimmen.

### Auf der Suche.

**Berlin, 14. Oktober.** (W. T. B.) Die kaiserliche Regierung hat ihre Vertretungen in London, Haag, Kopenhagen und Kristiania benachrichtigt, daß die **Ballons „Busley", „Helvetia", „Plauen" und „Hergesell"** möglicherweise **in die Nordsee getrieben und gefährdet sind.** Die genannten Vertretungen werden ersucht, den Regierungen Englands, Hollands, Dänemarks und Norwegens umgehend davon Mitteilung zu machen und zu bitten, ihre Küstenstationen, Zollkreuzer und Fischereikreuzer hiervon in Kenntnis zu setzen, damit sie sich an der Rettung der gefährdeten Ballons beteiligen.

Einer der vermißten Ballons, „Helvetia", ist nach einer telegraphischen Meldung aus Molde in Norwegen heute nachmittag bei Ersholmen **im Wasser niedergegangen.** Die beiden Insassen des Ballons **wurden gerettet.** Auch der Ballon wurde durch Schiffer an Land gebracht.

### Kriegshetze in Serbien.

**Belgrad, 14. Oktober.** (Meldung des Wiener k. k. Telegr. Korr.-Bureau.) Heute abend fanden **große Kundgebungen** vor dem königlichen Palais, der englischen Gesandtschaft und dem Kriegsministerium statt, an denen **zahlreiche Abgeordnete, Professoren der Universität, viele Damen** und eine große Menschenmenge teilnahmen. Der Zug bewegte sich unter Vorantragung von Fahnen und Fackeln, an der Spitze eine Musikkapelle, durch die Hauptstraßen. Auf den König und den Kronprinzen, sowie auf Bosnien und England wurden Hochrufe und **auf Oesterreich-Ungarn Schmährufe ausgebracht.** Vor der serbischen Kreditbank, die mit der Länderbank im Geschäftsverkehr steht, **war der Lärm am größten.**

### Ein Drama im Eskimodorfe.

**New York, 14. Oktober.** (W. H.) Missionare auf der Insel St. Laurenz im Staate Alaska, welche nur einmal jährlich mit dem übrigen Teile der Welt in Verbindung kommen, berichten, daß eine **Ortschaft von Eskimos infolge der Kälte gänzlich ausgestorben sei.** In der Ortschaft waren keine Lebensmittel mehr zu finden und der Hunger der Unglücklichen war so groß, **daß sie die Dachschindeln ihrer Häuser aßen.** Sie hatten schließlich auch ihre **Kleidungsstücke verzehrt.** Die Leichen waren sehr gut erhalten und hatten das Aussehen von Marmorstandbildern.

### Zum Tode verurteilt.

**Gleiwitz, den 14. Oktober.** (W. H.) Das Schwurgericht verurteilte den 21jährigen Tapezierer Theodor Galoyka, der am 24. Mai den Möbelhändler Glücksmann ermordete und zu berauben suchte, **zum Tode,** und den 20jährigen Tapezierergehilfen Woitas **wegen Beihilfe zu acht Jahren Zuchthaus.**

### Hauseinsturz infolge Benzinexplosion.

**Krefeld, 14. Oktober.** (W. H.) Aus bisher unaufgeklärter Ursache explodierte heute mittag 3 Uhr in der Eisfabrik Schoeers ein großer Benzinkessel. Infolgedessen **stürzte das Gebäude ein.** Aus den Trümmern wurden 6 **Schwer- und 4 Leichtverletzte geborgen.**

### Vermißte Touristen.

**Thur, 14. Oktober.** (W. H.) Am Piz d'Aela sind **drei Deutsche,** die in Davos beschäftigt waren und sich bei der Besteigung des Berges verstiegen haben, **seit Sonntag vermißt.** Die Rettungskolonne, die nach ihnen sucht, konnte sie bisher nicht finden.

### Unwetter.

**Béziers, 14. Oktober.** (W. T. B.) Durch einen Sturm, der mit Hagelschlag verbunden war, und durch eine Wasserhose wurden hier große Verwüstungen angerichtet. **Mehrere Häuser wurden zerstört.** Einige Flüsse traten aus ihren Ufern und der **Verkehr der Lokalbahnen ist unterbrochen.** Der Schaden ist beträchtlich.

### Die Cholera in Petersburg.

**Petersburg, 14. Oktober.** (W. T. B.) In den letzten 24 Stunden bis heute mittag sind 54 **neue Erkrankungen** und 27 **Todesfälle** an Cholera vorgekommen. Die Zahl der Cholerakranken beträgt 1024.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

# Marx-Epigonen.

Man schreibt uns:

Es fügte sich, daß ich gestern die „rein individuelle Kriegserklärung" des Genossen Maurenbrecher „an unsere Marx-Epigonen" las, als ich eben die Aushängebogen von Kautskys neuestem Werk über die Entstehung des Christentums aus der Hand gelegt hatte. Dadurch in den denkbar schärfsten Gegensatz zwischen demagogischer Phrase und wissenschaftlicher Arbeit gestellt, machte ich mir darüber einige Gedanken, von denen ich glaube, daß es ganz nützlich sein wird, sie auch öffentlich zu äußern.

Der „Vorwärts" machte zu dem Pronunziamento Maurenbrechers die scherzende Bemerkung, fünf Jahre habe der Genosse die Tyrannei der „Marx-Epigonen" ertragen, aber nun trüge er sie nicht mehr. Es sind aber noch nicht fünf Jahre her, seitdem Genosse Maurenbrecher selbst zu den „Marx-Epigonen" gehörte. Im Januar 1904 schrieb er in der „Neuen Zeit":

> Gerade wenn wir im tiefsten Sinne geschichtlich denken, müssen wir den albernen Spott ablehnen, der so oft auch von sozial Gestimmten mit dem Begriffe des „Endziels" getrieben wird. . . . Es ist eben nicht wahr, daß die Gemeinsamkeit in den nächsten Zielen die politischen Gemeinschaften zusammensetzt, wie Naumann glaubte, als er sich mit Barth zusammenschloß, sondern umgekehrt entstehen Parteien aus grundsätzlicher Uebereinstimmung in weit gesteckten Zielen. . . . Darum muß gerade der Gebildete, der wirtschaftlich und psychologisch die Situation der Arbeiter bis zu Ende durchdacht hat, anerkennen, daß der Gedanke von der Abschaffung alles Privateigentums an Produktionsmitteln ein notwendiger und unausrottbarer Gedanke für die klassenbewußten Proletarier ist, der auch in der Propaganda nicht verdunkelt werden darf.

So sehr lehnte Genosse Maurenbrecher damals den „deutschen Millerandismus" ab, von dem er in demselben Artikel spricht, und noch mehr als ein Jahr später, im April 1905, erklärte er sich in derselben „Neuen Zeit" sogar für den Epigonen eines „Marx-Epigonen". In einer Selbstanzeige seiner „Hohenzollernlegende" sprach er von Mehrings Arbeit über die preußische Geschichte und fügte hinzu:

> Ich bekenne dankbar, einen starken Teil meiner Auffassung nur daher gelernt zu haben. Aber auf Grundlage dieser Skizzen den vollen Ablauf der preußischen Geschichte zu schildern, ist bisher in der sozialistischen Literatur noch nicht versucht worden.

Nun ist ja richtig, daß Genosse Maurenbrecher sich in seinem Buche viel weniger auf die „Skizzen" Mehrings stützt, als auf die — um mit Treitschke zu sprechen — „schrecklichen Expertenbandwürmer, welche dem geschwollenen Leibe der Schmollerschen Schule von Zeit zu Zeit abgehen", und so wollen wir ihn lieber nicht als Epigonen eines „Marx-Epigonen" ansprechen. Aber ein „Marx-Epigone" blieb er auch in seiner „Hohenzollernlegende" und pochte mit großem Stolze darauf. Ja, wenn man unter dem wegwerfenden Begriffe des „Epigonen" einen Mann versteht, der sklavisch auf die Worte seines Meisters schwört, ohne den Sinn dieser Worte zu verstehen, so war der Genosse Maurenbrecher damals, wenn nicht der einzige, so doch jedenfalls der hervorragendste „Marx-Epigone", der im Lichte der Sonne wandelte. Er behauptete in seinem Buche, dem wir übrigens das Lob einer fleißigen Materialiensammlung nicht vorenthalten wollen, daß die Hohenzollern in den Tagen der Reformation nicht ihre fürstlichen Sonderinteressen verfolgt, sondern das Kaisertum unterstützt hätten, was an sich zu jenen frostigen Scherzen gehört, die einem das kalte Fieber zuziehen können und fügte dann die Donnerrede hinzu:

> Sie haben gegen die Solidarität ihrer Klasse gefrevelt, haben, wenn man so will, Streikbrecherdienste getan. Alle anderen Sünden können vergeben werden, denn schließlich, mag ihre Wirkung sein, welche sie will, man wird niemand das moralische Recht bestreiten, die Interessen seiner Klasse zu fördern, aber der feige Verrat an der eigenen Klasse, die Unterstützung der Gegner, gegen den die Klasse als solche kämpft, das ist die Sünde, für die es keine Vergebung gibt. Das ist die eigentliche Erbärmlichkeit, die eigentlich allein wirklich verabscheuungswürdige Niedrigkeit, die die Geschichte kennt.

Hätten die Hohenzollern das wirklich getan, wegen dessen sie Genosse Maurenbrecher so in Grund und Boden verflucht, so hätten sie das gemeine Wohl der Nation über ihr eigensüchtiges Interesse gesetzt, sie hätten gehandelt wie Marx, Engels, Lassalle, die „Marx-Epigonen" und übrigens auch Genosse Maurenbrecher selbst, die im Interesse des gemeinen Wohls die Klasse verlassen haben, in der sie geboren wurden, um sich einer gegnerischen Klasse anzuschließen. Man wird selbst in der bürgerlichen Literatur lange suchen müssen, ehe man eine gleich anziehende Auffassung des historischen Materialismus findet.

Es ist nun sicher erfreulich, daß Genosse Maurenbrecher aufgehört hat, den klassischen Typ der „Marx-Epigonen" in sich zu verkörpern, und wir begreifen vollkommen den grimmigen Zorn, den er gegen die glücklich abgelegte Hülle empfindet. Aber daß er sich nun berufen glaubt, vollkommen unschuldige Leute auf die Armesünderbank zu plazieren, die er eben erst verlassen hat, das ist doch eine eigene Sache. Man kann sie von der heiteren Seite nehmen, wie der „Vorwärts" getan hat, und sicherlich hat sie eine sehr heitere Seite. Jedoch wenn man den Genossen Maurenbrecher trompeten hört, in dem Augenblick, wo man noch unter dem frischen Eindruck von Kautskys neuem Buche steht, so kann man ein Gefühl der Erbitterung und mehr noch der Beschämung nicht völlig unterdrücken, so muß man sich doch sagen, daß es ein trödelhafter Humbug ist, wenn die „Marx-Epigonen" in der Weise des Genossen Maurenbrecher den „Massen" der Parteigenossen denunziert werden von einem Mann, der sich mit besonderer Vorliebe auf den „Gebildeten" hinausspielt.

Was bisher von den Resultaten der Lebensarbeit von Marx als überholt und unrichtig nachgewiesen worden ist, das haben gerade diejenigen Parteischriftsteller nachgewiesen, die der Genosse Maurenbrecher als „Marx-Epigonen" dem Unwillen der Partei preisgibt. Es ist keiner unter ihnen, der in Marx einen unfehlbaren Meister sieht, keiner auch, der nicht in wesentlichen Punkten von Marx abwiche. Was ihnen allein gemeinsam ist — denn auch unter sich weichen sie in der mannigfachsten Weise voneinander ab — das ist die wissenschaftliche Methode der Forschung, die sie von Marx überkommen haben und die sie freilich nicht auflassen werden, um irgendwelche Velleitäten der bürgerlichen Ideologie, wie sie von dem Genossen Maurenbrecher und seinen speziellen Freunden verzapft werden. Hat man eine bessere wissenschaftliche Methode, so komme man damit endlich ans Tageslicht, nachdem seit zehn Jahren über diesem ungelegten Ei gegackert worden ist, aber hat man sie nicht, dann täusche man „die Massen" nicht durch sinnlose Schlagworte über ein „Epigonentum", das den Arbeitern die Köpfe verkleistere.

Wir schätzen die Intelligenz des Genossen Maurenbrecher zu hoch, als daß wir befürchteten, er könne sich an diesen Phrasen genügen lassen; so mache er doch die Probe aufs Exempel und handle über die Entstehung des Christentums gründlicher und scharfsinniger, als Kautsky in seinem demnächst erscheinenden Werke. Er hat da ja als Theologe schon einen weiten Vorsprung, den wir ihm gern gönnen. Wenn man die „Marx-Epigonen" für so sehr verderblich hält, dann überlasse man ihnen doch nicht weit überwiegend die wissenschaftliche Arbeit der Partei, sondern schmettere sie nieder durch stichhaltigere Leistungen, als ihre „epigonenhaften" Stilübungen sind!

Aber da werden wir lange warten können nach allen Erfahrungen des letzten Jahrzehnts! Lieber läßt man den „Marx-Epigonen" das Heft in der Hand, ehe man es ihnen durch positive Leistungen entwindet. Es genügt ja, ihnen in den Arm zu fallen mit Redensarten und Schlagwörtern, die hundertmal abgetan, doch immer von neuem als muntere Frösche im Sumpfe der Konfuserei quaken. Fast erscheint es als ein Gotteswunder, wenn der Revisionismus nicht schon ein „Marx-Epigonentum" hervorgerufen hat, wenn er durch seine ewigen und völlig unfruchtbaren Quengeleien, die nun doch einmal im Interesse der „Massen" abgewehrt werden müssen, nicht schon gänzlich die Kräfte lahmgelegt hat, die an einer Fortentwickelung des Marxismus arbeiten können und wollen.

In diesem Sinne gibt es allerdings Marx-Epigonen, die nach ihren Kräften dazu beitragen, aus dem Marxismus ein starres Dogma zu machen; der sogenannte Revisionismus ist das wirkliche Hindernis gewesen, wenn heute die Lebensarbeit von Marx noch nicht so gründlich revidiert sein sollte, wie im Interesse der Arbeiterbewegung zu wünschen wäre. Das ist immerhin eine ernste Seite der Heldenfahrt, die Genosse Maurenbrecher antritt; schade um die Zeit, die der wissenschaftlichen Parteiarbeit entzogen werden muß, um das überflüssige Unkraut aus dem Weizen auszureuten!

# Internationale sozialistische Konferenz zu Brüssel.

Brüssel, 12. Oktober. (Eig. Ber.)

Die internationale Konferenz, in der Spannung der gegenwärtigen Situation einberufen, hatte naturgemäß seine Hauptberatung diesen Ereignissen zu widmen. So nahmen denn den weitaus größten Teil der achtstündigen Beratung, die Sonntag im „Maison du Peuple" stattfand, die Auseinandersetzungen über die politische Lage und die Formulierung der Beschlüsse in Anspruch. Neben der Erledigung verschiedener interner Fragen des internationalen Bureaus bildete nur noch die Frage der Einverleibung der „Labour Party" in die Internationale einen größeren Beratungsgegenstand.

Die meisten dem internationalen Bureau angeschlossenen Parteien hatten Vertreter entsendet, so: Deutschland: Molkenbuhr und Kautsky, Frankreich: Vaillant und Genossin Roussel (Guesdisten), Schweden: Branting, Dänemark: Knudsen, Oesterreich: Adler und Pernerstorfer, für die Tschechen: Genosse Nemec und Soucique, für die ungarische Partei: Genosse Buchinger, für die Türkei: Varandian, für England: Hyndman (Social Demokratic Party) und Glasier (Independent Labour Party), für Holland: Van Kol und für die italienische Partei: Genosse Garatti. Außerdem waren vertreten Rußland; entschuldigt die sozialistischen Parteien Luxemburgs, Spaniens, Norwegens und der Republik Argentinien.

Zum ersten Beratungsgegenstand — Anseele führte den Vorsitz — „Die Zulassung der „Arbeiterpartei" Englands zu den internationalen Kongressen" ergreift Bruce Glasier das Wort. Er wünscht die Frage im Bureau endgültig geregelt zu sehen. Es sei unbegreiflich, daß man diese beträchtlichen Arbeitergruppen Englands unter dem Vorwande, daß gewisse englische Vereine keine sozialistische Etikette hätten, ausschließe. Die englische Arbeiterpartei hat eine gegen die liberale und konservative Partei gerichtete Taktik und unterstützt die sozialistischen Kandidaten. Es gibt vielleicht auf dem Kontingent Arbeiter mit sozialistischer Etikette, die es aber weniger sind als sie.

Genosse Hyndman gibt für seine Partei der Meinung Ausdruck, daß man alle Trades-Unions aufnehmen müsse, die das Prinzip des Klassenkampfes und den politischen Kampf anerkennen, und deshalb verlange sie den bisherigen Zustand ohne Aenderung aufrechterhalten.

Vaillant erachtet die Frage für erledigt, nachdem das Internationale Bureau den Vorschlag, nur politische Parteien zuzulassen, verworfen hat. Freuen wir uns, daß sich die Syndikate vom Strom der sozialistischen Bewegung tragen lassen.

Adler erklärt sich mit Vaillant einverstanden, nur daß eben die Frage formell noch nicht gelöst sei. Zur Zeit, als die Frage der Trades-Unions prinzipiell entschieden wurde, existierte die Labour Party noch nicht; es gilt daher, die Situation der Labour Party zu regeln, indem wir sie zulassen. Die einzige Schwierigkeit ist, auf welche Weise die englischen Organisationen ihre zwanzig Stimmen aufteilen werden.

Molkenbuhr ist für die Zulassung. Von dem Augenblick an, wo die englischen Organisationen eine Klassenpolitik betätigen, haben sie ein Heimatsrecht in der sozialistischen Partei erworben.

Kautsky kann nicht alles unterschreiben, was Glasier gesagt hat: man muß nicht allein Sozialismus betreiben, sondern auch die sozialistischen Ziele im Auge haben. Was der „Labour Party" mangelt, ist ein klares Programm. Unsere englischen Genossen scheinen keine klare Vorstellung vom Klassenkampf zu haben, doch betätigen sie den Klassenkampf und deshalb ist ihr Platz bei uns. Kautsky legt folgende Resolution vor:

> Im Hinblick auf die bisherigen Beschlüsse der internationalen Kongresse, die alle Organisationen zulassen, welche auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen und den politischen Kampf anerkennen, erklärt das Internationale Bureau:
>
> Die englische Labour Party ist zu den internationalen sozialistischen Kongressen zuzulassen, weil sie, ohne ausdrücklich den proletarischen Klassenkampf anzuerkennen, ihn doch tatsächlich führt und sich durch ihre Organisation selbst, die unabhängig von den bürgerlichen Parteien ist, auf seinen Boden stellt.

# Kleines Feuilleton.

**Herbstzweige.** Der Herbst hat in unseren Gegenden wenig Blumen zu geben. Nur die Chrysanthemen, in großen Körben feilgeboten, beleben unsere grauen Straßen. Die prachtvollen Blüten exotischer Art, in Glashäusern gezogen, kommen für die Allgemeinheit wenig in Betracht. Dagegen findet man auf den Blumenmärkten eine ganz neue Erscheinung. Herbstliche Fruchtzweige, mit roten, weißen oder schwarzen Beeren, wie man sie auf Spaziergängen in unseren Umgebungen von den Sträuchern schneidet und einzeln oder paarweise in Vasen aufstellt. Sollte wirklich etwas von der japanischen Naturfreude, die den massiven Strauß nicht kennt und sich an dem charakteristischen Wuchs einer einzelnen Blume oder eines einzelnen Zweiges erfreut, in unser Publikum gekommen sein? Jedenfalls liegt hier ein sehr beachtenswerter Ansatz zu einem heimatlichen Blumenkultus vor, der nur einer Stärkung und Entwickelung bedarf. Wer nicht die praktischen Gefäße aus der Wiener Werkstätte haben kann, verwende einfache Gläser, um dieselbe Schönheit zu erreichen, die an den fruchtbehangenen Zweigen, und in der Art, sie aufzustellen, liegt. Einzeln, oder mehrere zusammen, werden die Zweige so gesteckt, daß sie einander nicht erdrücken. Je sparsamer, desto besser. Was ein einzelner Zweig an Schönheit leistet, ist nicht auszusagen. Er kann unter Umständen ein Erzieher sein. Denn die ganze schöne Wirkung, deren er fähig ist, wird erst offenbar, wenn man ihn in einen ganz einfachen, möglichst hellen oder ganz weißen Raum aufstellt. Wer das einmal probiert hat, weiß das Rechte selbst zu finden. Den anderen mag Lichtwarks „Markartbukett und Blumenstrauß" oder „Blumenkultus" ans Herz gelegt werden, zwei lichtvolle Schriften, die alles sagen, was jeder Mensch, der Blumen liebt, wissen soll. Wir sind ja eigentlich recht weit davon entfernt, die Herbstzweige auf dem Markt als ein Symbol der künstlerischen Freude an der Natur und ihren Formen betrachten zu dürfen. Für diese billigen Zweige, die jedermann von seinen ländlichen Spaziergängen mühelos heimnehmen kann, werden von den Marktfrauen immer noch Liebhaberpreise verlangt, die ein Beweis dafür sind, daß kein allgemeines und tägliches Bedürfnis vorliegt. Das wird der Fall sein, wenn man sie samt den geeignetsten Gläsern für weniges Geld auf allen Märkten vorfindet. Aber noch ist die Schätzung heimatlicher Blumen nicht so weit gediehen. Neben diesen Zweigen fällt dagegen ein anderer Artikel sehr stark auf. Stechpalmenzweige, an die rote Hagebutten mittels Drahtes befestigt sind, die den Schein echter Fruchtzweige erwecken sollen. Sie werden stark gekauft und sind sehr billig. Ich möchte sie nicht geschenkt. J. A. Lux.

**Aus dem Leben eines armen Komponisten.** Hektor Berlioz war, wie die meisten großen Künstler, in seinen Werdejahren so arm, daß er sich oft in der größten Not befand und sich nicht satt essen konnte. Wie arm er war und mit was für Sorgen er zu kämpfen hatte, erfährt man aus einem jüngst erschienenen Buche von Romain Rolland. Wir lesen dort: In einer der traurigsten Perioden seines Lebens, als noch niemand seine Kunst begriff und noch niemand seine Ideen ernst nehmen wollte, als er dazu noch wegen der schweren Erkrankung seiner Frau vor Kummer weder ein noch aus wußte, kam ihm eines Tages der Gedanke, eine Sinfonie zu schreiben: und in einer stillen Nacht ging ihm plötzlich wie zauberhaft das erste Thema des Allegro durch den Kopf. Er sprang aus dem Bette, um das Motiv sofort festzuhalten und niederzuschreiben. „Wenn ich aber dieses Allegro zu komponieren anfange", dachte er, „muß ich, werde ich die ganze Sinfonie schreiben; sie wird lang werden und ich werde vier oder fünf Monate nichts anderes mehr tun können... Ich werde keine Kritiken schreiben können und infolgedessen auch nichts mehr verdienen." Dann dachte er an die Ausgaben für das Kopieren der Noten. „Und wer weiß denn", sagte er sich, „ob das Konzert, in dem die Sinfonie aufgeführt werden müßte, überhaupt etwas bringen würde?! ... Ich würde nicht mehr so viel haben, um den Arzt für meine Frau und die Pension für meinen Sohn zu bezahlen. . ." Alle diese Gedanken (so erzählt Berlioz in seinen „Memoiren") erschreckten mich und ich warf die Feder fort, indem ich sagte: „Bah! Morgen werde ich die Sinfonie vergessen haben!" Aber in der nächsten Nacht hörte ich wieder mein Allegro; es war mir, als sähe ich es geschrieben vor mir. Ich war in einer geradezu fieberhaften Aufregung: ich sang das Thema; ich wollte wieder aus dem Bett springen; aber alles, was ich mir am Tage überlegt hatte, ging mir noch einmal durch den Sinn und ich hielt mich gewaltsam zurück: ich klammerte mich fest und suchte an anderes zu denken, in der Hoffnung, daß ich vergessen würde. Schließlich schlief ich ein, und als ich am nächsten Morgen erwachte, war wirklich jede Erinnerung vollständig und für immer entschwunden."

**Ein Jubiläum der Luftschiffahrt.** Vor 125 Jahren trat der Mensch die Herrschaft im Luftreich an! Am 15. Oktober 1783 erlebte Paris das Schauspiel, einen Menschen im Luftballon steigen zu sehen. Man wollte es nicht glauben, daß es möglich würde, und hatte jeden Aufstieg eines Menschen verboten, nur drei Tiere, ein Hammel, ein Hahn und eine Ente waren am 19. September vor dem versammelten Hof und in Gegenwart von 130 000 Zuschauern mit einem Ballon in die Luft gelassen worden. Nach 7 Minuten landeten diese ersten Lebewesen, die das Luftreich in der neuen Erfindung bereisten, wohlbehalten wieder auf der sicheren Erde. Mit besonderer Erlaubnis des Königs stieg nun auch ein Mensch in die Luft empor, der Apotheker Pilâtre de Rozier, der damals als königlicher Pensionär die Stelle eines Intendanten des physikalischen, chemischen und naturhistorischen Kabinetts inne hatte. Der Sicherheit halber stieg er am Fesselseil. Die Höhe betrug 27 Meter, die Zeitdauer des Aufstiegs 4½ Minuten, „ohne daß Herr Pilâtre de Rozier die mindeste Ungemächlichkeit verspüret hätte". Am 17. Oktober fand ein weiterer Aufstieg und am 19. der erste große öffentliche Versuch statt. Die erste Freifahrt mit einem Ballon fand am 21. November 1783 durch Pilâtre de Rozier und den Marquis von Arlandes aus der Nähe von Paris statt.

## Humor und Satire.

### Die neueste Oper.

Für Thron und Kirche war Berlin
noch stets ein guter Zahler,
auch diesmal zahlt der Stadtfreisinn
pro Kopf des Volks 'nen Taler.

Das macht die Hälfte nahezu
der fünfzehn Millionen . . .
Der Freisinn spricht in guter Ruh':
„Wozu den Säckel schonen?

Man kann in diesem Opernhaus
zwar kein Billett erschwingen,
allein, was mach' ich mir denn aus
dem Blasen, Fideln, Singen?

Wenn nur mein Kaiser (Hoch, hurra!)
sich freut an der Musike,
so pfeif' ich auf das Bumtrara
und aufs Fagottgequieke.

Ich stell' mich auf, der Oper nah',
wo der Monarch vorbeifährt,
gebückt, im Regen, harr' ich da,
wie mich's die Volkspartei lehrt.

Er hebt die Hand zur Nasenspitz'
und grüßt ganz leuteselig,
vorüber saust er wie der Blitz,
und Hurra, hurra! gröhl' ich."

Franz.

## Notizen.

— **Theaterchronik.** Die sizilianische Truppe veranstaltet am Freitag im Gastspiel-Theater eine Aufführung von „Feudalismo" zu volkstümlichen Preisen (30 Pf. bis 2 M. — Das Lessing-Theater bereitet Gerhart Hauptmanns „Michael Kramer" und Ibsens „Baumeister Solneß" für den November vor. — Die nächste Novität des Kleinen Theaters wird Wedekinds Sittenkomödie „Musik" sein.

— Eine Theaterfusion zwischen Berliner und Wiener Bühnen wird geplant. Das Theater an der Wien und das Raimundtheater stehen in Unterhandlung mit dem Neuen Berliner Operettentheater. Die Wiener wollen den von ihnen verlegten Operetten ein Monopol an der Berliner Bühne sichern. Außerdem ist von Personal- und Gastspielaustausch die Rede.

Genossin Roussel befürchtet von der Resolution Kautsky Verwirrungen. Es genügt nicht, den Klassenkampf zu betätigen, ohne ihn anzuerkennen.

Rubanowitsch bestreitet, daß es sich um eine Opportunitätsfrage oder eine Frage der Stimmenverteilung handelt. Es ist vielmehr eine Prinzipienfrage und es handelt sich darum, zu sagen, ob die englische Arbeiterpartei (Labour Party), welche erklärt, keine sozialistische Partei zu sein und den Klassenkampf nicht anerkennt, in die sozialistische Internationale aufgenommen werden kann. Es ist ein Unterschied zwischen den Trades-Unions und der Labour Party, welche eine politische Partei ist. Rubanowitsch befürchtet gleichfalls von der Resolution Kautsky eine Verwirrung. Jede bewußte sozialistische Partei bedarf als Basis des Klassenkampfes. Wir wollen nicht den Ausschluß der Labour Party, aber eine klare Lösung, welche dieser Partei in ihrer Entwickelung vorwärts hilft.

Hyndman spricht gegen die Resolution Kautsky und für den status quo.

Lenin findet die Resolution Kautsky widerspruchsvoll. Der erste Teil sei unbestreitbar, doch glaubt er nicht, daß die „Labour Party" den Klassenkampf führt. Der zweite Teil der Resolution sei nicht aufrecht zu erhalten. Er schlägt ein Amendement vor, in dem ausgesprochen werden soll, daß die „Labour Party" auf dem Wege zum Klassenkampf ist.

Adler-Oesterreich findet die Situation im Gegensatz zu Rubanowitsch und den anderen Rednern durchaus klar: das Bureau ist sich darüber einig, daß die „Labour Party" zuzulassen ist. Man streitet nur darum, unter welchen Gründen das geschehen soll. Es mag uns genügen, daß die „Labour Party" sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellt und sich praktisch auf den Boden des Klassenkampfes stellt. Mag sie das nicht machen, wie wir es wollen, so haben wir doch allen Grund, diesen Fortschritt mit Genugtuung zu begrüßen. Man möge nicht erlauben, daß Definitionen Verwirrungen stiften; wir haben hier praktische Arbeit zu leisten.

Schließlich erklärt sich Adler für die Resolution Kautsky.

Kautsky beruhigt die französischen und russischen Genossen, die befürchten, daß wir allen möglichen Zersplitterungen Vorschub leisten und daß sich alle möglichen Parteien bilden und zum Anschluß melden können. Die Labour Party ist eine sozialistische Partei, die den Klassenkampf führt und die Masse der Arbeiterklasse repräsentiert. Das ist für mich das wesentliche. Anders ist es mit den Gruppen, auf welche unsere russischen und französischen Freunde hinweisen. Die Arbeiterpartei in England ist selbständig organisiert — sie geht nur wie andere sozialistische Parteien zuweilen mit bürgerlichen Parteien behufs gemeinsamer Aktion zusammen. Doch ist sie vollständig unabhängig. Wir sind daher verpflichtet die Labour-Party anzuerkennen.

Avramov findet das Moment, daß die Labour Party die Arbeitermassen hinter sich habe, unzureichend und sieht in der Votierung der Resolution Kautsky eine Ermutigung für den Opportunismus.

Glasier: Die englische Arbeiterbewegung ist auf dem Wege zum Sozialismus. Der Kongreß der Labour Party repräsentierte 700 000 Arbeiter, die sich dem Sozialismus angeschlossen haben. „Die Independant Labour Party" vereinigt 30 000 und die „Social Democratic Party" 10 000 Arbeiter. Es wäre ein Fehler, jetzt die Bewegung zu entmutigen. Man möge klare Situation schaffen durch die Annahme der Resolution Kautsky.

Bei der Abstimmung wird der erste Teil der Tagesordnung Kautsky, welcher sich auf die Zulassung bezieht, mit allen gegen drei Stimmen und bei einer Stimmenenthaltung, der zweite Teil mit allen gegen vier und bei einer Stimmenenthaltung angenommen.

Die Nachmittagssitzung wird mit dem zweiten Punkt: „Die politische Lage" eröffnet. Dazu liegt die von Vaillant (franz. Sektion) eingebrachte Resolution vor, die wir hier zugleich mit dem von Adler eingebrachten Amendement, (über die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und die Annexion Bosniens) bringen.

**Resolution:**

Wir stellen fest, daß:

die englischen und deutschen Sozialisten durch ihre Solidaritätserklärungen für den Frieden

die französischen Sozialisten durch ihre Agitation gegen die marokkanische Expedition

die dänischen Sozialisten durch ihren Gesetzentwurf über die Abrüstung vollkommen im Sinne des Auftrages der „Internationale" gehandelt haben.

Wir müssen aber trotzdem darauf hinweisen, daß die Gefährdung des Friedens fortbesteht, der imperialistische Kapitalismus in England weiter intrigiert, die marokkanische Expedition und die damit verbundene Börsenspekulation fortgesetzt werden;

im Balkan die Einmischung und die Aspirationen des Auslandes mehr als jemals und nur im Interesse des letzteren, die nationalen und religiösen Leidenschaften aufwühlen;

daß in den letzten Tagen durch die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und insbesondere die Annexion Bosniens die Gefahr einer Störung des Friedens verschärft und nähergerückt ist;

daß endlich überall die Komplotte der Regierungen, das Uebermaß der Rüstungen und des Militarismus, ebenso wie die kapitalistische Konkurrenz und die koloniale Räuberei den Frieden bedrohen.

Demgegenüber erklärt das Internationale Sozialistische Bureau von neuem, daß die sozialistische Partei und das organisierte Proletariat die einzige Macht bilden, die wirksam für die Erhaltung des Friedens eintritt, und daß sie es für ihre Pflicht halten, den Frieden zu sichern.

Das „Internationale Sozialistische Bureau" fordert die sozialistischen Parteien aller Länder auf, zur ausreichenden Anwendung der Resolution des Stuttgarter Kongresses, ihre Wachsamkeit, ihren Eifer, ihre Anstrengungen aufs äußerste anzuspannen, und es fordert ihre Parteileitungen, ihre Parlamentsfraktionen und Delegationen auf, mit dem Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus die Mittel und praktischen Maßregeln zu suchen, die je nach den jeweiligen besonderen Umständen am geeignetsten wären, den Frieden zu sichern.

Vaillant verweist darauf, daß bei der Verfassung der Resolution die diplomatischen und kapitalistischen Intrigen noch nicht bis zum gegenwärtigen Punkte gediehen waren. Es erweist sich nunmehr als notwendig, daß die interessierten Nationen die Initiative für eine spezielle Resolution ergreifen, um anzuzeigen, welche Aktion sie zur Verhinderung des Krieges ergreifen wollen.

Molkenbuhr charakterisiert die Beweggründe und verweist auf die Notwendigkeit der Bekämpfung des Militarismus. Seit 25 Jahren haben sich die militärischen Ausgaben in Deutschland um eine Milliarde erhöht, die das Volk zu bezahlen hatte. Wenn das Volk durch seine öffentliche Tätigkeit die Ausgaben des Militarismus zu vermindern vermag, werden sich auch die Chancen für den Krieg vermindern.

Adler erklärt, daß die Vertreter für Oesterreich und Böhmen für die Resolution Vaillant sind. Die von uns erwarteten Erklärungen und Proteste haben unsere Vertreter in den Delegationen abgegeben. Dasselbe wird im Reichsrat geschehen, wo wir die Regierung zur Verantwortung ziehen werden.

Wir reden hier zu allen Regierungen. Wir haben keine Lust, die Politik Franz Josefs zu machen, aber ebensowenig die Politik Abdul Hamids, der englischen oder serbischen Regierung. Alles was wir tun können, ist, unsere Regierung verantwortlich zu machen für die Situation, die sie heraufbeschworen hat. Was die serbische Bewegung betrifft, so sollen wir darauf hinwirken, daß sich die dortigen Genossen nicht von der Bewegung hinreißen lassen, was zu Verfehlungen und Mißverständnissen führen könnte. Belassen wir es bei der Resolution Vaillant, zumal eine spezielle Resolution falsch interpretiert werden und ihren Zweck bezüglich der Erhaltung des Friedens nicht erreichen würde. Adler beantragt dann das Amendement über den Balkankonflikt (das wir dem Wortlaut der Resolution bereits eingefügt haben).

De Brouckère-Belgien erklärt sich mit der Resolution einverstanden, bemängelt es aber, daß die Situation, in der sich die gegenwärtige Orientfrage darstellt, nicht genügend klargelegt ist. Sollen wir uns damit begnügen, den Krieg zu verhindern? Es handelt sich um zwei Dinge: 1. um den Wunsch der Nationalitäten, sich ihre Unabhängigkeit zu erobern, und 2. um die imperialistischen Gelüste der europäischen Mächte zur Durchführung einer kolonialen Raubpolitik. Bekunden wir unseren Willen, die Mächte an einem gewaltsamen Handeln zu verhindern, aber verurteilen wir nicht die Erhebung der Nationalitäten zur Selbständigkeit, die ein Fortschritt ist.

Glasier fordert von den Oesterreichern bezidierte Erklärungen angesichts der Haltung ihrer Regierung — eine Forderung, die auch von Hyndman unterstützt wird. Es sei nicht allein die Orientfrage im Spiel, sondern auch die friedenbedrohenden Beziehungen Englands und Deutschlands.

Adler: Wir können nicht die Aufgabe und den Ehrgeiz haben, die Zukunft zu prophezeien und Fragen zu lösen, die zu lösen wir nicht die Macht haben. Unsere Position ist eine andere gegenüber Bulgarien und eine andere gegenüber der Annexion Bosniens. Adler beruft sich auf die Erklärung der österreichischen Genossen in den Delegationen, die ausdrücklich die Berechtigung eines Volkes auf seine nationalen Rechte anerkennt. Auf dem Balkan handelt es sich nicht nur um die Unabhängigkeit, sondern um die Vorherrschaft der einzelnen Völker. Es ist schwer, eine Formel für all die vielen Völkerstämme am Balkan zu finden. Wir können nur jeder in seinem Staate dafür eintreten, daß die politische Entwickelung der Völker vor sich geht, ohne daß der Friede darunter leidet. Auf Hyndmans Anfrage, was wir tun werden, können wir nur antworten: mindestens soviel als die englischen Genossen anläßlich der Annexion Aegyptens oder Cyperns. Die Engländer sollen dafür sorgen, daß die englische Regierung auf dem Balkan keine Intrigen spinnt. Was Bosnien betrifft, so meint Adler, daß Oesterreichs Völker keinen positiven Nutzen von der Annexion haben. Die Räumung des Sandschak Novibazar beweist, daß Oesterreich nicht nach Saloniki marschiert. Die Annexion Bosniens wird jedenfalls, und das ist das schlimmste, das Regime der Jungtürken schwächen und die Konterrevolution befördern. Mehr noch freilich wird das jungtürkische Prestige durch die Unabhängigkeit Bulgariens bedroht.

Avramoff (Bulgare) sieht in der Unabhängigkeit Bulgariens keine besondere Förderung der Arbeiterklasse.

Nemec berichtet über seine Erfahrungen in Bosnien, das trotz seiner geringen Bevölkerung von 1 700 000 Einwohnern eine aufsteigende ansehnliche Arbeiterbewegung hat. In Bosnien sind drei konfessionelle Parteien mit verschiedenen Aspirationen: die Katholiken wollen die Annexion durch Oesterreich, die Anhänger der slawischen Kirche wollen zu Serbien und die Mohammedaner zu den Türken. Es wird also, bei allem was geschieht, immer eine Minorität geben. Dem gegenüber stehen die aufblühenden sozialistischen Organisationen mit 6000 Mitgliedern. Die österreichischen Sozialisten waren stets für eine Konstitution des bosnischen Volkes und sie werden auch weiter ihre Pflicht tun.

Van Kol (Holland) spricht über die Zerreißung des Berliner Vertrages und ihre Folgen und wünscht einen entsprechenden Zusatz zur Resolution.

Adler erklärt sich dagegen für die Integrität des Berliner Vertrages einzutreten.

Es wird hierauf die Abstimmung über die Resolution vorgenommen und zwar vorerst über das russische Amendement (in dem gesagt wird, daß der Zarismus durch die Aufnahme neuer Steuern die Situation immer mehr kompliziert, um seine Position gegenüber der Revolution zu stärken), das einstimmig angenommen wird.

Mit allen gegen eine Stimme angenommen wird auch der Zusatz Adlers („und besonders durch die Annexion Bosniens"). Verworfen wird ein bulgarisches Amendement, und schließlich angenommen das Ganze der Resolution Vaillant. Van Kol zieht sein Amendement zurück.

Angenommen wird ferner die Resolution des Genossen De Brouckère:

„Das Internationale Sozialistische Bureau begrüßt mit Freude den Sturz des Regimes, das, im Einverständnis mit den Mächten, Abdul Hamid der Türkei so lange auferlegte; die der Bevölkerung des weiten Reiches gegebene Möglichkeit, über sich selbst zu verfügen, und endlich die Einführung der modernen Freiheiten, die dem erwachenden Proletariat die Möglichkeit geben, im Einvernehmen mit dem Weltproletariat seinen Klassenkampf zu führen."

Erledigt werden hierauf eine Reihe von internen Angelegenheiten des Internationalen Sozialistischen Bureaus, so der Antrag, regelmäßig zwei Sitzungen des J. S. B. im Jahre abzuhalten, der nach längerer Debatte nicht angenommen, sondern als Wunsch des Sekretariats zur Kenntnis genommen wird. Ein Vorschlag der ungarischen Partei, die Stimmen der Ungarn auf 12 zu erhöhen, wird vertagt, doch werden den Kroaten 2 Stimmen provisorisch bewilligt. Der Anschluß der Soz. Partei Chiles wird genehmigt. Der Antrag des Bureaus, wonach die Sektionen und angeschlossenen Parteien einen Beitrag von mindestens 100 Fr. per Stimme zu entrichten haben, wird allen nationalen Sekretariaten zur Aeußerung vorgelegt werden. Das Verlangen einer zionistischen Gruppe, in das Internationale Sozialistische Bureau aufgenommen und der russischen Sektion zugeteilt zu werden, wird abgelehnt.

Um 1/2 9 Uhr abends wird die Sitzung, die eine überaus ernste und intensive Beratung umschloß, vom Präsidenten Anseele aufgehoben.

Ueber die der Konferenz vorangegangene Journalistenkonferenz sowie über die Interparlamentarische Konferenz vom Montag werden wir noch berichten.

# Aus der Partei.

### Genosse Goldstein erkrankt.

Die gestrige Meldung wird leider bestätigt. Genosse Goldstein erlitt in Dresden, wo er sich zur Teilnahme an den Arbeiten der Wahlrechtskommission aufhielt, einen — glücklicherweise leichten — Nervenschlag. Die rechte Körperseite ist teilweise gelähmt. Unser erkrankter Genosse ist infolgedessen nicht mehr in der Lage, an den Arbeiten in der Wahlrechtskommission und im Plenum des Landtages teilnehmen zu können. Das sächsische Proletariat ist so seines einzigen Fürsprechs in der Kammer beraubt. Hoffen wir, daß Genosse Goldstein bald wieder hergestellt sein wird.

### Zur letzten Erklärung Maurenbrechers

schreibt die „Märkische Volksstimme" (Kottbus):

„Die Redakteure der „Märkischen Volksstimme" haben sämtlich an der Forster Versammlung teilgenommen und erklären übereinstimmend:

Genosse Maurenbrecher hat sich in der fraglichen Stelle seiner Rede so ausgedrückt, wie sie in den Zeitungsberichten über die Forster Versammlung wiedergegeben wurde. Alles Bestreiten ist vergebliche Mühe.

Als Genosse Maurenbrecher merkte, welche Herzensgeheimnisse er im Drange seiner Parteiretterei ausgesprochen, verbesserte er sich schnell und sagte: „Freilich liegt kein formeller Beschluß dieser Kreise vor!" und fuhr dann in seiner Rede fort. — Wir betonen noch einmal, daß Maurenbrecher „von den Kreisen geredet hat, in denen er verkehrt".

Die „Arbeiterzeitung" (Dortmund) schreibt:

„Genosse Maurenbrecher vergißt nur zu sagen, daß seine Kriegserklärung an die „Marx-Epigonen" in Wahrheit nichts anderes war als eine Kriegserklärung an die gesamte Partei selbst! Er sollte aus dieser Kriegserklärung die Konsequenzen ziehen und der Partei, deren Wesen er nie begriffen hat, nun auch äußerlich den Rücken kehren. Mag er sie dann wieder von außen bekämpfen, wie er das früher so lange getan hat — das wäre wenigstens ehrlich!"

---

Genosse Dr. Zadek sendet uns zu der gestrigen Veröffentlichung der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgende Erklärung:

„Die in der heutigen Nummer des „Vorwärts" seitens der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordneten-Versammlung veröffentlichte Notiz über eine unrichtige Auskunft, welche ich den süddeutschen Parteigenossen gegeben habe, könnte den Anschein erwecken, als bezöge sich die Stelle: „die er nachträglich selbst nicht mehr aufrecht zu erhalten vermochte" auf eine Erkenntnis, die mir erst jetzt, bei der Besprechung der Angelegenheit in der Fraktion, gekommen sei. Ich lege Wert darauf festzustellen, daß dem nicht so ist: Bereits in meinem ersten Schreiben an den Genossen Auer hatte ich erklärt, daß ich seine Fragen nicht mit völliger Sicherheit beantworten könne, bevor ich mich weiter informiert hätte, und etwaige irrige Angaben in demselben berichtigen würde, nachdem ich das getan. Demgemäß habe ich wenige Tage später ein zweites Schreiben an ihn gerichtet, welches diejenigen Punkte richtig stellte, in welchen ich geirrt hatte. Daß dies zweite Schreiben zu meinem aufrichtigen Bedauern zu spät in die Hände des Genossen Auer gelangte, ist nicht meine Schuld und habe ich erst nach Schluß des Parteitages erfahren."

Nach dieser Erklärung des Genossen Zadek, daß er in einem Schreiben an den Genossen Auer-München bemerkt habe, er könne seine Fragen nicht mit völliger Sicherheit beantworten, bevor er sich nicht weiter informiert habe, ist es um so unverständlicher, daß der Brief trotzdem in der Weise, wie es geschehen, auf dem Parteitag ausgenützt ist, zumal ihm die unzweideutigen Erklärungen des „Vorwärts" und von Mitgliedern des Berliner Stadtverordnetenkollegiums entgegenstanden.

---

### Folgende Zuschrift des Parteivorstandes

wurde in einer der letzten Nummern der „Dresdener Volkszeitung" veröffentlicht:

„In der Parteiversammlung des 5. sächs. Kreises (Dresden-A.), die sich mit dem Nürnberger Parteitag beschäftigte, wurde nach dem Bericht der „Dresd. Volksztg." Nr. 231 die Behauptung aufgestellt, daß der Parteivorstand von der Stuttgarter Abgeordnetenkonferenz gewußt habe und daß von einer Geheimkonferenz keine Rede sein könnte. Begründet wird diese Behauptung mit den Erörterungen in Würzburg und mit der Einladung des Genossen Geck.

Wir stellen demgegenüber erneut fest, daß Genosse Ad. Geck in seiner Eigenschaft als badischer Landtagsabgeordneter eingeladen war. Er hat von seiner Einladung dem Parteivorstand keinerlei Kenntnis gegeben. Es war auch noch nie üblich, auf dem Umwege der Einladung eines Mitgliedes der Kontrollkommission den Parteivorstand zu einer Konferenz einzuladen.

Zweitens stellen wir erneut fest, daß auf der Würzburger Konferenz zwar von der Einberufung einer weiteren Konferenz die Rede war, daß aber weder Zeit noch Ort dieser Konferenz in Würzburg genannt wurden, noch später irgendeinem Mitgliede des Parteivorstandes bekanntgegeben wurden.

Da in den Versammlungen nach dem Würzburger Parteitag — übrigens nicht nur in Dresden — über die Einberufung der Stuttgarter Konferenz und über die Nichteinladung des Parteivorstandes in irreführender Weise berichtet wurde, sehen wir uns veranlaßt, zur Klarstellung folgendes mitzuteilen:

In einer Sitzung Stuttgarter Parteifunktionäre, die am 21. September d. J. in Stuttgart tagte, wurde von einem Landtagsabgeordneten festgestellt:

Es sei von vornherein formell und ausdrücklich beschlossen worden, daß an der Konferenz in Stuttgart nur die in Betracht kommenden Landtagsabgeordneten teilnehmen dürften und absolut niemand außerhalb dieses Kreises.

Dieser Darstellung widersprach keiner der fünf übrigen anwesenden Landtagsabgeordneten.

---

### Parteitag der niederrheinischen Sozialdemokratie.

In Solingen fand am 11. und 12. Oktober der Parteitag der niederrheinischen Genossen statt.

Besucht war er von 93 Delegierten, darunter 19 Frauen, außerdem waren anwesend 14 Kreisleiter, 8 Parteisekretäre, 6 Vertreter der Presse des Bezirks, 2 Reichstagsabgeordnete und das Agitationskomitee. Der Parteivorstand hatte den Genossen Ebert entsandt.

Den Bericht des Agitationskomitees haben wir schon vor einiger Zeit im Auszuge gegeben.

Zunächst wurden einige Aenderungen der Organisation vorgenommen:

So wurde die Zahl der Delegierten in etwas beschränkt. Die Wahlkreise haben das Recht, drei Delegierte zu entsenden; außerdem wird ihnen auf jede 800 organisierte Genossen noch ein Vertreter zugestanden.

Weiter wurde ein Beschluß gefaßt, den Beitrag an das Agitationskomitee von 15 auf 10 Proz. herabzusetzen. Die Agitationsschrift „Morgenrot" müssen die Wahlkreise den Mitgliedern gratis liefern. Der Beschluß tritt am 1. Juli 1909 in Kraft.

In bezug auf die Frauenorganisation wurde beschlossen, daß die Genossinnen monatlich 30 Pf. Beitrag zu zahlen haben, wofür ihnen die „Gleichheit" gratis geliefert wird. Die Genossinnen, welche die „Gleichheit" von ihrer Gewerkschaft beziehen, bezahlen alle vier Wochen 15 Pf. Die Resolution, die der Nürnberger Parteitag zur Jugendorganisation angenommen hat, wurde gutgeheißen. Der Vertreter des Parteivorstandes, Genosse Ebert, erklärte, daß der Vorstand behufs Ausführung des Nürnberger Beschlusses mit den in Betracht kommenden Instanzen in Verbindung getreten sei und schon Verhandlungen gepflogen sind. Er ersuchte deshalb, vorläufig in der Frage nichts zu unternehmen, bis der Parteivorstand die Anleitungen, die in Kürze an die Organisationsleiter versandt werden, herausgegeben habe.

Reichstagsabgeordneter Scheidemann hielt einen Vortrag über die politische Lage, unter besonderer Berücksichtigung der Reichsfinanzreform. Nach einer trefflichen Schilderung der Tätigkeit der Blockparteien erklärte der Referent, daß die Partei unentwegt auf dem alten Klassenkampfstandpunkt stehen bleiben müsse. Ein Entgegenkommen an die bürgerliche Gesellschaft könne nie zum Ziele führen. Der Stimmzettel sei nicht das Mittel, mit welchem wir die politische Macht erringen werden.

Es wurde eine Resolution angenommen, wonach der niederrheinische Parteitag der in Nürnberg einstimmig beschlossenen Protestresolution gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Reichstagsmehrheit und der verbündeten Regierungen ausdrücklich zustimmt.

Bei einem Rückblick auf die verflossenen Landtagswahlen kam es zu einer Auseinandersetzung über die Frage, ob es taktisch richtig war, das Zentrum in den Stichwahlen zu unterstützen, wie es in einigen Wahlkreisen geschehen ist. Eine Abstimmung wurde nicht vorgenommen, doch konnte konstatiert werden, daß die Delegierten in ihrer Majorität auf dem Standpunkt standen, es sei ein Fehler gewesen, daß unsere Wahlmänner für die Kandidaten des Zentrums stimmten.

Eine ziemlich heftige Debatte entspann sich bei dem Punkt Presse. Die bekannte Haltung unseres Solinger Parteiblattes gab den Anlaß zu den Auseinandersetzungen. Sehr scharf wurden die Aeußerungen des Genossen Donath-Hagen, der eine Lanze für den Revisionismus brach, zurückgewiesen. Genosse Haberland-Barmen erklärte, daß sich die Parteigenossen den Beschlüssen des Partei-

tages zu fügen hätten, wer das nicht könne oder wolle, müsse die Konsequenzen ziehen. Der Redakteur des Solinger Parteiblatts, Genosse Hildebrand gab zu, daß er einen anderen Standpunkt vertrete, als die übrigen Delegierten, aber die Solinger Genossen hätten eine Resolution gefaßt, die die Nürnberger Beschlüsse gutheißt, und dieser Resolution werde er sich fügen. Der vorgerückten Zeit wegen mußte die Diskussion abgebrochen werden.

Der nächste Parteitag findet in Krefeld statt.

Das Agitationskomitee behält seinen Sitz in Elberfeld.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Redakteurfreuden.** Genosse Steinkamp vom „Volksblatt" (Bochum) hat am 12. d. M. die Strafanstalt Werl in Westfalen zu einmonatlichem Aufenthalt bezogen, um wegen einer angeblichen Beleidigung des Kriegsministers Buße zu tun. Hoffentlich wird unser Genosse die Haft gut überstehen.

## Was sind Jammerlöhne?

Diese Frage, die jeder Arbeiter ohne weiteres beantworten wird, wurde am Mittwoch in einer mehr als fünfstündigen Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte untersucht. Den Anlaß zu dieser eingehenden Untersuchung bot eine Beleidigungsklage des Fabrikbesitzers Fritz Gebauer in Charlottenburg gegen ein Vorstandsmitglied des Textilarbeiterverbandes, Genossen Wasewitz. — Im Oktober vorigen Jahres wandte sich Wasewitz in einem Flugblatt an die Arbeiter der Färberei und Bleicherei von Fr. Gebauer, um sie für den Verband zu gewinnen. Das Flugblatt beschäftigte sich mit den im genannten Betriebe herrschenden Verhältnissen, sprach von rücksichtsloser Ausbeutung der Arbeiter, von Jammerlöhnen, welche die Grenze von 33 Pf. pro Stunde nicht überschreiten, die Löhne seien so miserabel, daß man sich fragen müsse, wie es möglich sei, daß in Berlin solche Löhne gezahlt werden können usw.

Herr Gebauer fühlt sich über die seiner Behauptung nach unzutreffenden Angaben über die Löhne und sonstigen Zustände in seiner Fabrik beleidigt. Wasewitz trat für die Angaben des Flugblattes den Wahrheitsbeweis an. Die Verhandlung der Klage ist schon mehrmals aus formalen Gründen vertagt worden, besonders deshalb, weil das Gericht Stundenlöhne von 33 Pf. für erwachsene Arbeiter bei schwerer Arbeit nicht ohne weiteres als miserable Löhne ansah, sondern den Nachweis forderte, daß die Löhne das für die Branche übliche Maß nicht erreichten. Hauptsächlich um diesen Punkt drehte sich denn auch der in der Sitzung erhobene Beweis. 16 Zeugen und 2 Sachverständige waren geladen.

Die Zeugenvernehmung ergab, daß in der Mangelei des Gebauerschen Betriebes ein eigenartiges Lohnsystem herrscht. Die Mangelarbeiter erhalten für den 10stündigen Arbeitstag einen Lohn von 3,30 M. Dafür müssen sie mindestens 32, in einer anderen Abteilung 36 Stücke mangeln. Aber mit dieser Leistung ist die Firma keineswegs zufrieden. Sie würde — wie ihr Direktor Feix als Zeuge sagte — sich dafür bedanken, einen Arbeiter zu behalten, der nicht mehr wie das Pensum liefert. Die Arbeiter müssen mehr liefern. Während aber, wenn man den Tagelohn auf die einzelnen Stücke des Pensums berechnet, das Stück mit 10 Pf. bezahlt wird, erhalten die Arbeiter für jedes über das Pensum hinausgehende Stück nur 5 Pf. In der Regel stellt jeder Arbeiter täglich 24 Ueberstücke her, für die er 1,20 M. Zuschlag zu seinem Tagelohn erhält. Um eine solche Tagesleistung herzustellen, müssen sich die Arbeiter natürlich sehr anstrengen. Täten sie es nicht, so würde sie ja — wie der Direktor Feix selbst sagte — die Firma nicht beschäftigen.

Es war nicht leicht, dem Gericht Klarheit über dies eigenartige Lohnsystem zu verschaffen. Direktor Feix sagte, dies System sei ein gemischtes Lohnsystem, zusammengemischt aus Lohn und Prämie. Jeder Arbeiter wisse, daß er Ueberstücke machen müsse und jeder mache sie auch, um mehr als den einfachen Tagelohn zu verdienen.

Weiter wurde durch die Beweiserhebung festgestellt, daß ein Trockenraum in der Fabrik erst von 7 Uhr morgens an elektrisch beleuchtet wird. Die Arbeiter fangen aber im Winter schon um 6 Uhr früh bei völliger Dunkelheit in diesem Raume an zu arbeiten. Es ist vorgekommen, daß dabei ein Arbeiter in der Dunkelheit von einem anderen ins Auge gestoßen wurde und daß ein auf der Rutschbahn hinabgleitendes Stück einem Arbeiter auf den Kopf fiel. — Direktor Feix meinte zwar, es sei verboten, den Trockenraum vor 7 Uhr zu betreten. Doch mußte er zugeben — und andere Zeugen bestätigten es —, daß dies Verbot nicht beachtet wird. — Ferner wurde festgestellt, daß zeitweise Ueberstunden gemacht werden, so daß die tägliche Arbeitszeit dann bis auf 15, 18, ja einmal sogar bis auf 20 Stunden ausgedehnt worden ist.

Während der Angeklagte eine solche Ausdehnung der Arbeitszeit für ein Uebel hält, das im Interesse der Arbeiter beseitigt werden muß, stellte Direktor Feig die Sache so dar, als ob den Arbeitern mit Ueberstunden und dem Verarbeiten von Ueberstücken gedient sei, und die Arbeiter froh wären, wenn sie auf solche Weise ihren Verdienst vermehren können. Solche Auffassung ist bei einem Fabrikdirektor nicht zu verwundern. Wenn aber der Vorsitzende des Gerichts derartige Auffassungen teilt, so muß man sich mit Recht über eine solche soziale Naivität wundern. Und der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Wollmer erregte durch seine weltfremden Ansichten über die Stellung des Arbeiters in einer modernen Fabrik oft das Kopfschütteln der Zuhörer. Als davon die Rede war, daß die an sich schon schwere Arbeit durch Ueberarbeit noch besonders schwer werde, sagte der Vorsitzende: „Ja, warum drängen sich denn die Leute zu solcher Arbeit, die ihnen zuschwer ist, sie haben doch nicht nötig, sich in Betriebe hineinzudrängen, deren Anforderungen sie nicht gewachsen sind." — Als ein Zeuge sagte, er habe in einem gleichartigen Betrieb in Westfalen bei erheblich leichterer Arbeit 3 Mark täglich verdient, wandte der Vorsitzende ein: „Und dann sind Sie noch nicht zufrieden, wenn Sie hier 1,20 Mark mehr verdienen? Das sollen Hungerlöhne sein? Warum sind Sie denn nicht in Westfalen geblieben?" — Als der Fall erörtert wurde, daß im Trockenraum vor 7 Uhr in völliger Dunkelheit gearbeitet wird, meinte ein Meister, die Firma verlange ja nicht, daß die Arbeiter vor 7 Uhr anfangen, das täten die Arbeiter aus freien Stücken. — Diese Angabe schien dem Vorsitzenden so überzeugend, daß er bemerkte: „Also es war der freie Wille der Arbeiter. Da müssen doch ideale Verhältnisse herrschen, wenn die Arbeiter eine Stunde früher kommen, als verlangt wird. Da kann man doch nicht von einem Frondienst reden." — Solche und ähnliche Bemerkungen, die der Vorsitzende öfter bei der Befragung der Zeugen machte, veranlaßten den Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, dagegen zu protestieren, daß der Vorsitzende seine persönlichen Ansichten in dieser Weise hervorkehrte. — Mehrmals kam es aus solchem Anlaß zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Verteidiger und dem Vorsitzenden.

Nachdem sechs Zeugen ihre Aussagen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei Gebauer gemacht hatten, äußerten sich zwei Sachverständige darüber, ob die Löhne als besonders niedrig anzusehen sind oder nicht. Der erste Sachverständige, Velvetfabrikant Merkel bezeichnete die bei Gebauer bezahlten Löhne als angemessen. Der zweite Sachverständige Hübsch, Vorsitzender des Textilarbeiterverbandes meinte, die Löhne seien im Vergleich mit den in ähnlichen Betrieben gezahlten ungenügend, ja schlecht zu nennen und das Lohnsystem müsse als ein, gelinde gesagt, unschönes angesehen werden, weil die Ueberarbeit, im Gegensatz zu dem sonst allgemein herrschenden Brauch, schlechter bezahlt wird wie die reguläre Arbeit.

Der Vertreter des Klägers beantragte Bestrafung des Angeklagten.

Rechtsanwalt Theodor Liebknecht führte aus, daß die tatsächlichen Angaben des Flugblates in jeder Hinsicht als wahr bewiesen worden seien. Im übrigen wende sich das Flugblatt nicht gegen die Person des Klägers, sondern es beleuchte Zustände in der Fabrik, womit noch nicht gesagt werde, daß der Kläger dieselben veranlaßt habe. Da dem Angeklagten auch der Schutz des § 193 zur Seite stehe, so müsse Freisprechung erfolgen.

Das Gericht billigte, wie der Vorsitzende in der Urteilsbegründung bemerkte, dem Angeklagten den Schutz des § 193 nicht zu, weil der Angeklagte sich nicht nur an die Mitglieder seines Verbandes, sondern auch an die Unorganisierten gewandt, also keine naheliegenden Interessen zu vertreten hatte. Hinsichtlich der Löhne ist das Gericht zu der Ansicht gelangt, daß dieselben allerdings nicht hoch sind, daß man nach der Berechnung der Ueberstücke zu der Annahme kommen könnte, dieselben würden nicht genügend bezahlt, jedoch sei, da sich die Sachverständigen widersprachen, nicht aufgeklärt, ob die Löhne besonders niedrig waren. Immerhin hätte der Angklagte nicht so scharfe Ausdrücke gebrauchen dürfen. Daß die Arbeiter morgens im Dunkeln arbeiteten, sei eine harmlose Sache, niemand habe die Arbeiter dazu gezwungen, sie hätten aus freien Stücken im Dunkeln gearbeitet. Der Angeklagte sei in seiner Kritik über das zulässige Maß hinausgegangen. — Das Urteil lautet auf 150 M. eventuell 15 Tage Gefängnis. Dem Kläger wird das Recht zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Beklagten einmal im „Vorwärts" zu veröffentlichen.

Selbstverständlich ist gegen dieses auffällige Urteil Berufung eingelegt.

## Aus der Frauenbewegung.

**Die Genossinnen in Tempelhof** veranstalteten am Dienstag im „Wilhelmsgarten" eine Frauenversammlung, in der Genossin Klara Weyl sprach. Sie führte u. a. aus: Die Verhältnisse entwickeln sich so, daß die Frauen gezwungen werden, teilzunehmen am öffentlichen Leben. Ihr eigenes Interesse muß sie schließlich notwendig veranlassen, sich mit allen Fragen in Stadt und Gemeinde immer eingehender zu beschäftigen. Unendlich viele Frauen müssen als Arbeiterinnen unter schweren Sorgen ihren Lebensunterhalt erwerben. Viele junge Mädchen setzen ihre Hoffnung auf eine Besserung durch die Heirat und lernen in der Ehe bald erkennen, daß sie gerade als Familienmütter die ganze Bitternis des Proletarierlebens durchzukosten haben. Oft genug müssen Frau und Kinder mitarbeiten, um den Verdienst des Mannes auf das Existenzminimum zu erhöhen. In allen Fragen des öffentlichen Lebens ist die Frau in gleichem Maße interessiert wie der Mann. Die Frauen werden nicht von den Männern geschoben werden, sondern sie werden die Männer mitreißen, wenn sie erst einmal in Bewegung geraten. Man braucht sich nicht zu verhehlen, daß die Männer die Frauen vorläufig noch nicht als ganz vollwertig ansehen. Noch haben die Frauen kein Wahlrecht, aber das ist jetzt nur eine Frage der Zeit. Wundern muß man sich freilich, daß die Männer nicht längst der Frauenfrage größere Aufmerksamkeit geschenkt haben, denn unter der dummen Frau leidet der aufgeklärte Mann, und unter der dummen Mutter leidet die Erziehung der Kinder. Die Aufgabe der Genossinnen muß es sein, ernste Sorge zu tragen für die Aufklärung der Frauen und für ihren Beitritt zu den Organisationen unserer Partei. (Beifall.)

Eine Diskussion fand nicht statt. Genossin Thiel ermahnte noch zum fleißigen Besuch der Lese- und Diskutierabende für Frauen.

### Katholische Arbeiterinnenvereine.

Wie in den christlichen Gewerkschaften praktische Arbeit geleistet und das Interesse der Mitglieder vertreten wird, zeigt folgender in Nummer 21 der „Frauenarbeit" enthaltene Versammlungsbericht, den wir der Mit- und Nachwelt nicht vorenthalten wollen:

Beuthen. Am 13. September nachmittags 4 Uhr fand im hiesigen Theatersaal die Monatsversammlung des Vereins erwerbstätiger katholischer Frauen und Mädchen statt. Sie wurde von der Vorsitzenden mit dem katholischen Gruße eröffnet. Darauf sangen die Mitglieder das Lied „Harre meine Seele". Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles erschien der hochw. Herr Präses. Weil er am Tage vorher von seiner Lourdesreise zurückgekehrt war, wurde ihm seitens eines Vereinsmitgliedes ein Willkommengruß in Versen dargebracht. Der hochwürdige Herr Präses hielt einen Vortrag über „Wahre Freundschaft". Zehn neue Mitglieder wurden aufgenommen. Um 1/2 7 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Wir wundern uns gar nicht über die „segensreiche" Tätigkeit dieser Vereine „erwerbstätiger katholischer Frauen". Man kann von ihnen nicht verlangen, daß sie gegen den dreimal geheiligten Kapitalismus vorgehen, um den Enterbten und Verstoßenen ihr Los zu erleichtern. Dazu würden die Gründer ihre Huld und Freundschaft auch nicht verschwenden. Die „wahre Freundschaft" des hochwürdigen Herrn Präses bleibt den armen Arbeiterinnen, so lange sie zufrieden sind und dem Kapitalismus nicht zu Leibe gehen.

### Frauenorganisation in Oesterreich.

Ein Landesparteitag der Genossen in Oesterreichisch-Schlesien, der am 11. und 12. Oktober in Freiwaldau tagte, hatte auch die Frauenorganisation auf der Tagesordnung. Die Landesparteileitung hatte die Organisationen aufgefordert, auch Frauen zu delegieren, um mit diesen eine Besprechung abhalten zu können. Es waren denn auch 17 Genossinnen aus den wichtigsten Industrieorten anwesend. Meist Textilarbeiterinnen, die schon der gewerkschaftlichen Organisation angehören. Jetzt sollen die Frauen auch politisch organisiert werden. Zum Teil sind sie schon als „Hörerinnen" den politischen Vereinen angeschlossen; doch da ihnen als nicht ordentliche Mitglieder eine eigentliche Betätigung und eine Vertretung im Vorstand nicht möglich ist — dank dem rückständigen österreichischen Vereinsgesetz, so sollen jetzt lose Frauenorganisationen gegründet werden.

Genossin Popp erstattete beim Landesparteitag das Referat und es knüpfte sich eine lebhafte Debatte daran. Zum Schlusse kam eine Resolution zur Annahme, die den Genossen in allen Orten, wo dies möglich ist, empfiehlt, politische Frauenorganisationen im Einvernehmen mit der Landesvertretung zu gründen. Nachher traten die Genossinnen zu einer eigenen Beratung zusammen, um die Detailfragen zu besprechen. Im Anschluß an den Parteitag finden in allen wichtigeren schlesischen Orten Frauenversammlungen statt, um die Gründung der politischen Frauenorganisation sofort in Angriff zu nehmen.

### Zahlabende.

**Schöneberg.** Freitag, den 16. Oktober, in folgenden Lokalen: Folger, Kyffhäuserstr. 26, Kuschke, Meininger Straße 9, Wandke, Bahnstr. 25, Rethfeldt, Königsweg 42, Knobloch, Sedanstr. 53, Leich, Eberstr. 14, Gröbke, Eberstr. 37, Ecke Maxstraße. Es wird dringend ersucht, die Bibliotheksbücher von dem früheren Frauen- und Mädchen-Bildungsverein in den Zahlabenden abzugeben.

### Leseabende.

**6. Kreis.** 7. Abteilung: Freitag, den 16. Oktober, bei Lamprecht, Puttlitzstr. 10. Aufnahme neuer Mitglieder.

## Gerichts-Zeitung.

### Wenn der Polizeikommissar schwört . . .

Dem Polizeikommissar Roß von Castrop war von dem Genossen Bergmann Schleichert in einer Bergarbeiterversammlung der Vorwurf des Meineides gemacht worden. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Bei der Beerdigung eines Genossen schritt der genannte Kommissar zur Konfiskation der roten Kranzschleife. Das nun folgende gerichtliche Nachspiel gegen unseren Genossen — die Anklage lautete auf groben Unfug — endete mit Freisprechung.

Bei dieser Verhandlung hat der Kommissar beschworen, eine junge Genossin, die an der Beerdigung teilnahm, habe bei der Konfiskation zum Kranzträger gesagt: „Geben Sie mir die rote Schleife, das Band der Liebe." Die Genossin hat diese Aeußerung nicht gemacht, deshalb erhob Genosse Schleichert in öffentlicher Versammlung gegen den Kommissar Roß den Vorwurf des Meineids. Nun wurde gegen den Genossen Schleichert die Anklage der Beleidigung erhoben, die vor dem Schöffengericht in Castrop zur Verhandlung stand. Es waren über vierzig Zeugen geladen. Der Kommissar beschwor abermals, daß die Aeußerung so gefallen sei, wie er schon vorher beschworen. Auch ein anderes Polizeiorgan wollte die Aeußerung gehört haben. Dann kamen aber ein ganzes Dutzend Zeugen, die beschworen, daß die Aeußerung nicht gefallen sei. Weitere 30 Zeugen waren bereit, im gleichen Sinne auszusagen, das Dutzend genügte aber.

Der Amtsanwalt beantragte trotzdem die ungeheuerliche Strafe von drei Monaten Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 60 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß das Gericht als erwiesen ansehe, daß die vom Kommissar bekundeten Worte nicht gefallen seien. Der Kommissar müsse sich wohl verhört haben. Trotzdem habe Schleichert den Vorwurf des Meineides nicht erheben dürfen. Es steht also fest, daß der Kommissar objektiv falsch ausgesagt hat. Wenn nur die Arbeiter auch immer so verständige Richter fänden. Mancher Arbeiter, der nichts Schlimmeres getan wie der Kommissar Roß, ist schon ins Zuchthaus gewandert.

### Milde Richter gegen Studenten.

Ein Privattelegramm meldet uns:

Wegen Beleidigung des Theaterdirektors Mauthner und Verübung groben Unfugs wurden die Studenten Ritter von Schoenerer, von Frangenheim und von Mirbach vom Schöffengericht Halle zu je 300 M. verurteilt.

Die Verurteilung erfolgte wegen der rohen Störung einer Theatervorstellung durch von den Angeklagten bezahlte Schnapsbrüder. Wenn die edlen Herren sich später als Stützen von Ordnung und Sitte auftun und gegen Arbeiter wettern, so würden sie entrüstet einen Hinweis auf ihre Roheit zurückweisen: die war ja nur „Ulk".

### Die Anpreisung boykottfreien Brotes als unzulässiges Plakat.

Die vorsintflutlichen Plakatvorschriften des alten preußischen Preßgesetzes, die selbst das Kammergericht schon für veraltet, wenn auch noch rechtsgültig erklärt hat, spielen immer noch ihre Rolle im Kampfe gegen die Bestrebungen der Arbeiterklasse auf Verbesserung ihrer Lebenslage. Bezeichnend ist ein Prozeß, der vom Kammergericht erledigt wurde. Der noch als gültig angesehene § 9 des Gesetzes vom 12. Mai 1851 bestimmt: „Anschlagezettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben, als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergnügungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr dürfen nicht angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden." — Wegen Uebertretung dieser Vorschrift war der Kaufmann Knappe auf Grund der Strafbestimmung des § 41 verurteilt worden, weil er zur Zeit des Groß-Berliner Bäckerstreiks bezw. Boykotts im Schaufenster seines Materialwarengeschäfts in Ober-Schöneweide ein Plakat folgenden Inhalts ausgehängt hatte: „Meiner geehrten Kundschaft teile ich mit, daß ich nur boykottfreies Brot und Backware verkaufe, die unter den vom Bäckerverband im Mai 1907 aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt sind. — Bestätigt: Verband der Bäcker und Berufsgenossen. Mitgliedschaft Berlin." — Das Landgericht führte in dem Urteil unter anderem aus: Es sei gewiß nicht zu verkennen, daß das Plakat insofern in den Rahmen des Geschäftsbetriebes des Angeklagten fiel, als es mit den Zweck verfolgte, dem Geschäft mehr Kunden zuzuführen. Der rein geschäftliche Charakter des Plakats sei aber dadurch verloren gegangen, daß es mit politischen Hinweisen verbunden gewesen sei. Daß es einen rein geschäftlichen Charakter nicht hatte, sei insbesondere mit Rücksicht darauf anzunehmen, daß das Plakat einen Bestätigungsvermerk des Verbandes der Bäcker enthielt, der in erster Linie einen politischen Charakter trage. Das Plakat falle somit nicht unter die durch § 9 zugelassenen Plakate.

Angeklagter legte Revision ein. Vor dem Kammergericht rügte Rechtsanwalt Ruhm namentlich, daß das Landgericht garnicht festgestellt habe: 1. worin es denn die angeblichen politischen Hinweise des Plakates erblicke, 2. wieso denn der Bäckerverband politische Zwecke verfolge.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts verwarf dennoch am Montag die Revision als unbegründet. Das Kammergericht steht auf dem Standpunkt, daß es nur nach § 9 auf den Inhalt des Plakates ankomme und daß § 9 vom öffentlichen Ausstellen, Anschlagen und Anheften überhaupt jedes Plakat ausschließe, das oder das noch einen anderen Inhalt habe, als ihn § 9 aufführe. Nach der Auffassung des Senats verliert ein Plakat, das dem Gewerbe dient, seinen rein geschäftlichen Charakter im Sinne des § 9, wenn damit ein Hinweis auf politische oder sozialpolitische Ereignisse usw. verbunden ist, und wird so ein unerlaubtes Plakat. Vorliegend lasse das landgerichtliche Urteil, so wurde ausgeführt, deutlich ersehen, daß das Landgericht die Ankündigung nicht für rein gewerblich erachtet habe. Ein Rechtsirrtum sei nicht darin zu finden. Die Verurteilung wegen Uebertretung des § 9 sei gerechtfertigt.

Wann wird nun die Eisenbahndirektion wegen ihrer Plakate angeklagt worden?

## Eingegangene Druckschriften.

**„Kosmos"**, Handweiser für Naturfreunde. Heft 10 a 50 Pf. — **Floericke, Dr. Kurt.** Die Säugetiere des deutschen Waldes. Geh. 1 M., geb. 2 M. Verlag des „Kosmos", Gesellschaft der Naturfreunde (Franckhsche Verlagshandlung), Stuttgart.

**Technisches Magazin.** Heft 1. Herausgegeben von M. H. Blancke. Jährl. 12 Hefte. Einzelh. 1 M., pro Jahr 10 M. — Verlag: „Technisches Magazin", Berlin, Alte Jakobstr. 23/24.

**Im alten Schloß.** Novellen von Peter Baum. Verlag: P. Cassirer, Berlin W. 10.

**Geschäftsbericht** für das 9. Geschäftsjahr 1907/08 der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg. 12 Seiten. Selbstverlag.

**Jesus, Dichtung und Wahrheit.** Roman von O. Linke. 3 M. Verlag C. Duncker, Berlin W. 35.

**Die politische Bedeutung** des Verhältniswahlsystems von E. Cahn. Verlag der „Hilfe", Berlin—Schöneberg.

**Kiehlings Berliner Verkehr.** Winter 1908/09 40 Pf. — **Großer Taschenplan** von Berlin. 30 Pf. Verlag R. Kiehling, Berlin SW., Kleinbeerenstr. 29.

**Straubes Spezialkarte** des Laufes der Ober-Spree, Dahme u. Umgebung. 75 Pf. Selbstverlag Berlin, SW. 13.

**Die Sozialpolitik der Kantone** von P. Pflüger. 40 Cts. Verlag Buchhandlung des schweizerischen Grütlivereins in Zürich.

**Der „Grütli-Kalender"** für das Jahr 1909. Redaktion Kantonsrat Robert Seidel, Zürich. 17. Jahrgang. 50 Cts. Genossenschaft Grütli-Buchhandlung in Zürich.

**Die Wohnungsfrage** von Anna Pappritz. — **Arbeitsgebiete der Frauenbewegung** von M. Wegner. Heft 2. Geb. 50 Pf. Verlag B. G. Teubner in Leipzig.

# A. WERTHEIM

## *SOWEIT DER VORRAT REICHT:*

## PORZELLAN

***Weiss***

| | |
|---|---|
| Speiseteller tief 18, flach | 12 Pf. |
| Dessertteller | 8 Pf. |
| Kompotteller | 6 Pf. |
| Bratenschüsseln oval | 20 bis 75 Pf. |
| Terrinen | 1.10 |
| Kartoffelschüsseln | 65, 75 Pf. |
| Saucieren | 40 Pf. |
| Salatieren | 18 bis 55 Pf. |
| Salz- und Pfeffergefässe | 5 Pf. |
| Kaffeekannen | 45 Pf. |
| Teekannen | 35 Pf. |
| Zuckerdosen 15, Körbchen | 8 Pf. |
| Milchtöpfe | 6, 10 Pf. |
| Tassen | 10 Pf. |

### Speise- und Kaffeegeschirre mit rotem Banddekor und Goldverzierung

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Speiseteller tief und flach | 43 Pf. | Kartoffelschüsseln | 2.25, 2.70 | Milchtöpfe | 25 bis 80 Pf. |
| Dessertteller | 35 Pf. | Saucieren | 85 Pf. b. 1.50 | Kaffeekannen | 68 Pf. b. 1.80 |
| Kompotteller | 30 Pf. | Salatieren | 48 Pf. b. 1.60 | Teekannen | 1.25, 1.75 |
| Terrinen | 3.50, 4.40 | Bratenschüsseln | 55 Pf. b. 3 Mk. | Zuckerdosen | 68 Pf. b. 1.20 |

### Ein Restposten Kaffeegeschirre mit blauem Kobaltband und Goldlinie zu wesentlich herabgesetzten Preisen.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Kaffeekannen | 75 Pf. b. 3.20 | Milchtöpfe | 14 Pf. b. 1.30 | Tassen | 50 bis 85 Pf. |
| Teekannen | 1 Mk. b. 1.90 | Dessertteller | 38, 55 Pf. | | |

### Ein Restposten dekoriertes Porzellan Vergissmeinnicht-Muster oder reiche Golddekoration

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Butterdosen | 40 Pf. | Satztöpfe 6 Stück | 1.45 | Tassen | 20, 28, 33 Pf. |
| Kaffeekannen | 65 Pf., 1.20 | Dessertteller | 13, 20 Pf. | Teekannen | 65 Pf., 1.20 |
| Milchtöpfe | 11, 15, 25 Pf. | Kuchenteller | 42, 55 Pf. | Zuckerdosen | 18, 25, 33 Pf. |

Grosse Preisermässigung für

### dekorierte Tafelservice

| | 30 Teile für 6 Personen | | | 60 Teile für 12 Personen | | 78 Teile für 12 Personen | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Jetzt | 17.50 | 20 Mk. | 22 Mk. | 36 Mk. | 49 Mk. | 49 Mk. | 65 Mk. |
| früher | 24.— | 28.— | 33.— | 50.— | 68.— | 65.— | 85.— |

### Küchengarnitur eckige Form mit rotem Streublumenmuster

| | | | |
|---|---|---|---|
| Vorratstonnen | 70 Pf. | Gewürztönnchen | 25 Pf. |
| Essig u. Ölflaschen | 70 Pf. | Salz- u. Mehlmesten | 1.25 |

Satztöpfe 6 Stück 2.75

## STEINGUT

### Küchengarnitur rot getönt

| | |
|---|---|
| Vorratstonnen | 30 Pf. |
| Gewürztönnchen | 12 Pf. |
| Essig- und Ölflaschen | 30 Pf. |
| Salz- und Mehlmesten | 60 Pf. |

Sämtliche Quirlsachen, dazu passend, zu herabgesetzten Preisen.

### Waschgarnituren

1.35, 2.75, 3.50, 4 Mk., 5.25

| | |
|---|---|
| Grosse Waschschüsseln einfarb. 1.25, dekor. | 1.50 |
| Wasserkannen einfarb. 45 Pf., dekor. | 1.50 |
| Engl. Majolika-Blumenkübel | 1.75 bis 2.80 |
| Englische Majolika-Leuchter | 70 Pf. bis 2 Mk. |
| Majolika-Obstteller | 8 Pf. |
| Satz-Töpfe bunt dekoriert | 6 Stück 1.35 |
| Kannen-Untersetzer viereckig, mit Füsschen | 35 Pf. |
| Tafelservice für 6 Personen | 6.25, 7.50 |

## GLASWAREN

### Geschliffenes Glas

| | |
|---|---|
| Butterglocken | 1.10 |
| Fruchtschalen | 1.10 |
| Käseglocken | 80 Pf., 1.25 |
| Likörschalen | 15 Pf. |
| Rumflaschen | 28, 55 Pf. |
| Salatieren | 25 bis 85 Pf. |
| Sturzflaschen | 38, 48 Pf. |
| Dessertteller | 18, 22 Pf. |
| Wassergläser | 18 Pf. |

| | |
|---|---|
| Hyazinthentöpfe weiss Porzellan | 33 Pf. |
| Hyazinthentöpfe mit Goldverzierung | 45 Pf. |
| Hyazinthengläser | 7 Pf., 10 Pf. |
| Hyazinthenzwiebeln | |

Restbestände von

### Pressglasgarnituren

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Salatieren 5, 8, 18, 23, 35, 45 Pf.
früher 12, 17, 33, 45, 65, 85 Pf.

Ein Posten:

bemalte Bowlen mit 6 Gläsern 2.90, mit 12 Gläsern 4 Mk.

### Trinkgarnitur mit hohem Stil, Kelch mit Polliergoldrand

| | | | |
|---|---|---|---|
| Rotweinkelche | 45 Pf. | Likörkelche | 32 Pf. |
| Weissweinkelche | 45 Pf. | Bowlenkelche | 55 Pf. |
| Madeirakelche | 40 Pf. | Sektkelche | 55 Pf. |

| | |
|---|---|
| Bierbecher mit Goldrand | 7, 10 Pf. |
| Bierbecher mit Bordüre | 12, 20 Pf. |
| Teebecher mit Bordüre | 12 Pf. |
| Wassergläser gepresst | 5, 6 Pf. |
| Zitronenpressen 2 teilig | 23 Pf. |

## EMAILLIERTE GESCHIRRE

| | |
|---|---|
| Schmortöpfe ohne Ring 8 Grössen | 45 Pf. b. 1.75 |
| Schmortöpfe mit Ring 5 Grössen | 65 Pf. b. 1.35 |
| Gaskochertöpfe m. Deckel 4 Gr. | 90 Pf. b. 1.50 |
| Kasserollen 5 Gr. | 65 Pf. b. 1.10 |
| Bratpfannen lang, 10 Gr. | 90 Pf. b. 3.60 |
| Bratpfannen rund, 4 Gr. | 50 bis 90 Pf. |
| Wasserkessel m. Absatz 5 Gr. | 75 Pf. b. 1.75 |
| Wasserkessel für Gas, 6 Gr. | 50 Pf. b. 1.50 |
| Maschinentöpfe | 15 bis 50 Pf. |

| | |
|---|---|
| Essenträger mehrteilig 6 Sorten | 1.75 bis 3.25 |
| Essnäpfe 5 Grössen | 20 bis 50 Pf. |
| Teller 3 Grössen | 20 bis 25 Pf. |
| Bratenschüsseln rund, 2 Gr. | 50 u. 65 Pf. |
| Bratenschüsseln oval, 5 Gr. | 40 Pf. b. 1.75 |
| Küchenschüsseln tief 10 Gr. | 35 Pf. b. 1.20 |
| Schüsseln flach, 12 Grössen | 15 Pf. b. 1.60 |
| Gemüseschüsseln 4eckig 10 Gr. | 20 Pf. b. 1.10 |
| Gemüseschüsseln oval 2 Gr. | 55 u. 70 Pf. |

| | |
|---|---|
| Schöpflöffel 4 Grössen | 25 bis 45 Pf. |
| Butterdosen 2 Grössen | 80 Pf. u. 1 Mk. |
| Salz- u. Mehltonnen auf Konsolen, 3 Sorten | 1.25 bis 1.75 |
| Leuchter weiss | 20 Pf., dekoriert 30 Pf. |
| Seifnäpfe | 15 Pf., mit Haken 12 Pf. |
| Kehrschaufeln 4 Grössen | 40 bis 85 Pf. |
| Fenstereimer mit Griff | 1.10 |
| Milcheimer mit Ausguss | 1.50 u. 1.75 |

| | |
|---|---|
| Toiletteneimer mit Deckel, 4 Gr. | 2 Mk. bis 3.25 |
| dekoriert, 3 Sorten | 3 Mk. bis 5.50 |
| Wassereimer mit Deckel, dekor. 3 Sort. | 2 Mk. bis 2.75 |
| Wassereimer marmoriert, Durchm. ca. 28 cm | 90 Pf. |
| Wassereimer ca. 28cm Durchmesser grau | 65 Pf. |
| Wassereimer ca. 30 cm Durchm. | 1 Mk. bis 1.30 |
| Wannen rund 3 Grössen | 1.75 bis 2.75 |
| Wannen oval 6 Grössen | 1.45 bis 5 Mk. |
| Marktkörbe mit emaillertem Einsatz | 1.90 |

## WIRTSCHAFTS-ARTIKEL

*Ein Posten* Ofenvorsetzer 1.50 bis 4 Mk.
Petroleum-Öfen 60″ Brenner 11.50

| | |
|---|---|
| Gaskocher 2 Brenner | 8 Mk. u. 9.50 |
| 2 Gasplätten mit Erhitzer | 4.75 |
| Wringmaschinen 3 Gr. | 9, 10, 11 Mk. |
| Messerputzmaschinen | 5.75 |
| Fleischmühlen | 1.40, 2.65, 3.25 |

| | |
|---|---|
| Schirmständer | 4 Mk. |
| Sicherheitsketten | 25 u. 30 Pf. |
| Spiralfussmatten 5 Gr. | 55 Pf. b. 1.50 |
| Waschtische | 2.25 |
| Haarbesen grau, 4 Sorten | 65 Pf. b. 1.35 |

*Ein Posten* Kleiderbürsten 6 Sort. 50 Pf. bis 1.75
Kopfbürsten 3 Sorten 1 Mk. bis 1.75

| | |
|---|---|
| Handfeger grau, 4 Sorten | 35 Pf. b. 65 Pf. |
| Abstäuber 4 Sort. | 90 Pf. b. 1.75 |
| Wäscheleinen 6 Sorten | 1.75 b. 8 Mk. |
| Wäschetrockner 2 Sort. | 95 Pf. u. 1.25 |
| Handtuchhalter 2 Sort. | 2.50 u. 2.65 |

| | |
|---|---|
| Putzschränke | 2.85 |
| Fensterleder 4 Sorten | 50 Pf. b. 1 Mk. |
| Teppichkehrmaschinen 3 Sorten | 7.50 b. 13 Mk. |
| Kleiderbügel | 8, 10, 12 Pf. |
| Brassoline flüssiges Putzmittel | 15 Pf. |

*Ein Posten* Teemaschinen mit Gestell, vernickelt 7.50, Kupfer 9 Mk.

| | |
|---|---|
| Zuckerdosen vernickelt | 1.50 |
| Zuckerkörbchen vernickelt Rand mit Löffel | 60 Pf. |
| Sahnenschalen vernickelt Rand | 60 Pf. |
| Saftkannen 3 Sort. | 80 Pf., 1.50, 2.25 |
| Sahnenservice 2 Sorten | 2.25, 3 Mk. |
| Tee-Eier vernickelt | 20 Pf. |
| Menagen Pfeffer u. Salz etc., vernickelt. Gestell | 1.50 u. 2 Mk. |

| | |
|---|---|
| Warmwasserkannen vernickelt, ½ Liter | 2.75, 1 Liter 3.25 |
| Biskuitdosen m. vernickelt. Beschlag | 80 Pf. u. 2 Mk. |
| Salatschüsseln mit vernickelt. Rand | 1.50 |
| Tabletts rund und oval, vernickelt. Rand, | 1.50 b. 5 Mk. |
| Weinkühler Kupfer | 5 Mk. u. 6.50 |
| Kaffee- und Teeservice vernickelt, 5 teilig | 14 Mk. |

*Ein Posten* Damenscheeren 5 Gr. 50 bis 90 Pf.

| | |
|---|---|
| Entkorkmaschinen | 5 Mk., 5.50 |
| Gemüseschneider | 90 Pf. |
| Büchsenöffner | 25 Pf. |
| Teelöffel Britannia-Metall | 8, 10 Pf. |
| Esslöffel Britannia-Metall | 15, 20 Pf. |
| Tischbestecke schwarz. Heft | 45, 65 Pf. |
| Tischbestecke Ebenholz | 95 Pf. |

| | |
|---|---|
| Küchenlampen 4 Sorten | 45 Pf. b. 90 Pf. |
| Tischlampen 14″ Messing-Fuss mit Glasbassin | 2.75 |
| Gaszylinder Dutzend im Karton | 75 Pf. |
| Gasselbstzünder | 35, 50 Pf. |
| Glühbirnen hell 16/200 | 50 Pf. |
| Globus-Glühkörper I 3 Stück im Karton | 60 Pf. |
| Globus-Glühkörper II 4 Stück im Karton | 50 Pf. |

Rand gesetzl. geschützt.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Die Landes-Versicherungsanstalt Brandenburg.

Die Versicherungsanstalt Brandenburg hat ihren Bericht für das Jahr 1907 herausgegeben. Wir entnehmen dem offiziellen Bericht folgendes: Der Verschleiß an Beitragsmarken betrug 41 690 878. Danach zählte die Versicherungsanstalt, auf den Versicherten pro Jahr 45 Wochenbeitragsmarken gerechnet, 925 000 Versicherte. Rentenanträge wurden gestellt: auf Altersrente 962 (darunter 47 aus dem Vorjahr übernommene). Davon wurden 793 bewilligt, 67 abgewiesen; auf andere Weise (Tod) erledigt 66 und unerledigt blieben 36. Invalidenrenten wurden in 9711 Fällen begehrt (darunter aus dem Vorjahr übernommene). Davon wurden abgewiesen 1213, auf andere Weise, nach § 1 des Invalidenversicherungsgesetzes, 488 erledigt, unerledigt blieben 1122 und 858 wurden durch Festsetzung von Krankenrenten (§ 16 des Invalidenversicherungsgesetzes) erledigt. Indessen wurde die Anstalt auf Klagen der Antragsteller durch die Schiedsgerichte bezw. Revisionen beim Reichsversicherungsamt verurteilt, den Rentenanträgen in einer ganzen Reihe von Fällen stattzugeben. Zählen wir diese hinzu, dann wurden von der Anstalt Brandenburg 794 Alters-, 6800 Invaliden- und 879 Krankenrenten bewilligt. Insgesamt waren 8473 Rentenempfänger. Von den am 31. Dezember 1907 noch laufenden Renten kommen auf die Altersrente 9281, auf die Invalidenrente 49 252 und auf die Krankenrente 953. Nach Geschlechtern geordnet kommen auf 100 Rentenempfänger bei der Altersrente 84 auf die Männer und 16 auf die Frauen; bei der Invalidenrente 55,8 auf die Männer und 44,2 auf die Frauen; bei der Krankenrente 53,4 auf die Männer und 46,6 auf die Frauen.

Die Zahl der abgelehnten Rentenanträge ist auch in diesem Jahre außerordentlich hoch. Anträge wurden gestellt:

| 1903 | 1904 | 1905 | 1906 | 1907 |
|---|---|---|---|---|
| 12 202 | 11 730 | 10 065 | 9041 | 9711 |

Davon wurden bewilligt im Jahre:

| 1903 | 1904 | 1905 | 1906 | 1907 |
|---|---|---|---|---|
| 10005 | 8905 | 6265 | 5948 | 6800 |

Demnach sind im Berichtsjahr rund ein Drittel aller gestellten Anträge abgelehnt. Eine wesentliche Verschiebung gegen das Vorjahr ist nicht eingetreten. Es scheint demnach, daß die Fähigkeit der Aerzte, Kranke oder Erwerbsunfähige gesund oder erwerbsfähig zu schreiben, im Berichtsjahre den Höhepunkt erreicht hat. Denn seit den „Bereisungen“ der Anstalten durch Kommissare des Reichsversicherungsamtes hängt die Gewährung der Invalidenrente lediglich von den Vertrauensärzten der Versicherungsanstalten und den Kreisärzten ab.

Ist ein Versicherter als Berufsarbeiter in seinem Berufe verbraucht, dann findet der Vertrauensarzt, daß er auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, sei es durch Portier-, Aufseherdienste oder Botengänge, immer noch imstande ist, die „Mindestverdienstgrenze“ von „einem Drittel“ zu erreichen. Ja, er könne auch in der Landwirtschaft durch leichte Garten- und Feldarbeiten die „Mindestverdienstgrenze“, die hier erheblich niedriger sei, erreichen. Danach würde die Invalidenrente erst zu bewilligen sein, wenn der Versicherte verhungert, totkrank oder tot ist. Die Praxis der so viel und so oft gerühmten „sozialen Fürsorge“ sieht sehr beschämend aus. Dabei schwanken die Jahresbeträge der Renten bei der Altersrente zwischen 110,40 M. bis 230,40 M., bei den Invaliden- und Krankenrenten zwischen 116,40 bis 246 M.

Außerordentlich hoch ist die Zahl der Beitragserstattungen (§§ 42, 43 und 44 d. J.-V.-G. Heirat, Tod und Unfall). Frauen, welche heiraten und dann sich die von ihnen geleisteten Markenbeiträge zurückzahlen lassen, geben alle ihre Rechte preis, während sie durch Weiterkleben von nur 20 bezw. 40 Marken in zwei Jahren sich ihre Rechte sichern.

Von außerordentlichem Interesse sind die Ursachen, welche zur Invalidität führen. Dem Sozialpolitiker bietet sich hier ein interessantes, indes auch recht trauriges Bild über die Lage der arbeitenden Bevölkerung.

Renten wurden bewilligt: wegen Entkräftung, Blutarmut und Altersschwäche in 1290; Lungentuberkulose in 906; Erkrankung des Herzens und der großen Blutgefäße mit 694; Lungenkrankheiten (ausschließlich Lungentuberkulose) 578; Gelenkrheumatismus und Gicht 528; Epilepsie, Hysterie und Neurasthenie 271 Fällen. Danach steht an erster Stelle die Gruppe der durch Entkräftung, Blutarmut und Altersschwäche erwerbsunfähig gewordenen Rentenempfänger, sie umfaßt 18,97 Proz. aller Rentenempfänger. Zum überwiegenden Teile werden hier die 60 und mehr Jahre alten Personen betroffen.

An zweiter Stelle folgt die Gruppe der Lungentuberkulose mit 13,32 Proz. aller Rentenempfänger. Hier sind es indessen ganz besonders die jüngeren Altersklassen, die in den Vordergrund treten. Sie betragen für 20er Jahrgänge 56,13 Proz., für die 30er Jahrgänge 37,61 Proz. und für die 40er Jahrgänge noch 22,36 Proz. aller Fälle in den betreffenden Jahrgängen. Von je 100 Rentenempfänger sind durch Lungentuberkulose erwerbsunfähig geworden in dem

| 20. | 21. | 22. | 23. | 24. | 25. | 26. Lebensjahre |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 87,50 | 60,87 | 68,57 | 60,42 | 57,78 | 61,11 | 43,59 Prozent; |
| 27. | 28. | 29. | 30. | 31. | 32. | 33. Lebensjahre |
| 60,78 | 51,72 | 42,86 | 41,07 | 36,51 | 36,86 | 36,02 Prozent; |
| 34. | 35. | 36. | 37. | 38. | 39. | 40. Lebensjahre |
| 33,30 | 38,71 | 37,04 | 44,44 | 43,10 | 26,47 | 26,39 Prozent. |

Die dritte Stelle mit 10,21 Proz. aller Fälle nimmt die Gruppe der Erkrankung des Herzens und der großen Blutgefäße ein. Dann folgt an vierter Stelle mit 8,50 Proz. aller Fälle die Gruppe der Lungenkrankheiten (ausschließlich der Lungentuberkulose). An fünfter Stelle folgt dann mit 7,77 Proz. aller Fälle die Gruppe der durch Gelenkrheumatismus und Gicht erwerbsunfähig Gewordenen, und endlich folgen an sechster Stelle mit 3,99 Proz. aller Fälle die durch Epilepsie, Hysterie und Neurasthenie Erwerbsunfähigen. Auf Lungentuberkulose, einschließlich der Lungenkrankheiten, kommen von 100 Rentenempfängern 21,82 Proz. Erwerbsunfähige. Schlechte und ungenügende Ernährung und intensivste Ausbeutung der Arbeitskraft bilden den geeignetsten Nährboden für die Lungenschwindsucht. Diesem Würgengel fällt die arbeitende Bevölkerung in den besten Jahren zum Opfer.

Für Zahnersatz sind insgesamt von der Anstalt 45 106,25 M. aufgewendet. Von dieser Summe haben die Krankenkassen 14 296,94 Mark und die Versicherten selbst 11 685,40 M. aufgebracht, so daß die Anstalt nur 19 123,91 M. aufgewendet hat. Es wäre zu wünschen, daß die Anstalt Brandenburg bei Lieferung von Zahngebissen für die Versicherten weniger kleinlich verfährt.

Für das Heilverfahren wurden einschließlich der Lungenheilstätte „Cottbus“ und des Genesungsheims „Hohenelse“ 807 564 51 M. aufgewendet (darunter 553 127,85 M. an andere Krankenanstalten); an Angehörigenunterstützung wurden 61 491,91 Mark und für außerordentliche Leistungen (§ 18 Abs. IV J.-V.-G. Gewährung höherer Angehörigenunterstützung) sind 13 222,41 M. aufgewendet. Für die Behandlung Tuberkuloser wurden 671 881,01 M. aufgewendet. Davon wurden von anderer Seite 169 190,03 M. erstattet.

Für Rentenbeträge wurden 5 327 907,68 M. verausgabt. Zur Ausübung der Kontrolle zwecks Vermeidung von Unregelmäßigkeiten hat die Anstalt Vorschriften erlassen und Kontrollbeamte angestellt.

Im Berichtsjahr wurden 53 232 Betriebe und Haushaltungen mit 278 415 Versicherten kontrolliert. Hierbei sind 83 232 Karten, gleich 29,02 Proz. (gegen 27,77 Proz. im Vorjahr) beanstandet (d. h. die Arbeitgeber hatten unzulässigerweise Marken niedriger Lohnklassen verwendet). Dadurch sind der Anstalt 121 663,95 M. Mehreinnahme zugeflossen. Die Kosten dieser Kontrolle belaufen sich auf 81 595,52 M. In den Einnahmen der Anstalt figurieren die Beiträge mit 9 958 162,30 Mark; für die in der Landwirtschaft beschäftigten und nichtversicherungspflichtigen Polen geleisteten Barbeträge mit 62 581,91 M.; aus den Zinsen für Wertpapiere usw. 2 243 163,71 Mark, zirka 12½ Millionen Mark. Dagegen wurden für die Versicherten an Renten nur etwas mehr als 5¼ Millionen Mark gezahlt.

Die Anstalt Brandenburg scheint danach an dem System der Vermögensaufspeicherung auch fürderhin festzuhalten. Das Vermögen der Anstalt betrug am 1. Januar 1908 63 635 876,31 Mark gegen 60 274 927,41 M. im Jahre 1906, ist also um rund 3 Millionen gestiegen.

Ziehen wir unser Resumee aus dem amtlichen Bericht der Anstalt Brandenburg, dann ergibt sich, daß dieselbe die soziale „Fürsorge“ für die Versicherten — für die die Versicherten im Grunde genommen das Geld selbst aufbringen müssen — als ungenügend bezeichnet werden muß. Ganz besonders indessen ist das Ergebnis der Invalidenrentengewährung geeignet, dem versicherten Arbeiter zu zeigen, daß das Wort von „der gesicherten Existenz bis in das hohe Alter hinein“ nur eine Phrase ist. Auch die soziale „Fürsorge“ der Anstalt Brandenburg kennzeichnet sich nur als eine andere Art der Armenunterstützung!

# Die Weberkinder von Lancashire.

In der Lancashirer Baumwollindustrie, in der gegenwärtig ein Lohnkampf herrscht, der jetzt bereits weit über 200 000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen hat, spielt die Kinderarbeit eine unerfreulich große Rolle. Die Verhältnisse sind zwar nicht mehr so schlimm wie früher, als zehnjährige und jüngere Kinder allgemein beschäftigt wurden, denn jetzt müssen die arbeitenden Kinder, so bestimmt das Gesetz, mindestens 12 Jahre alt sein, bevor sie in eine Spinnerei eintreten dürfen. Das Mindestalter soll jetzt auf 13 Jahre heraufgesetzt werden, und das amtliche Komitee unter Vorsitz von McKinnon Wood, das die Vorarbeiten dafür zu erledigen und statistisches Material beizubringen hat, hofft, daß es diesmal weniger schwierig als bei früheren Gelegenheiten sein wird, die Arbeiter zu der Einsicht zu bekehren, daß die Kinderarbeit eingeschränkt werden muß. Es sind nämlich gerade die Arbeiter, (!) die bisher sich der Abschaffung der Kinderarbeit widersetzten, weil sie nach ihrer Meinung Nutzen daraus ziehen. Der Spinner wird nach der Menge Garn bezahlt, die er auf seinen Mulemaschinen herstellt. Er beschäftigt dabei als Gehilfen einen Erwachsenen und ein Kind. Der erwachsene Gehilfe, oft ein verheirateter Mann, macht dabei sozusagen seine Untergesellenzeit durch, bis er Gelegenheit findet, selber ein paar Maschinen zu übernehmen. Er erhält einen bestimmten Wochenlohn, mindestens 18 Schilling, von dem Spinner, der 3 bis 4 Pfund Sterling wöchentlich verdient, und jeder Schilling, den eins seiner Kinder nebenbei verdient, ist für ihn von Wichtigkeit. Deshalb wird, sobald das Kind 12 Jahre alt ist, der Lehrer um eine Bescheinigung über regelmäßige Teilnahme am Unterricht und der Arzt um ein Attest über den Gesundheitszustand ersucht, damit das Kind in eine Spinnerei eintreten kann! Die Anforderungen, die in dieser Hinsicht gestellt werden, sind offenbar sehr niedrig, wenigstens nach den Kindererscheinungen zu urteilen, die man in den Straßen von Oldham, Blackburn, Bolton und anderen Lancashirer Städten zu Tausenden sieht: in der Entwickelung zurückgebliebene, schwächliche Gestalten mit hageren, blassen Gesichtern und tiefliegenden Augen sprechen beredt von den traurigen Folgen der zu frühen Einspannung der Kinder in das Joch der Lohnarbeit.

In weiten Kreisen der englischen Arbeiterschaft fehlt leider noch das Verständnis dafür, welches Verbrechen man an diesen Kindern begeht. Die erwachsenen Arbeiter haben selber mit zehn Jahren in die Fabrik gemußt, und sie meinen, man verwöhne die Kinder nur, wenn man sie nicht frühzeitig zur Arbeit anhalte. Sie verstehen es einfach nicht, wenn man ihnen Gefühllosigkeit vorwirft. Trübe Erfahrungen in dieser Hinsicht mußte der bekannte Arbeiterabgeordnete Shackleton, der Vorsitzende des Verbandes der Weber, machen, als er seinerzeit in Rochdale dafür eintrat, das Schutzalter heraufzusetzen, so daß kein Kind unter 13 Jahren in einer Spinnerei arbeiten dürfte. Es erhob sich ein wahrer Sturm der Entrüstung gegen ihn, und bei einer Delegiertenversammlung wurde an ihn die Frage gerichtet, wer ihn ermächtigt habe, solche Forderungen aufzustellen. Shackleton sah sich dann zu der Erklärung genötigt, es handele sich nur um seine persönliche Meinung. Immerhin gelang es ihm, auf die Delegierten dadurch Eindruck zu machen, daß er ihnen vorstellte, wie die Einschränkung der Kinderarbeit nicht nur den Kindern zugute kommen, sondern auch mehr Arbeitsgelegenheit für Erwachsene schaffen würde. Er setzte es dann weiter durch, daß beschlossen wurde, unter den einzelnen Gewerkschaften eine Abstimmung über diese Frage zu veranstalten. Diese Abstimmung ist noch in der Schwebe.

Die Arbeiter führen, soweit sie für die Einschränkung der Kinderarbeit eintreten, so gut wie ausschließlich den Umstand dafür an, daß die arbeitenden Kinder in der Erziehung und in der Schule zurückbleiben. Tatsächlich ist jedoch, daß die Arbeit in den Spinnereien für die Kinder auch schwere gesundheitliche Schäden im Gefolge hat. In einer heißen, feuchten Luft arbeiten die Kinder sechs Stunden täglich, zwischen schnelllaufenden Maschinen, deren Getöse nervenzerrüttend wirkt. Die dampferfüllte Luft hat eine schädliche Wirkung auf die Lungen, die noch dadurch erhöht wird, daß die Kinder in der Hitze nur leichtbekleidet sind. So ist es denn auch kein Wunder, daß Lancashire einen unverhältnismäßig hohen Prozentsatz zum Militärdienst Untauglicher hat und daß zu den großen öffentlichen Fußballspielen die Spieler aus Schottland und Wales geholt werden müssen.

Aber auch moralische Schäden bedenklichster Art hat die Kinderarbeit im Gefolge. Die halbwüchsigen Mädchen beginnen in der Fabrik in einem Alter zu arbeiten, in welchem sie für die Einflüsse aus ihrer Umgebung besonders empfänglich sind. Vielfach tun zwar die Arbeiter für die Kinder, was sie können, aber es bestehen doch in nicht wenigen Spinnereien recht schlimme Zustände. Ein Kenner der Verhältnisse schreibt unter anderem über einen großen Betrieb:

„Es ist für die Mädchen keinerlei gesonderter Platz vorhanden, wo sie getrennt von den Männern sich umkleiden oder ihre Mahlzeiten einnehmen könnten; während der Pausen sind Männer und Frauen, Burschen und Mädchen auf die Straße angewiesen, wenn sie nicht in den überhitzten, staubigen Räumen bleiben wollen. Das natürliche Schamgefühl der jungen Mädchen wird erstickt nicht nur durch diesen freien Verkehr der Geschlechter, sondern auch durch die Notwendigkeit, bei der Arbeit nur knapp bekleidet zu sein, und durch die unziemliche Sprache, die manche älteren Arbeiter führen. Ist schon das Halbtagsystem von den schlimmsten Folgen für die körperliche Entwickelung der Knaben und Mädchen begleitet, so sollten junge Frauen überhaupt nicht in den Fabriken arbeiten dürfen.“

Die Frage des Schulbesuchs der arbeitenden Kinder wird folgendermaßen geregelt: eine Woche geht der Knabe oder das Mädchen um 6 Uhr morgens zur Arbeit, die bis ½1 Uhr mittags dauert. Dann wird hastig das Mittagessen hinuntergeschlungen und darauf geht es zur Schule, wo das abgehetzte Kind so gut wie möglich dem Unterricht zu folgen sucht. Die nächste Woche geht der kleine Arbeiter oder die Arbeiterin von ½2 bis ½6 Uhr nachmittags in die Fabrik. So leistet das Kind für jede Woche Schulbesuch gleichzeitig eine Woche Fabrikarbeit. Selbstverständlich sind ihre Leistungen in der Schule mangelhaft und in der eintönigen Arbeit mit älteren Leuten, die sie zum Verzicht auf alle Freuden der Jugend zwingt, werden sie selber vorzeitig alt. Welchen nachteiligen Einfluß die Fabrikarbeit auf die körperliche Entwickelung der Kinder hat, zeigt die nachstehende, von A. Waddington ausgearbeitete Uebersicht über Körpergröße und Gewicht arbeitender und nichtarbeitender Kinder:

| nichtarbeitende Kinder | | arbeitende Kinder | |
|---|---|---|---|
| 12½ Jahre alt | | 12½ Jahre alt (nach 9monatiger Arbeit) | |
| Größe | Gewicht | Größe | Gewicht |
| 140 cm | 74 Pfd. | 139 cm | 72 Pfd. |
| 12¾ Jahre alt | | 12¾ Jahre alt (nach 9monatiger Arbeit) | |
| 141 cm | 76 Pfd. | 139 cm | 73 Pfd. |
| 13—14 Jahre alt | | 13—14 Jahre alt (nach 12monat. o. läng. Arbeit) | |
| 144 cm | 80 Pfd. | 141 cm | 77 Pfd. |

Die jetzt von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen zur Einschränkung der Kinderarbeit werden voraussichtlich in vollem Umfange Gesetz werden. Damit wäre dann ein wichtiger Schritt zur Herbeiführung schönerer und besserer Zeiten für die Jugend von Lancashire geschehen.

# Aus Industrie und Handel.

### Krise in der Textilindustrie.

Der schlechte Geschäftsgang in der Textilindustrie kommt naturgemäß in der Bewegung der Außenhandelsziffern zum Ausdruck. Das Rohmaterial beziehen wir vom Auslande und geben an den Weltmarkt einen Teil der Erzeugnisse wieder ab. Unter dem Einfluß der Depression hat nun sowohl die Einfuhr von Rohmaterial als auch die Ausfuhr an Erzeugnissen starke Einbuße erlitten. Nach Abzug der Ausfuhr stellt sich für die ersten acht Monate die Einfuhr an Baumwolle und Abfällen auf 3 343 946 Tonnen im Jahre 1907 und auf nur 2 766 368 Tonnen im laufenden Jahre. Das ist ein sehr scharfer Rückgang. Aehnlich hat sich die Einfuhr bei Baumwollgarnen entwickelt. Die Nettoeinfuhr ging von 158 420 Tonnen auf 115 240 Tonnen zurück. Und bei Baumwollwaren ist die Nettoausfuhr, das ist die Menge, die sich ergibt nach Abzug der Einfuhr von der ausgeführten Menge, sehr erheblich zurückgegangen. Während für die angegebene Periode im Jahre 1906 rund 348 000 Tonnen ausgeführt wurden, reduzierte sich die Ausfuhrmenge für die gleiche Zeit 1907 auf 307 902 Tonnen; und im laufenden Jahre trat ein weiterer Rückgang ein, der die Nettoausfuhr bis auf 262 000 Tonnen abfallen ließ. Gegen 1906 stellt sich die diesjährige Minderausfuhr auf über 24 Proz. Der September hat keine Besserung gebracht, im Oktober zeigt sich keine Belebung, ja es muß sogar noch wieder mit weiterer Verschlechterung der Marktlage gerechnet werden. Die Textilarbeiter sehen einem trüben Winter entgegen.

### Mehlausfuhr gegen Einfuhrschein.

In welcher Weise die Ausfuhr forciert wird, zeigt folgende Zusammenstellung über die Ausstellung von Einfuhrscheinen bei der Mehlausfuhr. Die Angaben beziehen sich auf die Zeit vom 1. August bis 30. September. Es betrug die Ausfuhr:

| | 1908 | 1907 |
|---|---|---|
| | in Doppelzentner | |
| Roggenmehl: | 149 641 | 79 025 |
| 1. Klasse (0—60 Proz.) | 97 045 | 38 860 |
| 2. Klasse (über 60—65 Proz.) | 11 453 | 1 634 |
| 3. Klasse (0—65 Proz.) | 30 327 | 17 942 |
| Roggenschrotmehl | 10 816 | 20 589 |
| Weizenmehl: | 255 997 | 154 143 |
| 1. Klasse (0—30 Proz.) | 207 729 | 143 798 |
| 2. Klasse (über 30—70 Proz.) | 438 | 374 |
| 3. Klasse (über 70—75 Proz.) | 29 728 | 5 980 |
| 4. Klasse (0—70 Proz.) | 9 157 | 3 792 |
| 5. Klasse (0—75 Proz.) | 7 497 | 100 |
| Hartweizenmehl | 1 448 | 99 |

Die Gesamt-Ein- und Ausfuhr an Getreide in derselben Zeit zeigt diese Tabelle:

| | Gesamteinfuhr | | Gesamtausfuhr | |
|---|---|---|---|---|
| | 1908 | 1907 | 1908 | 1907 |
| Roggen | 350 277 | 791 798 | 1 870 581 | 405 573 |
| Weizen | 3 424 183 | 4 337 320 | 719 625 | 260 706 |
| Malzgerste | 455 393 | 431 182 | | |
| Andere Gerste | 2 403 459 | 3 246 089 | 11 094 | 7 769 |
| Gerste ohne nähere Angabe | 1 455 | 4 465 | | |
| Hafer | 459 807 | 692 455 | 559 882 | 322 645 |
| Mais | 1 099 548 | 3 818 176 | 56 033 | 167 874 |
| Roggenmehl | 3 261 | 6 336 | 149 698 | 79 090 |
| Weizenmehl | 29 040 | 43 105 | 258 525 | 159 336 |

Demnach hat die Einfuhr bei Weizen, Gerste, Roggen und besonders bei Mais ganz enorm abgenommen, dagegen ist die Ausfuhr in allen Getreidearten gestiegen. Bei Roggen beträgt die Steigerung über 300, bei Weizen 170, bei Hafer 70, bei Roggenmehl 90 und bei Weizenmehl über 60 Prozent.

### Auch ein Zeichen der wirtschaftlichen Krise.

In Dortmund, wo sich die Einwohnerzahl trotz der Krise noch erheblich gehoben hat, ist die Viehzufuhr, und damit der Fleischkonsum, ganz rapide gefallen. Es wurden zugeführt an:

| | Großvieh | Schweine | Kälber |
|---|---|---|---|
| September 1907 | 4937 | 12 288 | 1744 |
| „ 1908 | 4206 | 10 020 | 1391 |
| in 1908 weniger | 731 | 2 268 | 353 |

Solche Zahlen reden Bände über die wirtschaftliche Not des Volkes und den Niedergang des Geschäftslebens. Die eigentlichen Leidtragenden sind natürlich immer die Arbeiter.

**Spiritusring.** Wie der „Voss. Ztg." aus Nürnberg berichtet wird, verzichtet der Ring nun den Kleinhändlern gegenüber auf die Unterzeichnung von Reversen und gibt ohne diese Quantitäten von 200 Litern aufwärts zu Vorzugspreisen ab, sowie ohne die zuerst verlangte Preiserhöhung von 3 M. Er verzichtet ferner auf die bisher verlangte Barzahlung. Demnächst sollen auch kleinere Quantitäten zu diesen Bedingungen abgegeben werden. — Der Ringleitung ist wohl zum Bewußtsein gekommen, daß sie den Bogen überspannt hatte.

**Arbeitsverminderung beim Stahlverband.** Im Gegensatz zu einer Meldung des „Berl. Börsen-Courier" berichtet die „Köln. Volksztg.", daß die Geschäftslage beim Stahlwerksverband im laufenden Monat noch schwächer geworden ist. Infolge der Krisis auf dem Roheisenmarkt sind auch beim Stahlwerksverband nur verhältnismäßig wenig neue Aufträge eingegangen. Die Verbraucher üben starke Zurückhaltung, so daß bei längerer Dauer wieder mit größerer Einschränkung der Betriebe gerechnet werden muß.

## Soziales.

### Auf Herausgabe seiner Kaution

von 30 M. klagte beim Berliner Gewerbegericht der Wächter K. gegen die „Berliner Wach- und Schließgesellschaft", Ges. m. b. H. Diese berief sich auf den mit K. geschlossenen Vertrag und machte geltend, der Kläger habe sich fortgesetzter Bummelei schuldig gemacht. Eines Nachts habe er auf dem Grundstück, das er bewachen mußte, die Uhr drei Stunden lang nicht gestochen. Vier bis fünf Tage später sei die Entlassung erfolgt, nachdem er bereits gekündigt war. Daß die Entlassung nicht gleich erfolgte, liege daran, daß die Gesellschaft nach Kenntnisnahme vom letzten Fall erst Recherchen angestellt habe, durch die sie weiteres erfuhr. Die Firma Weiß u. Freitag, um deren Bauplatz es sich handelte, habe seitdem den Wachdienst auf verschiedenen Neubauten nicht der Berliner Wach- und Schließgesellschaft, sondern anderen Gesellschaften übertragen. Es wäre anzunehmen, daß wahrscheinlich des Klägers Verhalten dies verschulde. — Dem als Zeugen anwesenden Polier der genannten Firma ist nicht bekannt, weshalb Weiß u. Freitag weitere Neubauten nicht von der Berliner Wach- und Schließgesellschaft bewachen läßt. Im übrigen ist die Aussage des Zeugen dem Kläger ungünstig; zum Teil stützt er sich allerdings auf Mitteilungen anderer.

Der Kläger bestritt entschieden, daß ihn ein Verschulden treffe, und suchte dies im einzelnen darzutun. — Festgestellt wurde noch, daß der vom Kläger bewachte Streckenbau der Firma Weiß u. Freitag der Beklagten nicht gekündigt worden ist. Bis zur Beendigung des Baues verblieb ihr die Bewachung.

**Die Kammer 8 verurteilte** am 10. Oktober die beklagte Gesellschaft zur Auszahlung der Kaution. Zur Begründung wurde vom Vorsitzenden, Magistratsassessor Schulz, ausgeführt: Es könne dahingestellt bleiben, ob Kläger den Dienst zeitweilig nicht ordnungsmäßig versehen habe. Entscheidend wäre hier folgendes: Laut Vertrag verfalle die Kaution zugunsten des Unterstützungsfonds, wenn der Angestellte wegen Dienstvernachlässigung oder Verstoßes gegen die Dienstinstruktion entlassen werde. Das liege hier nicht vor, der Kläger sei nach dem von der Gesellschaft hervorgehobenen letzten Vorfall gar nicht entlassen, sondern nur gekündigt worden und erst später ausgetreten. Die Gesellschaft habe ja erst nach dem Vorfall weitere Erkundigungen eingezogen. Zweitens verfalle die Kaution, gemäß dem Vertrage, wenn die Gesellschaft in ihrem Ansehen oder materiell geschädigt worden sei. Auch diese Bestimmung könne nicht angewendet werden, denn hier liege die Sache so, daß ein Schaden nicht nachweisbar sei. Die Firma Weiß und Freitag habe der Beklagten die Ueberwachung des fraglichen Baues nicht gekündigt. Daß sie ihr aber andere Bauten nicht übertragen habe, könne auf vielerlei Ursachen beruhen, namentlich bei der starken Konkurrenz, die die Wach- und Schließinstitute einander machten. Die Kaution sei also dem Kläger herauszuzahlen.

### Fabrikähnlicher Betrieb in einem Verkaufsgeschäft.

Der Kaufmann Otto Fritz Nack in **Berlin** betreibt ein umfangreiches Ladengeschäft, in welchem nur fertige Kleidungsstücke verkauft werden. Da es häufig vorkommt, daß an einem Kleidungsstück noch geringfügige Aenderungen vorzunehmen sind, so hat Herr N. mehrere Schneiderinnen angestellt, welche in einem Nebenraum diese Veränderungen sofort vornehmen. Durch die Konfektionsverordnung sind solche handwerksmäßigen Betriebe, welche gewisse Aehnlichkeit mit Fabrikbetrieben haben, diesen gleichgestellt worden, wodurch die Arbeitszeit der Arbeiterinnen eine Beschränkung erleidet. Herr Nack ist, wie wir seinerzeit mitteilten, am 3. August vom Landgericht I in Berlin auf Grund der Gewerbeordnung in Strafe genommen worden, weil er die erwähnten Schneiderinnen entgegen der Vorschrift des § 137 der Gewerbeordnung auch in der Nachtzeit, d. h. nach 8½ Uhr beschäftigt hat. Sein Einwand, daß es sich hier überhaupt nicht um einen Gewerbebetrieb handele, sondern nur um eine Art Hilfsbetrieb des Handelsgewerbes, fand keine Beachtung. Die von ihm eingelegte **Revision** wurde am Dienstag vom Reichsgerichte **verworfen**.

### Uebertretene Arbeiterschutzverfügung.

Herr Samter kauft seit Jahren auf dem Berliner Viehhof Borsten auf, die später nach Schwiebus geschafft werden. Die Borsten lagern zunächst in Räumen, die S. auf dem Viehhof gemietet hat. Zu seiner Verfügung steht auch ein Hof. Dort gelagerte Borsten, an denen sich noch Blut- und Hautteilchen befanden, verbreiteten einen starken schlechten Geruch. Durch eine polizeiliche Verfügung wurde Herrn Samter aufgegeben, nicht mehr frisches Borstenmaterial im Freien lagern zu lassen. Die Verfügung stützte sich auf die §§ 120a, b und d der Gewerbeordnung. Nach § 120a sind die Gewerbeunternehmer verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen, Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Es folgen dann nähere Bestimmungen, ebenso in den folgenden Paragraphen. Und § 120d gibt den zuständigen Polizeibehörden die Befugnis, im Wege der Verfügung für einzelne Anlagen die Ausführung derjenigen Maßnahmen anzuordnen, welche zur Durchführung der in den §§ 120a bis c enthaltenen Grundsätze erforderlich und nach Beschaffenheit der Anlagen ausführbar erscheinen. — S. focht die Verfügung **nicht** durch Beschwerde an. Er wurde demnächst zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er trotz der Verfügung doch wieder frisches, stinkendes Borstenmaterial im Freien habe lagern lassen. Die Verfügung sei im Interesse der Arbeiter gerechtfertigt gewesen; ihre Gesundheit habe geschützt werden sollen. Angeklagter könne sich auch nicht darauf berufen, daß die Borsten gesalzen waren. Sie seien auch dann noch frisches Material. Der Zersetzungsprozeß werde dadurch nur verlangsamt. Der Gestank werde nicht beseitigt. Das **Kammergericht verwarf** am Donnerstag die vom Angeklagten eingelegte **Revision** mit folgender Begründung: Die Verfügung, die S. nicht angefochten habe, sei rechtskräftig geworden. Das Gericht **könnte** sie deshalb gar nicht, wie der Revident wolle, für ungerechtfertigt erklären. Wenn der Senat aber in eine Prüfung einträte, so nehme er an, daß die Gültigkeit ohne Rechtsirrtum festgestellt sei. Im übrigen sei S. mit Recht wegen Uebertretung der Verfügung bestraft.

## Versammlungen.

**Eine Versammlung von Engros-Schlächtergesellen,** die der Zentralverband der Fleischer einberufen hatte, tagte am Dienstag im „Elysium". Genosse Mohs schilderte in einem einleitenden Referat die Lage der Engros-Schlächtergesellen und zeigte, daß die Interessen derselben weder durch den „Bund" noch durch den „Verein der Engros-Schlächtergesellen", sondern nur durch den Zentralverband der Fleischer vertreten werden. Bergemann illustrierte das Verhalten der genannten beiden meistertreuen Organisationen an einem charakteristischen Beispiel. Als der Verband vor Monaten eine Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Schlachthofe einleitete, glaubten die meistertreuen Organisationen dem Verband dadurch das Wasser abgraben zu können, daß sie eine Petition um Regelung der Arbeitszeit an die städtischen Behörden und an die Vereine der Engros-Schlächtermeister richteten. Der „Bund" und der „Verein" rühmten sich dieser Tat, als ob sie wunder was für die Gesellen getan hätten. Aber es vergingen fünf Monate, ehe die Petenten eine Antwort erhielten, und zwar war es nur der Verein der Schweine-Engrosschlächtermeister, welcher die Petition beantwortete. Die Antwort lautete kurz, dem Gesuch der Gesellen könne nicht stattgegeben werden. — Der „Bund" veröffentlichte diese Antwort in seinem Organ, welches dazu bemerkte: „Jetzt müssen wir zur Selbsthilfe greifen." — Vier Wochen sind seitdem vergangen, aber man merkt nichts von der Selbsthilfe, die der „Bund" in Aussicht gestellt hat. Es ist auch gar nicht zu erwarten, daß die meistertreuen Vereine irgend etwas unternehmen, um die berechtigten Forderungen der Gesellen durchzuführen. Diese Organisationen, die stets versagt haben, wenn es galt, die Interessen der Gesellen zu vertreten, versagen auch in diesem Falle vollständig. Hinter ihnen steht keine Macht und deshalb fühlen sich die Meister nicht veranlaßt, den Petitionen solcher Vereine Folge zu geben. Den Versammelten wurde vor Augen geführt, daß nur der Zentralverband es sich angelegen sein läßt, für die Verbesserung der Lage der Fleischergesellen, für Verkürzung der Arbeitszeit und Aufbesserung der Löhne einzutreten. Der Verband wird das um so besser und wirksamer tun können, wenn die Berufsgenossen für die Stärkung ihrer Organisation eintreten.

Die Diskussionsredner gaben denselben Gedanken Ausdruck. Die zur Versammlung eingeladenen Vorstände des „Bundes" und des „Vereins der Engros-Schlächtergesellen" hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen und sich dadurch der Auseinandersetzung mit dem Zentralverband entzogen.

**Amtlicher Marktbericht** der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr schwach, Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr knapp, Geschäft rege, Preise fest. **Geflügel:** Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befriedigend. **Fische:** Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise behauptet.

**Wasserstands-Nachrichten**
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand | am 13.10. cm | seit 12.10. cm[1] | Wasserstand | am 13.10. cm | seit 12.10. cm[1] |
|---|---|---|---|---|---|
| Memel, Tilsit | 139 | −2 | Saale, Grochlitz | 65 | −11 |
| Pregel, Insterburg | −22 | −1 | Havel, Spandau[2] | 36 | −1 |
| Weichsel, Thorn | 72 | −6 | „ Rathenow[2] | 22 | +1 |
| Oder, Ratibor | 96 | −1 | Spree, Spremberg[2] | 68 | 0 |
| „ Krossen | 83 | −1 | „ Beeskow | 67 | 0 |
| „ Frankfurt | 95 | −2 | Weser, Münden | −104 | −3 |
| Warthe, Schrimm | 25 | −3 | „ Minden | −27 | 0 |
| „ Landsberg | 12 | −2 | Rhein, Maximiliansau | 372 | −8 |
| Netze, Nordamm | −5 | +2 | „ Kaub | 160 | −5 |
| Elbe, Leitmeritz | — | — | „ Köln | 146 | +5 |
| „ Dresden | 181 | −6 | Neckar, Heilbronn | 30 | +1 |
| „ Barby | 40 | +2 | Main, Wertheim | 107 | +1 |
| „ Magdeburg | 64 | +5 | Mosel, Trier | 28 | +5 |

[1]) + bedeutet Wachs. — Fall. — [2]) Unterpegel.


# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt | Belle Alliancestrasse | Grosse Frankfurterstrasse | Brunnenstrasse | Kottbuser Damm

*Donnerstag, Freitag, Sonnabend soweit Vorrat*

# Lebensmittel

## Wurstwaren

| | | |
|---|---|---|
| Cervelat- oder Salami-Wurst | Pfund | 1.10 |
| Thüringer Landbratwurst | Pfund | 1.10 |
| Tee-Wurst | Pfund | 1.20 |
| Leberwurst g. | Pfund | 1.00 |
| Landleberwurst | Pfund | 90 Pf. |
| Zwiebelleberwurst | Pfund | 48 Pf. |
| Rotwurst I | Pfund | 80 Pf. |
| Rotwurst II | Pfund | 48 Pf. |
| Mettwurst (Braunschweiger Art) | Pfund | 95 Pf. |
| Schinken-Speck | Pfund | 1.00 |
| Mausschinken | Pfund | 1.10 |

## Konserven

| | 1/1 Dose | 1/2 Dose |
|---|---|---|
| Riesen-Stangen-Spargel | 1.80 | – |
| Stangen-Spargel extra | 1.55 | 83 Pf. |
| Stangen-Spargel prima | 1.45 | 78 Pf. |
| Stangen-Spargel I | 1.35 | 73 Pf. |
| Stangen-Spargel III | 1.10 | 60 Pf. |
| Stangen-Spargel IV | 95 Pf. | 53 Pf. |
| Bruch-Spargel extra pa. | 1.35 | 73 Pf. |
| Bruch-Spargel pa. | 1.05 | 58 Pf. |
| Bruch-Spargel ohne Köpfe | 65 Pf. | 38 Pf. |
| Abschnitt-Spargel | 48 Pf. | 29 Pf. |

| | 1/1 Dose | 1/2 Dose |
|---|---|---|
| Kaiser-Schoten | 1.25 | 68 Pf. |
| Schoten extra fein | 1.05 | 58 Pf. |
| Schoten feinste junge | 90 | 50 Pf. |
| Schoten feine junge | 55 | 33 Pf. |
| Schoten junge | 45 | 28 Pf. |
| Gemischtes Gemüse fein | 65 | 38 Pf. |
| Gemischtes Gemüse | 48 | 29 Pf. |
| Spinat | 43 | 29 Pf. |
| Pfefferlinge | 45 | 28 Pf. |

Schnitt- u. Brechbohnen 1/1 Dose 28 Pf.

Gänse prima Pfund 62 Pf.
Enten Stück 2.40, 2.75

Brathühner Stck. 95, 1.10
Suppenhühner Stck. 1.75, 1.95

Schweizer Käse Pfd. 70 Pf.
Tilsiter Käse Pfund 65 Pf.

Deutscher Kakao Pfund 85 Pf. Haushalt-Schokolade Pfund 68 Pf. Ananas Pfund 75 Pf. Tafel-Aepfel 5 Pfund 45 Pf.

Kasseler Rippespeer Pfd. 80 Pf. Zucker ff. Pfd. 19 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

# Theater.

**Donnerstag, 15. Oktober.**

Anfang 7½ Uhr.

**Königl. Schauspielhaus.** Ein Erfolg.
**Deutsches.** König Lear.
**Kammerspiele.** Sozialaristokraten. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

**Königl. Opernhaus.** Sardanapal.
**Neues königl. Opern-Theater.** 's Lieserl vom Schliersee.
**Neues Schauspielhaus.** Das Fräulein in Schwarz.
**Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.** Wilhelm Tell.
**Lessing.** Gespenster.
**Berliner.** Erotik. Ein Erinnerungsfest.
**Neues.** Malia.
**Kleines.** Lady Frederick.
**Komische Oper.** Der Maskenball.
**Residenz.** Das Glück der andern. Der selige Oktave.
**Hebbel.** Ninon de l'Enclos.
**Westen.** Ein Walzertraum.
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Der Familientag.
**Schiller Charlottenburg.** Der Herr Ministerialdirektor.
**Thalia.** Das Mitternachtsmädchen.
**Lustspielhaus.** Die blaue Maus.
**Neues Operetten.** Die Dollarprinzessin.
**Trianon.** Die Liebe wacht.
**Bernhard Rose.** Herr Paragraph.
**Luisen.** Freiheit.
**Bürgerl. Schauspielhaus.** Der grüne Zweig.
**Apollo.** Ein Sonntagmorgen in Rußland. Vera Violetta. Spezialitäten.
**Metropol.** Donnerwetter — tadellos.
**Gebrüder Herrnfeld.** Die beiden Bindelbands.
**Passage.** Spezialitäten.
**Kasino.** Familie August Knoche. Spezialitäten.
**Gustav Behrens.** Feine Sache! Ausgezeichnet! Spezialitäten.
**Folies-Caprice.** Die Brautschau. Die lästige Witwe.
**Wintergarten.** Spezialitäten.
**Carl Haverland.** Spezialitäten.
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.
**Walhalla.** Spezialitäten.
**Urania.** Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der Montblanc. Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. B. Donath: Das Ohmsche Gesetz.
**Sternwarte,** Invalidenstr. 57/62.

8 Uhr **Neues Theater** 8 Uhr

Gastspiel d. sizilianischen Tragödin
**Mimi Aguglia.**
Zum erstenmal:
**Malia (Die Behexte).**
Freitag bis Sonntag: **Malia** (Die Behexte).
Montag: **Peccatrice** (Die Sünderin).
Dienstag: Cavalleria rusticana (Bauernehre) und Z. Carbunara.

## Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
**2 mal 2 = 5.**
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.

## Theater des Westens.

Allabendlich 8 Uhr:
**Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr zu halben Preisen: **Die lustige Witwe.**

## Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Donnerstag, 15. Oktober, Anf. 8 Uhr:
**Wilhelm Tell.**
Freitag: Wilhelm Tell.
Sonnabend 4 Uhr: Dornröschen. (Kindervorstellung.)

## Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
**Die blaue Maus.**

**Hebbel-Theater.**
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
**Ninon de L'Enclos.**
Ein Spiel aus dem Barock von Friedrich Freksa.

**Neues Operetten-Theater,**
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
**Die Dollarprinzessin.**
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

## Residenz-Theater.

— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
**Das Glück der andern.**
Lustspiel in drei Akten von Francis de Croisset.
„Der selige Oktave."
Bis Freitag, 16. Okt.: Das Glück des andern u. Der selige Oktave.
Sonntag, 18. Okt. zum erstenmal: **Kümmere Dich um Aurelie.**
Sonntag 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu verzollen?**

## BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
**Herr Paragraph.**
Wochentagspreise.
Freitag: Kabale und Liebe.
Sonnabend: Das Käthchen von Heilbronn.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
**Der Montblanc.**
Hörsaal 8 Uhr: Professor Dr. B. Donath: Das Ohmsche Gesetz.

## Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
**Erotik.** Vorh.: Ein Erinnerungsfest.
Morgen: Der Traum ein Leben.

## Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
**Freiheit.**
Freitag: Helga.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Abends: Freiheit.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Flachsmann als Erzieher. Ab.: Freiheit.
Montag: Freiheit.

## Metropol-Theater

**Täglich 8 Uhr:**
**Donnerwetter—tadellos!**
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

## Apollo Theater

Ab 8 Uhr: Das große Programm.
Unter anderem:
**Ein Sonntag-Morgen in Rußland.**
**Russisches Ballett.**
Solotänzer! Solotänzerinnen!

## WINTERGARTEN

**Neues Programm**
**Anne Dancrey**
Schwestern Merkel, Kontorsionist. Tortola Valencia, spanische Tänzerin. De Onzo Brothers, Flaschenspringer. Die zwölf Tiller Girls, engl. Gesangs- und Tanzgruppe. Philliparts, Diabolospieler. Die drei Merrills, komische Radfahrer. August Familie, Jongleure. Cliffs Berzac, komischer Dressurakt. Emma Francis, Exzentrik-Tänzerin mit ihren zwei Araberjungen. Fuller's Serpentintänzerin.
**Biograph.**

## Gastspiel-Theater

früher Wolzogen
Köpenicker Straße 68.
**Die Sizilianer Grasso.**
**Freitag,** den 16. Oktober, 8 Uhr:
**„Feudalismo"** (Tiefland).
Volkstümliche Preise:
Orchestersauteuil M. 2.—, Parkettsauteuil 1.60, 1.30, 0.80, II. Rang 80, 60 Pf., Stehplatz 30 Pf.

## Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
**Lene Land**
**Paul Schneider-Duncker**
und das großartige Oktober-Programm
**14 neue Variété-Spezialitäten.**

## Passage-Panoptikum.

**Letzte Tage!**
Ohne Extra-Entree.
**Der Riese**
aller Riesen **Pisjakoff.**
**Eintritt 50 Pf.**
**Kinder, Soldaten 25 Pf.**

## Sanssouci,

Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Donnerstag:
**Gr. Elite-Soiree** Tanz-Kränzch.
von
**Hoffmanns Nordd. Sängern**
Gr. Erfolg aller Nummern!
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Der große Theatersaal ist noch einige Mittwoche frei.
Morgen Freitag Gastsp. d. Berliner Volksoper: **Die lustigen Weiber von Windsor.**

## Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
**Der Familientag.**
Lustspiel in 3 Akten v. Gustav Kadelburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
**Ein Teufelskerl.**
Sonnabend, abends 8 Uhr:
**Der Familientag.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
**Der Herr Ministerialdirektor.**
Lustspiel in 3 Akten von Alexandre Bisson und Fabrice Carré.
Freitag, abends 8 Uhr:
**Das Opferlamm.**
Sonnabend, abends 8 Uhr:
**Julius Cäsar.**

# Freie Volksbühne

**Einige Meldungen neuer Mitglieder zu den Abendabteilungen werden in allen Zahlstellen angenommen.**

Aufführungen
im
**Lessing-Theater:**
**Gerhart Hauptmann:**
**Die versunkene Glocke.**
**Thalia-Theater:**
**Te Deum.** Komödie von Ernst Rosmer.
**Neues Schauspielhaus:**
Lustspiel v. Wolzogen:
**Die Kinder der Exzellenz.**
Hebbel: **Judith.**
Shakespeare: **Julius Cäsar.**
Sardou: **Rabagas.**
Goethe: **Faust.** (I. Teil.)

**Ordner-Sitzung**
**Sonnabend, den 17. Oktober, abends 8½ Uhr,** pünktlich im Gewerkschaftshaus.
**Der Vorstand.**
241/18 In Vertr.: G. Winkler.

# Zirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 15. Oktober cr., abends präzise 7½ Uhr:
**Elite-Abend — Gala-Programm.** U. a.:
**Hodgini,** der beste Jongleur und Equilibrist der Jetztzeit zu Pferde.
**36 Sie Hassan Ben Alis Original-Marokkaner. 36**
9 fliegende Menschen 9 **Roeders-Reinalds Luft-Voltigeure.**
**Rowland-Truppe,** 8 Personen. Clown **Armando** mit seinem dressierten Tierpark. **Das boxende Känguruh.** Austr. der Schulreiterin Frl. **Dora Schumann.** Dir. **Alb. Schumann** mit seinen **16 Rekruten.**

## Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. — B. Jahnlich.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
**Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.**
Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Eintritt 30 Pfennig. 2161b*
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

## Berliner Eis-Palast

Lutherstraße 22/24. — **Ständige Eisbahn.**
Täglich bis 1. Mai 1909 von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich: **Großes Konzert.** Abends 9 und 10 Uhr: **Auftreten erster Kunstläufer und -läuferinnen, u. a. Broor Meyer** und **Nadja Franck,** preisgekr. Meisterläufer, nur noch b. Donnerstag inkl. Am Freitag bleibt d. Eispalast weg. d. Wohltätigkeitsfestes v. 6—8 Uhr geschl.

**XIV. Saison!**
## Zirkus Busch.

Donnerstag, 15. Oktober 1908, abends präzise 7½ Uhr:
**Fest-Vorstellung**
anläßlich der Oktobertagung 1908 des Vereins Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin.
Um ca. 9 Uhr:
**Mr. Houdini**
Nur noch kurze Zeit.
Herrn Ernst Schumanns Neudreff.
Um 10 ca.:
**Barbarossa!!**
Gr. Original-Ausstattungs-Pant. des Zirkus Busch in 6 Bildern.

## Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.
Täglich: Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Um 8 Uhr: Neuheit: Mausi sei süß, Schwank v. Otto Richter. Franz Schanski, Cilly Illing, Nante Pohlmann, Eva Wagner, Anita und Stefan Komarony, Opernduettisten, D'Alettas, Jongleur-Akt. Um 10 Uhr: **Liebesleid und Freud,** Volksstück mit Gesang in 2 Bildern.

## Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
**Die kleinen Mädchen von Berlin.**
Große Ausstattungsoperette.
Arletto und Esra, die stärkste Dame und ihr Partner.
Jean Nega, Charaktergemälde.
Klara Wegner, Soubrette.
**Duskes Vitograph.**
**10 Spezialitäten 10.**
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

## Rixdorfer Theater

Bergstr. 147
Sonntag, den 18. Oktober 1908:
**Die Räuber.**
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.
Anfang 7½ Uhr.

## Reichshallen-Theater

**Täglich:**
**Stettiner Sänger**
Meysel, Britten, Seidel, Horst, Schröter, Ebersberger, Bühligen, Otto Schrader u. R. Schrader.
Anf. wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

## Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue gr. Oktober-Progr.
Im Tunnel: Regimentskapelle rc.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder
**Hans**
am 13. d. Mts. an den Folgen der Scharlachkrankheit nach schwerem Leiden im Alter von fast 5 Jahren im städtischen Krankenhause am Urban verstorben ist.
Um stilles Beileid bitten
**Max Held** und Frau Marie geb. Kynast.
22025

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

**Nachruf.**
Am 9. Oktober verstarb unser Kollege, der Maschinenarbeiter
**Theophil Kiedrowicz.**
Ehre seinem Andenken!
91/17 Die Ortsverwaltung.

## Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Chl. Börse.
Größtes Spezialitäten-Theater Berlins
3000 Personen fassend! 3000!
**Das wunderbare**
**Oktober-Programm!**
**12** Attraktionen **12**
Unter anderem:
**Antonie Gates.**
Billettverkauf von 11 Uhr vorm. ab. Preise der Plätze 2, 1,50, 1, 75, 50 Pf. Vorzugskarten, halbe Preise, überall gratis zu haben.

## Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57
**Die beiden Bindelbands!!!**
Komödie in 2 Akten
von Anton und Donat Herrnfeld.
Vorher:
**Künstlerteil.** u. a.:
Madame D'Ormays Balletteusen-Sextett, Reisers Original-Bauern-Ensemble, Saratoff, Russen-Trio, Lena Nansen, Vortrags-Meisterin.

## Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanien-Allee 7—9.
**Der grüne Zweig.**
Schausp. in 3 Akt. von Felix Philippi. Anfang 8 Uhr.
Morgen Freitag zum erstenmal: **Militärstaat.**
Sonntagabend neu einstudiert: **Die Räuber.**

## W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Gill. Brunnenstr. 16.
Auf vielfachen Wunsch:
**In der Irre.**
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend, 17. Oktober Premiere: **Der verlorene Sohn.**

## Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Oktober-Programm.
Glänzender Erfolg! Jubelnder Beifall!
**Familie August Knoche.**
August Knoche: Dir. Hans Berg.
Sonntag 4 Uhr: Kaczenganso 8 a.

## Parodie-Theater

Dresdener Straße 97.
Heute:
**Cavalleria-Rustikana** und die urkomische Burleske
**„Berlin steht Kopp".**
Anfang Sonnt. 8, wochent. 8½ Uhr.

## Folies-Caprice

Durchschlagender Erfolg!
**Die lästige Witwe.**
Die Brautschau. — Bunter Teil.
Vorverkauf von 11—2 Uhr a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.

## Brauerei-Ausstellung

der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin
**10. bis 18. Oktober**
Institut für Gärungsgewerbe, N., Seestr.
**Brauerei-Maschinen-Ausstellung**
**Internationale Gersten- u. Hopfen-Ausstellung**
**Wissenschaftliche Ausstellung**
Geöffnet 9-5 Uhr. Eintritt 3 Mark
Straßenbahnlinien: Nr. 22, 24, 28, 29, 30, 31, 39, 42, 63.

## Sozialdemokrat. Wahlverein

für den
**4. Berliner Reichstagswahlkreis.**
Landsberger Viertel.
Bezirk Nr. 369.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler
**August Siedschlag**
Thaerstraße 40
gestorben ist.
**Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichfelde aus statt. 220/20
Um rege Beteiligung ersucht
**Der Vorstand.**

## Sozialdemokratischer Wahlverein

Reichstags-Wahlkreis
**Nieder-Barnim.**
Todes-Anzeige.
Am 11. Oktober verschied unser Genosse
**Rudolf Schulze**
Rummelsburg, Goethestr. 4.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Gemeindefriedhofes aus statt.
8/11 Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
**Todes-Anzeige.**
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
**Rudolf Schulze**
am 11. Oktober gestorben ist.
**Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Gemeinde-Friedhofes aus statt. — Ein Geistlicher geht nicht mit.
Rege Beteiligung erwartet
231/10 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Perlmutterarbeiter
**Karl Karg**
am 12. Oktober gestorben ist.
**Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michaelis-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
91/18 Die Ortsverwaltung.

## Verein der Stereotypeure und Galvanoplastiker

Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß am 12. Oktober unser Kollege
**Emil Hoffmann**
nach längerem, schwerem Leiden in der Anstalt Buch gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Christus-Friedhofs in Mariendorf (Lichtenrader Chaussee) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
291/14 Der Vorstand.

## Zentralkranken- u. Sterbekasse der Tapezierer.

Filiale Schöneberg.
Am Montag, den 12. Oktober, starb nach längerem Leiden unser treues Mitglied
**Fritz Heinze.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Oktober, nachmittags ½4 Uhr, auf dem Kirchhofe der Luthergemeinde in Lankwitz statt.
291/13 Der Vorstand.

## Männerchor „Georginia 1879".

(M. d. A.-S.-B.)
Am Montag, den 12. d. Mts., verschied nach langem Leiden unser lieber Sangesbruder
**Willy Richter.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute 2½ Uhr auf dem Thomas-Kirchhof, Hermannstraße, statt.
21955 Der Vorstand.

# HERMANN TIETZ

ALEXANDER-PLATZ — LEIPZIGER STRASSE — FRANKFURTER ALLEE

Donnerstag, Freitag, Sonnabend — soweit Vorrat reicht:

## Besonders preiswerte Handschuhe

Ein Posten Damen-Glacés Lammleder mit 2 Druckknöpfen ..... 85 Pf.
Ein Posten Damen-Suèdes Ziegenleder mit 3 Knöpfen, französisches Fabrikat ..... 1.25
Ein Posten Lange Glacé-Mousquetaires aus Lammleder 8 Knopf 1.85 12 Knopf 2.35
Ein Posten Lange Suède-Mousquetaires aus Ziegenleder, farbig ..... 2.90

### Dam.-Lederhandschuhe

Damen-Glacés Lammleder, 2 Druckknöpfe ..... 1.25
Damen-Glacés bestes Lammleder, 2 Druckknöpfe .. 1.95
Damen-Suèdes Ia Qual., Ziegenleder, 2 Druckknöpfe 2.25
Damen-Glacés bestes Ziegenleder, 3 Druckknöpfe . 2.90

### Stoffhandschuhe

Damen-Tricot-Köper Schlupfform .. 28 Pf.
Damen-Tricot solide Qualität, 2 Druckknöpfe 45 75 Pf.
Herren-Tricot mit Druck-Verschluss 55 Pf.
Herren-Tricot Ia Halbwolle, 1 Druckknopf 95 Pf.

### Herr.-Lederhandschuhe

Herren-Glacés Lammleder, Druckverschluss ..... 1.35
Herren-Suèdes Ziegenleder, 1 Knopf ..... 1.45
Herren-Nappa Druckverschluss ..... 1.75
Herren-Stepper 2 Druckknöpfe ..... 1.95

Lange Stoffhandschuhe Im Schwed. Mousquetaireform, farbig, und woll. Strickhandschuhe weiß 65 Pf.
Lange Stoffhandschuhe Tricot, Mousquetaireform, alle modernen Farben ..... 90 Pf.

Erstklassige Fabrikate **Schuhwaren** Volle Garantie für Haltbarkeit

### 3 Serien Damen-Stiefel

I Schnür- und Knopfstiefel Chevreaux und Boxcalf, auch mit Lackkappen, Absatz hoch u. englisch 7.60

II Schnür- und Knopfstiefel Chevreaux, auch mit Lackkappe, Absatz hoch u. englisch, Orig.-Goodyear-Welt 9.50

III Schnür- u. Knopfstiefel Boxcalf u. Chevreaux, auch mit Kalblackbesatz, Absatz hoch, engl. u. amer. Goodyear-Welt 11.90

### Ein Posten Kinder-Stiefel

| | 25/26 | 27/30 | 31/35 | 36/39 |
|---|---|---|---|---|
| Boxcalf breite Form | 4.25 | 5.25 | 6.25 | 8.50 |

### Leder-Hausschuhe

| | Kinder 25/29 | Mädchen 30/35 | Damen 36/42 | Herren 40/47 |
|---|---|---|---|---|
| m. fest. Ledersohle und Absatzfleck . | 1.70 | 2.10 | 2.90 | 3.75 |

### Kamelhaarschuhe

| | Kinder 25/29 | Mädchen 30/35 | Damen 36/42 | Herren 43/47 |
|---|---|---|---|---|
| mit Lasche, Ia Qualität ... | 1.60 | 2.30 | 3.10 | 3.50 |

### 3 Serien Herren-Stiefel

I Boxcalf-Schnürstiefel halbrund, amerik. Form dauerhafter Strapazierstiefel ..... 9.25

II Schnür-, Schnall.-, Zugstiefel Boxcalf u. Chevr., auch Kalblackbesatz, Goodyear Welt bis Gr. 48 12.25

III Schnür-, Schnall.- Zug- und Knopfst. Boxc.-, Chevr.- u. Kalblackbes., auch m. Lackkappe, Goodyear-Welt 13.90

**Grosse Posten Gürtelschlösser** Gold, Silber, Oxyd und Schwarz ... St. 25 Pf. mit Bildereinlage Gold u. Altsilber St. 45 Pf.

---

## Heute früh 8 Uhr!

kannte noch niemand meine hersbgesetzt billigen Preise. Ich empfehle einen Posten getragener Monatsgarderoben, in feinster Werkstätte gearbeitet, von Herrschaften, Kavalieren, Reisenden nur Wochen gebrauchte

Monats-Anzüge 8, 10, 14, 18 Mk.
Monats-Paletots 6, 8, 12, 16 Mk.
Monats-Hosen . . 2.50–5.00 Mk.

Auch mache ich auf meine grosse Abteilung neuer Garderoben aufmerksam.

**J. Wand** Hauptgeschäft: Grosse Frankfurterstr. 116
2. Gesch.: Chausseestr. 89 | 3. Gesch.: Chausseestr. 86
Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

---

## Cigarren-Händlern

denen am Einkauf zu billigsten Preisen bietet das größte und reichhaltigst ausgestattete

**Cigaretten-Engroslager Carl Röcker, Berlin,**
Grüner Weg 112 (Fernspr. VII, 3861).

Offeriere folg. Marken à Original-Fabrikpreis von 100 St. an einer Sorte:
Berliner Marken: Garbáty, Josetti, Manoli, Problem, Phänomen, Kapitän, Herdfeuer, Carmen Sylva.
Dresdener Marken: Salem Aleikum, Lanna, Bolero-Zenith, Reunion, Laferme.
Ferner: Kyriazi Freres, Egyptian Comp., österreichische und ungarische Regie-Tabake usw.
Generalvertrieb für Deutschland der dänischen Kapitän-Kautabake, Rauch- und Schnupftabake; Hauptniederlage der Kautabak-Fabriken G. A. Honrwacker und Grimm & Triepel in Nordhausen; Brüder Braun in Kopenhagen, sowie J. Goldfards Schnupftabake, Pr. Stargard.
Bei Neueinrichtungen von Cigarren-Geschäften bitte mein bestsortiertes

**Cigarren-Engroslager**

zu besichtigen. Ich führe nur gutgelagerte, feinste Qualitäten in allen Preislagen.

**C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112.**
Amt VII. 3861.

---

## Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 44592*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunststickerei.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.

**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

---

## Ringfreie Kohlen

Salonbriketts, großes Format, 1000 Stück frei Keller M. 9.—
Halbsteinebriketts pro Zentner . . . . . 0.95
Pa. engl. Anthrazit „ „ . . . . . 2.55

Wiederverkäufern bei Abnahme von Fuhren oder ganzen Waggons die billigsten Tagespreise. [2182b*

Telephon: Amt IV, No. 9345.

**Gebrüder H. & O. Richter**
Kohlengroßhandlung
Urbanstraße 114/115.

---

Eigene Werkstätten!

Für bestes u. trockenes Material garantiert!
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

# Möbelfabrik

**Julius Apelt, Tischler-Meister** 48062*

jetzt: **Adalbertstraße No. 6** Hochbahnhof Kottbuser Tor

**Komplette Wohnungs-Einrichtungen**

Moderne Musterzimmer :: von den einfachsten :: bis zu den elegantesten stehen zur Ansicht

zu soliden Preisen in meinen modern eingerichteten zirka 1000 □-Meter umfassenden Geschäftsräumen.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: H. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Partei-Angelegenheiten.

**Groß-Lichterfelde.** Am Sonnabend, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Kaiserhof" ein Lichtbildervortrag: „Im Reiche der schwarzen Diamanten" von Otto Roth statt. Billetts a 25 Pf. sind bei den bekannten Genossen und an der Kasse zu haben.

**Boxhagen-Rummelsburg.** Wir weisen nochmals darauf hin, daß heute Donnerstag, abends 8½ Uhr, im Saale der Ww. Weigel, Tilsitschmidtstr. 45, der erste Kursus in Geschichte beginnt. Vortragender ist Genosse Dr. A. Conrady. Der Teilnehmerbeitrag beträgt für die Mitglieder des Rummelsburger Wahlvereins pro Monat 25 Pf. Der Vorstand.

**Rudow.** Am Sonntag, den 18. Oktober, abends 6 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal von August Palm statt. Die Genossen mögen dafür Sorge tragen, daß auch die Frauen diese Versammlung besuchen.

**Grünau.** Am Sonnabend, den 17. d. M., begeht der Wahlverein im Lokale von Duchauffour, Köpenicker Straße 79, sein 16. Stiftungsfest. Theater, Gesangs-, turnerische und humoristische Aufführungen folgen einander und steht ein angenehmer und unterhaltender Abend in Aussicht. Nachdem findet noch Tanz statt. Da auch der Eintrittspreis ein sehr bescheidener ist, hofft das Komitee auf zahlreichen Besuch.

**Fredersdorf—Petershagen.** Heute, abends 8½ Uhr bei Max Birke, Fredersdorf, Zahlabend.

# Berliner Nachrichten.

### Arbeiterlos.

Es war an einem Sonnabend, als ich „Buch und Karte" erhielt und mir dadurch bedeutet wurde, daß auch ich jetzt dem Unternehmer entbehrlich geworden war. Ueberraschend kam mir dies ja nicht. Bis vor kurzem wurde noch mit allem Hochdruck gearbeitet und wir wurden genötigt, aus zwei Arbeitswochen eine zu machen. Obwohl schon damals viele Kollegen die Hände müßig halten mußten, waren bei uns die Plätze besetzt und dem Unternehmer fiel es gar nicht ein, sich durch Erweiterung in Unkosten zu stürzen. Es ist ja auch so für ihn viel profitabler, denn erstens lassen sich dadurch die Löhne besser drücken, der Arbeiter merkt es nicht gleich direkt an seinem Geldbeutel, es tritt jetzt kein direkter Ausfall ein, er muß nur länger schuften, und fürs zweite ist es dem Unternehmer dienlich, eine möglichst große Arbeiter-Reservearmee zur eventuellen Verfügung zu haben. Wems nicht paßt, der kann ja gehen, draußen stehen hundert andere. . . .

Freilich werden durch die übergroßen Anstrengungen die Arbeiter gesundheitlich geschädigt und ruiniert, das Familienleben zerstört, aber was macht das für den Unternehmer? Sollte der etwa darauf Rücksicht nehmen? Lachhaft! Menschenmaterial ist ja so billig.

Jetzt nun war auch ich überflüssig geworden; es ist ja das so ganz in der Ordnung . . . Gemischte Gefühle waren es, die auf dem Nachhausewege auf mich einstürmten. Es ist wahr. Lange hätte ich es auf der letzten Arbeitsstelle so wie so nicht mehr machen können, denn mit meiner Kraft war's zu Ende. Nun konnte ich einmal wieder müßig sein, mich des Lichtes und der Luft erfreuen, wieder aufatmen, Mensch sein und mich der schönen Natur erfreuen, aber . . . Warum, Frau Sorge, zeigst du mir da gleich wieder dein bleiches Gesicht? Freilich, wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen; steht's nicht so geschrieben? Das gilt aber doch wohl nur für Arbeiter, denn gar viele sind mir bekannt, die auch nicht arbeiten und doch essen — sehr gut sogar essen.

Es ist eben an der Zeit, wo die Theater ihre Pforten öffnen; viel Volk geht hinein, geschmückt und geputzt, plaudernd und lachend. Viele elegante Wagen halten davor, denen „vornehme" und protzig-behäbige Gestalten entsteigen. Daß mich beim Anfahren ihrer Wagen der Kot bespritzt, was tut's! Ein Arbeiter . . . „pah!" — Würdig schließt der Diener das Coupé. „Warten Sie an der kleinen Pforte!" höre ich noch einen Befehl. . . . Ach ja, das Leben ist so schön. . . .

Nun heißt es Arbeit suchen. Da muß man wohl früh auf den Beinen sein. Wenn ich der Erste heute bin, vielleicht? —

Vergeblich! — „Kommen Sie später einmal wieder mir heran!" — Ein Trost, der keiner ist.

Auch auf dem Arbeitsnachweis bin ich eingezeichnet. Wohl dem, der diese Stätten nie kennen gelernt hat. „Der Menschheit ganzer Jammer packt mich da," das ist die erste Empfindung, die mich beseelt. Wer zählt die Häupter, nennt die Namen, die alle hier zusammenkamen; viele Hunderte sind's. Männer in den besten Jahren, dazu ältere (und hierher gehören ja leider schon alle, die die Dreißig überschritten haben — zu alt schon für den Unternehmer —) und Kinder, pardon, jüngere Arbeiter, aber vielfach noch die wahren Kinder; fast alle, jung oder alt, sind krankhaft blaß und hohlbäckig. Soeben wird jemand verlangt. Ein ungeheurer Tumult entsteht, alles drängt nach vorn. . . .

„Hier! hier!" hört man rufen, obwohl die wenigsten wissen, was verlangt wird. Der Verwalter ist ein gutmütiger, alter Mann, er läßt den Sturm sich legen.

„Ein junger, tüchtiger, in der Branche durchaus erfahrener und in seinen Ansprüchen bescheidener Mann, nicht über 25 Jahre, wird verlangt." Während sich noch die jungen Leute vorwärts schieben, weichen die Alten langsam, resigniert zurück. Sehe ich recht, eine Träne in den Augen jenes Alten? Auch der Verwalter hat's gesehen. „Alterchen, laßt den Mut nicht sinken, Kopf hoch!" „Ja, da!" erwidert dieser, nach der Decke zeigend, an der ein Gasarm hängt. . . .

Wie lange soll es so noch gehen? Noch ist ja die Familie und bin auch ich nicht verhungert; die Unterstützung des Verbandes reicht zum Allernotwendigsten, aber alles hat mal ein Ende, muß mal ein Ende haben und jetzt in der Zeit der Krise . . . Wieder war die Miete fällig. Für den ersten Monat reichte der „Notgroschen", im zweiten bekam das Leihhaus, was zu entbehren war, aber jetzt, jetzt . . .

Noch immer keine Arbeit. Heute lenkte ich meine Schritte dahin, wo ich „wieder einmal mit herankommen" sollte. Wenn es doch möglich wäre? — Nein, nein, törichte Hoffnung; es gab wieder denselben Bescheid — es ist eine stehende Redensart, die bequemste Art, „aufdringliche" Leute loszuwerden.

Auf alle möglichen Beschäftigungen habe ich es schon versucht. Als Aushilfskellner — der Sommer ist vorbei; als Ziehmann — zu schwach; billige Einkäufe bei Auktionen — kein Geld und keine Routine. Dann als Provisionsreisender für Nähmaschinen, Lebens- und Feuerversicherung; es war zum Ekel und die letzten Sohlen wurden dabei zerrissen. Nur eins habe ich dabei profitiert: eine tiefe Kenntnis vom Elend der Stehkragen-Proletarier. —

Wo nun jetzt wieder hin. Nach Hause? Es wird mir jetzt so schwer dabei ums Herz. „Ach, lieber Mann, wäre es nicht doch besser gewesen, Du hättest nicht als Vertrauensmann in der Fabrik fungiert? Vielleicht hättest Du dann noch Deine Arbeit." Heute morgen wars, als meine Frau mich frug. Kein Vorwurf wars, nur eine Schwäche, ein Seufzer. „Ich tat nur meine Pflicht!" Sie verstand mich und war wieder frei.

Ehe ich recht darauf achte, befinde im mich wieder auf dem Arbeitsnachweis. Arbeit gibts ja hier nun allerdings sehr wenig, aber Zerstreuung und wer da Augen hat, kann vieles sehen. Aber den alten Mann — damals, beim Angebot — ich habe ihn lange nicht mehr gesehen . . . Merkwürdig, daß mir jetzt täglich beim Lesen der Zeitung immer die Notizen so in die Augen springen: „Aus Nahrungssorgen . . ." „Wegen längerer Arbeitslosigkeit . . .", „Erhängt aus Not hat sich . . ." usw. Haben sich die Fälle so schrecklich gemehrt oder fallen diese mir jetzt nur so besonders auf? — Aber nein, wir leben ja in Zeiten der Krise. Ach, alle die Armen, die dieser ihr Leben zum Opfer bringen. Haben sie sichs wohl auch alle reiflich überlegt und auch alle die, die vielleicht noch solche Absichten haben? Steht es denn so unumstößlich fest: „es muß sein!"? Ich sage nein! Dieses Opfer zu bringen halte man sich für zu gut. Versuchts noch einmal! Zwingt diese herrschende Gesellschaft, Euch das zu geben, was sie Euch vorenthält, um das sie Euch betrügt.

### In der Haarklinik.

Zu den zahlreichen Augen-, Ohren-, Nasen-, Hunde-, Katzen-, Pferde-, Puppenkliniken — und wie sie sonst noch alle heißen mögen — nun noch eine Haarklinik! Es ist beinahe des Guten zu viel. Aber die Sache hat bedeutungsvollen Sinn. Nicht „künstliche" Haare, von den Köpfen verstorbener Chinesen genommen oder richtiger gestohlen, werden hier zu kunstvollen Gebilden verarbeitet. Auch nicht ein ingeniöser Verschönerungsrat ist auf den Einfall gekommen, seinen Haarschneidesalon in eine Haarklinik umzutaufen. Die Wissenschaft, die nichts mehr auf der lieben Mutter Erde unbeäugt läßt, hat das schöne moderne Wort erfunden. In neuerer Zeit hat sich namentlich in den Großstädten ganz auffällig eine Krankheit gezeigt, die zwar als solche von der breiten Masse gewöhnlich nicht angesprochen wird, aber dennoch diesen Charakter trägt, — der Haarschwund in den verschiedensten Formen. Die landläufige Kahlköpfigkeit, die im ehrwürdigen Alter oder nach einem Sybaritenleben schon in jungen Jahren sich als die gefürchtete „Platte" einstellt, hat damit wenig oder gar nichts zu tun. Vielmehr kommt ein Zustand in Betracht, von dem neben vorwiegend geistig tätigen Leuten auch außerordentlich viele Arbeiter, denen man doch wohl heutzutage nicht den Vorwurf des ausschweifenden Genußlebens machen kann, betroffen werden. Wie die Krankheit aussieht? Der Berliner hat dafür einen treffenden Ausdruck geprägt: als ob die Motten drin gewesen sind! Aber wohlgemerkt — wir meinen nicht die äußerlich ähnlichen Fälle jener Haarschwund-Epidemie, von der im vergangenen Frühjahr Schöneberger Schulkinder betroffen wurden. Lag damals zweifellos eine übertragbare Krankheit vor, die ernsteste Maßnahmen erforderte, so haben wir es hier mit einem Leiden zu tun, über dessen Erreger vorerst nur Vermutungen möglich sind. Die Laien sprechen von einer Milbe unter der Kopfhaut, andere von einem langsam weiterwuchernden Pilz. Der Arzt ist noch nicht so schlau. Er tappt fast vollständig im Dunkeln und möchte nur soviel behaupten, daß bei der Entstehungsursache die unregelmäßige Ernährungsweise, aber auch jede tiefere Erkrankung des Nervensystems eine nicht unbedeutende Rolle spielen kann. Hat man demnach das Uebel in des Wortes wahrster Bedeutung noch nicht an der Haarwurzel erkannt, so glaubt man in seiner Bekämpfung auf dem richtigen Wege zu sein. Nach Ansicht ärztlicher Hautspezialitäten sollen das sicherste Mittel, den „Mottenfraß" nicht bloß aufzuhalten, sondern auf dem verseuchten Nährboden neue echte Haare zu produzieren, die wunderbaren Röntgenstrahlen sein. Diese wissenschaftliche Haarproduktion, die alle schwindelhaften Haarwuchsmittel aus dem Felde schlägt, geht eben in der modernen Haarklinik des Spezialarztes vor sich.

Man steht da — es muß offen zugestanden werden — vor einem fait accompli, vor einer „vollzogenen Tatsache". Die praktischen Heilerfolge sind bereits in so zahlreichen Fällen vorhanden, daß sich der Laie über die Theorie keine Kopfschmerzen zu machen braucht. Gleichwohl hat die Bestrahlung der Kopfhaut mit Röntgenlicht noch einen großen Haken. Es geht auch hier, wie bei so manchen anderen „modernen" Krankheiten: der Kranke ist vorläufig in der Hauptsache ein Stück Versuchskarnickel. Er ist es besonders dann, wenn er die Hilfe von Spezialärzten seiner Krankenkasse in Anspruch nimmt und der Behandlung nicht mit dem eigenen Geldbeutel den nötigen Nachdruck geben kann. Den Erfolgen der neuen Heilmethode stehen auch mancherlei eklatante Mißerfolge gegenüber. Vor allem aber ist es wichtig, daß durch die Bestrahlung nicht allzuselten empfindliche krankhafte Nebenerscheinungen hervorgerufen werden, beispielsweise langdauernde unangenehme Nervenschmerzen oder gar Entzündungen und Schwellungen der haarlosen Stellen. Der komplizierte Röntgenapparat verlangt eine sehr sorgsame Behandlung. In ungeübter Hand kann er mehr schaden als nützen. So sind bereits Fälle bekannt geworden, in denen jugendliche Aerzte mit dem Apparat so tölpelhaft umgingen, daß das Haar versengt und die Kopfhaut direkt verbrannt wurde. Welche Komplikationen, besonders bei Kindern, auf solche Weise entstehen können, ist gar nicht abzusehen. Es kann daher nur angeraten werden, daß die betreffenden Patienten in jedem Falle die Bedienung des Röntgenapparates von ärztlicher Hand verlangen und sofort von der Behandlung zurücktreten, wenn auch die Hand des Arztes sich der Aufgabe offenbar nicht gewachsen zeigt. Auf eine Handvoll verbrannter Haare kommt es wahrlich nicht so sehr an. Aber das, was darunter sitzt, das Hirnschmalz des Arbeiters, ist für ungeschickte wissenschaftliche Experimente zu schade.

**Die Arbeitslosenzählung**, die vom Magistrat Berlin für Dienstag, den 17. November, vormittags von 8 bis 12 Uhr für männliche, von 12 bis 8 Uhr für weibliche Arbeitslose beabsichtigt ist, soll sich leider nur auf den Stadtbezirk Berlin erstrecken. Mit den Vororten hat sich der Magistrat bisher nicht in Verbindung gesetzt, so daß unsere Gemeindevertreter in zahlreichen Vororten den Antrag stellen werden, daß jede dieser Gemeinden selbständig die Zählung nach dem für Berlin vom Statistischen Amt vorgeschlagenen Meldesystem vornehmen soll und wo ein eigenes statistisches Amt nicht vorhanden ist, die ausgefüllten Zählkarten an das Statistische Amt Berlins überweist und die ihm dadurch entstehenden Unkosten vergütet. Sollten die Vorortverwaltungen sich dem Vorgehen Berlins nicht anschließen und es ablehnen, eine Arbeitslosenzählung vorzunehmen, so wird die organisierte Arbeiterschaft gezwungen sein, selbst die Zählung in den Vororten vorzunehmen, damit das Berliner Resultat nicht wertlos wird. Denn da ein sehr großer Teil der in Berlin beschäftigten Arbeiter in den Vororten wohnt, würde die Zählung der nur in Berlin wohnenden Beschäftigungslosen ein ungenaues Resultat geben und den Wert der Berliner Zählung hinfällig machen. Eine Arbeitslosenzählung, welche wirklich als Gradmesser für den Arbeitsmarkt dienen soll, muß sich auf Groß-Berlin erstrecken, das ein einheitlicher Arbeitsbezirk ist und deshalb in seinem ganzen Umfang ausgezählt werden muß. Die Vorortsgemeinden dürfen sich dieser sozialen Pflicht nicht entziehen.

### Unlautere Mittel gegenüber Stellungsuchenden!

Ein beliebtes Mittel, die sogenannte unparteiische Presse beim Publikum einzuführen, ist der Arbeitsmarkt. Gar viele Stellensuchende bedienen sich der Inserate in der „Morgenpost", der „Vossischen Zeitung" oder im „Lokal-Anzeiger". Mancher hält die Art Arbeitsvermittelung für so vorzüglich, daß er glaubt, auf jede gewerkschaftliche Organisation und deren Arbeitsnachweis verzichten zu können. Hauptsächlich begegnet man solcher Auffassung in den Reihen des kaufmännischen Personals. Die Furcht, als Arbeiter betrachtet zu werden, hält außerdem viele kaufmännische Angestellte männlichen wie auch weiblichen Geschlechts vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen fern. So sind sie denn besonders auf die Stellenvermittelung durch die Zeitung angewiesen, und dieser Umstand scheint der Spekulation findiger Geschäftsleute besonders förderlich zu sein.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger" finden sich in der Rubrik „Offene Stellen" (Frauen, kaufmännisches Personal) wiederholt folgende Angebote:

> **Fräulein**, ohne Vorkenntnisse, welche sich dem Kontorfach widmen wollen (Anfangsgehalt 60,00). Näheres Bücherrevisor Rosenthal, Alexanderstr. 36a.
>
> **Fräulein**, befähigte, finden im Kontor schnell gute Existenz Anfangsgehalt 60 Mark. Näheres Bücherrevisor Steinhirt, Landsbergerstraße 48 (Alexanderplatz).

Zurzeit ist infolge der wirtschaftlichen Krise der Arbeitsmarkt auch für die weiblichen Angestellten recht ungünstig, da ein kolossales Ueberangebot an Kräften die Nachfrage nach solchen weit übersteigt. Den Stellungslosen scheint daher ein Angebot, wie das oben wiedergegebene besonders günstig, und auch junge Damen mit Vorkenntnissen versuchen mit Hilfe der Herren Steinhirt und Rosenthal Stellung zu erhalten. Aber vergebliches Bemühen! Statt, wie man erwartet, ein Bureau für Stellenvermittelung oder einen Geschäftsmann, der Kontorgehilfinnen braucht, zu finden, geraten die Bewerberinnen in Handelsschulen, deren Geschäftsleiter oder Leiterinnen sehr liebenswürdig erklären: „Ja, wir vermitteln aber nur solchen jungen Damen Stellen, über deren Leistungen wir vollständig informiert sind." Stellt es sich heraus, daß die jungen Damen, die nach dem Inserat ohne Vorkenntnisse sein konnten, nach Meinung der Geschäftsleitung nicht genügend Kenntnisse besitzen, um Stellen erhalten zu können, so wird ihnen empfohlen, verschiedene Kurse der betreffenden Handelsschule zu besuchen, was mit einem Kostenaufwande von 30 bis 40 Mark geschehen kann. Solchen Rat erhielt auch ein junges Mädchen, das einen Halbjahreskursus der Handelsschule von Strahlendorff besucht und von dieser ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt bekommen hat, nachher auch schon eine Zeitlang praktisch im Kontor tätig gewesen ist. Bei Steinhirt wurde ihr eröffnet, daß sie erst noch einen Kursus in der Führung des Journals und im Abschluß der Bücher, ferner Uebungskurse in Stenographie und Maschinenschreiben in seiner Handelsschule durchmachen müsse, wofür sie 30—40 M. zu bezahlen hätte, ehe man ihr Stellung nachweisen könnte. Andere junge Mädchen haben ähnliche Antworten auf ihre Bewerbungen bei Steinhirt sowohl als bei Rosenthal erhalten.

Also das scheinbar so günstige Stellenangebot für Anfängerinnen entpuppt sich als Falle zum Einfangen von Schülerinnen für die Handelsschulen der Herren. Statt Stellung wird den Bewerberinnen Gelegenheit zum Lernen geboten, statt des Gehaltes von 60 M. wird ihnen zugemutet, noch 30—40 M. loszuwerden. Denn ob es den Herren letzten Endes möglich ist, ihren Schülerinnen überhaupt Stellung zu verschaffen, bleibt dahingestellt. Solche Zweifel scheinen auch Herrn Rosenthal gekommen zu sein. Seine letzten Inserate sehen so aus:

> Lehrfräulein fürs Kontor, Ausbildung, Buchführung, Stenographie, Schreibmaschine gesucht. Bücherrevisor Rosenthal, Alexanderstr. 36a.

Der Hinweis, daß es sich um Schülerinnengesuche für die Handelsschule handelt, fehlt immer noch. Die Art und Weise, wie die Herren R. u. St. versuchen, ihr Geschäftchen zu machen, muß aufs entschiedenste verurteilt werden. Die Inserate sind gehalten, als ob es sich um Stellenangebote handelt. Das wissen die Herren ganz genau, denn die Vorzüge der Handelsschulen von St. u. R. werden im „Lokal-Anzeiger" unter der Rubrik „Unterricht" angepriesen. Es handelt sich für sie allem Anschein nach nur darum, stellenlose junge Mädchen, die sonst nicht an den Besuch einer Handelsschule denken, anzulocken, um sie für einen solchen zu gewinnen. Hier wird eine Notlage dazu benützt, Stellenlosen das Geld aus der Tasche zu ziehen; Hoffnung auf Anstellung nach beendetem Kursus veranlaßt vielleicht manche, ihre letzten Ersparnisse für diese „Ausbildung" hinzugeben, und so blüht das Geschäft der Inhaber jener Handelsschulen.

Die kaufmännischen Angestellten, Männer wie Frauen, können sich gegen solche Täuschungen so lange nicht wehren, als sie ihrer Berufsorganisation interesselos gegenüberstehen. Bei einer Stellenvermittelung durch den Zentralverband wären die Stellungslosen gegen solche Ausbeutung durch Handelsschulen usw. geschützt. Würden die kaufmännischen Angestellten auf die Stellenvermittelung durch die Zeitung verzichten, sich dafür der Organisation anschließen, so hätten sie nicht mehr nötig 30—40 M. auszugeben, um Stellen gegen 60 M. Gehalt zu erhalten. Verschiedene spekulative Herren würden dann bald auf ihre Anpreisungen verzichten müssen, das Geschäft würde sich nicht mehr lohnen. Es ist wirklich Zeit, daß die Angestellten sich auf sich selbst besinnen, um über Standesdünkel und Standesbewußtsein zum Klassenbewußtsein zu gelangen.

### 20 000 M. zur Ausschmückung der Feststraße

aus Anlaß des Einzuges der Braut des Prinzen August Wilhelm verlangt der Magistrat von der Stadtverordnetenversammlung. Die

freisinnige Mehrheit wird sich glücklich schätzen, 20 000 M. wieder einmal zum Fenster hinauszuwerfen. Wenn es sich um einige Pfennige Lohnerhöhung für städtische Arbeiter handelt, sind diese Herren nicht so bewilligungseifrig.

**Eine Petition der Zivilmusiker lag der letzten Sitzung des** Petitionsausschusses vor. In der Petition wird ein Verbot des gewerblichen Musizierens durch Magistratsbeamte verlangt unter dem Hinweis darauf, daß die Zivilmusiker einen schweren Kampf ums Brot zu führen haben und die Konkurrenz durch aus städtischen Mitteln erhaltenen Beamten als ungerecht empfinden. In der Sitzung wurde dargelegt, daß die Wünsche der Zivilmusiker durchaus beachtenswert seien, allein ein generelles Verbot könne nicht erfolgen. Es handelte sich nur um etwa 30 Magistratsbeamte, denen die Genehmigung zur Nebenbeschäftigung nur von Fall zu Fall erteilt werde unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Nachsuchenden; im übrigen seien diese Leute auch an gewisse Sätze gebunden. Magistrat und Stadtverordnete haben sich mit der gleichen Materie schon sehr oft beschäftigt, zuletzt erst im Jahre 1905 und Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Die letzte Petition hatte das gleiche Schicksal.

**Diejenigen Gewerbetreibenden, welche in Berlin eine gewerbliche Niederlassung besitzen und im Jahre 1909 persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende für die Zwecke ihres Gewerbebetriebes Waren auflaufen oder Bestellungen auf Waren suchen wollen, werden in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, die hierzu gemäß §§ 44, 44a der Reichsgewerbeordnung erforderlichen Legitimationskarten für das Jahr 1909 baldigst zu beantragen, und zwar ausschließlich bei dem Polizeirevier, in dessen Bezirk ihre gewerbliche Niederlassung liegt. Andernfalls würde bei der großen Anzahl der eingehenden Anträge die rechtzeitige Ausstellung der Karten nicht gesichert sein. Der Polizeipräsident macht noch besonders darauf aufmerksam, daß die für die Anträge zu benutzenden Formulare, welche die zur Information der Gewerbetreibenden erforderlichen Bemerkungen enthalten, von den Gewerbetreibenden selbst zu beschaffen sind; sie können vom Formularverlag von Karl Kühn u. Söhne, Berlin O., Breitestr. 25, bezogen werden.**

**Die Zahl der Berliner Pfandleihen hat in den letzten Jahren relativ erheblich abgenommen.** Ziffernmäßig ist sie etwas gestiegen, aber nicht entfernt im entsprechenden Verhältnis zu der kolossal und schnell gestiegenen Bevölkerungsziffer. Es wäre natürlich völlig verkehrt, daraus einen Rückgang des Großstadtelends folgern zu wollen. Die Ursache dieser wirtschaftlichen Erscheinung ist vielmehr hauptsächlich darin zu sehen, daß die polizeiliche Kontrolle der Pfandleihgeschäfte während der letzten Jahrzehnte wesentlich verschärft worden ist. Es können nicht mehr so leicht wie früher gewisse Nebengeschäftchen betrieben werden, die unter Umständen recht einträglich sind. Infolgedessen haben nicht wenige zweifelhafte Elemente unter den Pfandleihern sich einen anderen Wirkungskreis gesucht. Ferner kommt in Betracht, daß die Inanspruchnahme der königlichen Pfandleihämter mit ihren milderen Bestimmungen über Einlösung und Verfall von Pfändern erheblich zugenommen hat. Endlich ist es bezeichnend, daß neuerdings eine ganze Anzahl Pfandleihen, wie die amtlichen Bekanntmachungen ausweisen, in Konkurs geraten sind. So etwas war noch vor 20 Jahren bei einer Berliner Pfandleihe, die als sicherer Weg zum Reichtum angesehen wurde, undenkbar.

### Fehlende Ballons.

**Von den an der Gordon-Bennett-Wettfahrt beteiligten Ballons fehlen jetzt noch „Busley" und „Helvetia", und ebenso weiß man nichts über den Verbleib der am Montag zur Dauerfahrt gestarteten Ballons „Hergesell" und „Plauen". Der Rekord bei einer Dauerfahrt beträgt bisher 52½ Stunden; zum mindesten müßten also die am Sonntag gestarteten Ballons längst zur Erde zurückgekehrt sein.**

**Der spanische Ballon „Castilla" (Weitfahrt), Führer Herr Montojo, Begleiter Herr Robero y Ilbarreta, ist sechs Meilen nördlich von Helgoland untergegangen. Die Insassen sind von dem Blankeneser Fischerboot S. B. 87 gerettet worden, das mit den Geretteten nach Hamburg segelte.**

**Nach einem Telegramm des Führers des spanischen Ballons „Castilla" aus Kuxhaven irrte er mit seinem Begleiter seit dem gestrigen Morgen auf dem Meere umher, bis sie im Laufe des gestrigen Tages von dem Fischerboot „Maria" S. B. 87 aufgenommen wurden. Beide sind unverletzt.**

**Bezüglich der noch vermißten Ballons wird vermutet, daß dieselben in der Nordsee niedergegangen sein könnten. Das Stationskommando in Wilhelmshaven gibt bekannt, daß das Suchen nach den Ballons mit 14 großen Torpedobooten fortgesetzt wird.**

**Der Sommer-Wetterdienst konnte, nach einem Aufsatze des** „Postarchivs", auch in diesem Jahre nur auf fünf Monate — Mai bis September — ausgedehnt werden, obgleich die Verlängerung desselben für einen großen Teil der Bevölkerung, z. B. den Weinbautreibenden, von großer Bedeutung ist. Ausnahmsweise sind die Wettertelegramme mit Rücksicht auf das Gordon-Bennet-Wettfliegen bis zum 12. d. M., und zwar täglich mehrmals, in der Ballonhalle des „Berliner Vereins für Luftschiffahrt" in Schmargendorf zum Aushange gelangt. Im Winter findet eine allgemeine Verbreitung und ein öffentlicher Anschlag dieser Telegramme nicht statt. Die Wetterdienststellen für die dem Wetterdienst in Norddeutschland angegliederten Gebietsteile arbeiten indes auch im Winter und so können die Wettervoraussagen in derselben Weise wie im Sommer weiterbezogen werden, trotzdem der Wetterdienst einen erheblichen Kostenaufwand verursacht. Die Vorhersagen werden, um einen Maßstab für ihre Treffsicherheit zu gewinnen, einer regelmäßigen Prüfung durch Vertrauensmänner unterzogen; diese „Prognosenkritiker" rekrutieren sich aus den Reihen der Inhaber örtlicher Beobachtungsstellen, der praktischen Landwirte usw. Sie erhalten die telegraphischen Wettervorhersagen unentgeltlich, soweit der Dienstbetrieb dies gestattet. Im abgelaufenen Jahre schwankte die Zahl der Treffer zwischen 64 und 85 Proz. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Meteorologie eine verhältnismäßig noch junge Wissenschaft ist und daß daher manche Wettererscheinungen in ihren letzten Ursachen und Wirkungen noch nicht erforscht sind. Obgleich also die ausgegebenen Vorhersagen vielfach nicht eingetroffen sind, wird doch erfreulicherweise der große Nutzen des öffentlichen Wetterdienstes, namentlich für die Landwirtschaft, fast allgemein anerkannt. In der Luftschifferwoche bildeten die Wettertelegramme eine wertvolle Ergänzung der eigenen Beobachtungen und Messungen.

**Der Kaiser als Erfinder.** Im „Berliner Tageblatt" lesen wir: Der Kaiser hat, wie eine Korrespondenz mitzuteilen weiß, jüngst eine technische Erfindung gemacht, die eine Neuerung auf dem Gebiet der Bremsvorrichtungen darstellt. Er hat sich schon früher mit diesem Kapitel der Verkehrstechnik sehr lebhaft beschäftigt. Durch das Hochbahnunglück, über das sich der Kaiser ausführlich Bericht erstatten ließ, wurde sein Interesse für diese Frage neuerdings wach gerufen. Es handelt sich um eine Achsenbremse, die den größtmöglichen Schutz gegen ein Versagen bilden soll, und die sich vorzüglich zur Anwendung bei Automobilen eignen soll. Eine Patentanmeldung ist bisher noch nicht erfolgt. Der Kaiser wird seine technischen Studien im Laboratorium des Geheimrats Professor Slaby auch in diesem Jahre fortsetzen.

Daß der Kaiser sich auch auf dem technischen Gebiete erfinderisch betätigt, war bisher noch nicht bekannt.

**Ein ordensgeschmückter Ritter.** Bürgermeister Dr. Reicke hat vom König von Schweden das Ritterkreuz des Wasa-Ordens am grünen Bande verliehen erhalten.

Für welche Verdienste mag Herr Dr. Reicke diesen Piepmatz bekommen haben?

**Die leidige Unsitte der Jugend,** hinter betrunkenen oder geistesschwachen Personen herzulaufen und diese zu hänseln und zu necken, hat in einem Falle, der sich am Dienstag in der Naunynstraße ereignete, zu bösen Folgen geführt. Ein Mann, der betrunken durch die Straße torkelte, wurde von einer großen Schar Kinder verfolgt, die allerlei Allotria mit ihm trieben, unter anderem ihm auch die Beinkleider zerrissen. In der Wut ergriff der Betrunkene einen Jungen und schüttelte ihn derb. Ein Kohlenhändler mischte sich ein und schleuderte den Mann auf den Boden, daß er eine klaffende Kopfwunde davontrug und mehrere Leute ihn nach der Unfallwache führten. Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre der Kohlenhändler von der empörten Menge gelyncht worden. Eltern und Lehrer können der Jugend nicht genug einschärfen, daß es eines anständigen, gesitteten Kindes unwürdig ist, erwachsene Personen, ganz gleich, in welchem Zustande sie sich befinden, zu hänseln.

### Grober Unfug.

**Das „Deutsche Blatt", oder wie es noch heißt die „Berliner Allgemeine Zeitung", fährt fort, in seiner Propaganda recht fragwürdige Mittel anzuwenden.** Zunächst wird dem Publikum die Zeitung eine Zeitlang probeweise zugestellt, und dann erhalten die von dem Blatt „beglückten" Personen folgende Karte:

Sehr geehrter Herr!

Hierdurch gestatten wir uns, darauf aufmerksam zu machen, daß nunmehr die probeweise Zusendung der „Berliner Allgemeinen Zeitung" („Das Deutsche Blatt") beendet wird. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Prüfung während dieser kostenlosen Probezustellung günstig ausgefallen ist und wir Sie nunmehr zu den ständigen Abonnenten der „Berliner Allgemeinen Zeitung" („Das Deutsche Blatt") zählen dürfen, in welcher Annahme die Uebermittelung vorläufig auch weiter erfolgen wird.

Hochachtungsvoll

„Berliner Allgemeine Zeitung" („Das Deutsche Blatt").

Wir haben schon vor längerer Zeit dieses geschäftliche Gebaren des Verlages gebührend gekennzeichnet. Wir haben dargelegt, daß es eine Dreistigkeit ohne gleichen ist, anzunehmen, daß der betreffende Gratisleser ohne weiteres Abonnent werden will, und in diesem Sinne das Blatt weiter zuzustellen. Das ficht aber den Verlag nicht weiter an. Dreist und gottesfürchtig behält er seine „Grundsätze" bei. Wir bemerken, daß in einer Nichtbeantwortung der Karte keine Zustimmung zu dem aufgedrängten Abonnement herauszudestillieren ist. Niemand hat eine Verpflichtung, „die Hoffnung" des Verlages auf Abonnement durch besondere Aeußerung noch extra zuschanden zu machen.

**Ein Wasserrohrbruch** hat gestern früh an der Ecke der Acker- und Bernauer Straße eine große Ueberschwemmung herbeigeführt. Gegen ½8 Uhr brach unter einem explosionsartigen Knall das Asphaltpflaster an dem Kreuzdamm auseinander und eine gewaltige Wassersäule schoß aus der Bruchstelle hervor und ergoß die Fluten durch die Bernauer- und Ackerstraße. Durch telephonische Verständigung der städtischen Wasserwerke war es ermöglicht, die Bruchstelle sofort zu sperren, ehe durch das ausströmende Wasser weiterer Schaden angerichtet wurde.

**Ins Wasser gegangen.** Im Wasser haben fünf Selbstmörder, deren Leichen gestern gelandet wurden, den Tod gesucht. Im Schiffahrtskanal in der Nähe des Weichselplatzes ertrank ein unbekannter Mann, der sich vor den Augen zahlreicher Passanten ins Wasser stürzte. — Am Gartenufer wurde der Leichnam eines etwa 50 Jahre alten Lebensmüden aus dem Kanal gezogen. Der unbekannte Tote wurde dem Schauhause überwiesen. — In der Oberspree bei Treptow hat ein zirka 40 Jahre alter Mann den Tod gesucht. Seine Leiche wurde gestern durch Spaziergänger entdeckt und ans Land geschafft. Es handelt sich um einen Mann von kräftiger Gestalt mit blondem Haar und Schnurrbart. — Aus dem Müggelsee wurden die Leichen zweier Selbstmörder gelandet. Auch in diesen beiden Fällen fehlt über die Personalien der Toten jeder Anhalt. Bei einer der Leichen fand man eine goldene Uhr, Wertsachen und eine höhere Geldsumme vor.

**Eisenbahnerlos.** Dem 36jährigen Rangierer Wilhelm Herke aus Friedrichsfelde, Luisenstr. 15, wurden gestern früh auf dem Rangierbahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde beim Rangieren beide Beine abgefahren. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhause in Rummelsburg gebracht. Sein Zustand ist hoffnungslos.

**Mit Bettelbriefen für die Arbeiterkolonien** läßt Pastor Bodelschwingh Berlin überschwemmen. Neben den Kolonien Hoffnungstal, Lobetal und Gnadental soll noch Neu-Gnadental erstehen. In den massenhaft in die Wohnungen getragenen Bettelschreiben wird um Gaben für Neu-Gnadental gebeten. Pastor Bodelschwingh hat die Erlaubnis, in Berlin Hauskollekten für diesen Zweck vorzunehmen. Der Herr Pastor sollte sich doch an die Kreise wenden, die nicht genug in Frömmigkeit machen können, und von ihnen die Mittel für seine „Hilfsaktionen" und „Gründungen" heischen. Halten diese Leute etwa zu sehr die Taschen zu, daß die gesamte Bevölkerung belästigt werden muß?

**Bibliothek und Lesehalle der Korporation der Kaufmannschaft** sind nach Beendigung der baulichen Veränderungen von Donnerstag, den 15. Oktober ab wieder von morgens 9 bis abends 10 Uhr ununterbrochen, Sonntags vormittags von 10 bis 1 Uhr geöffnet.

**Feuerwehrbericht.** Gestern abend wurde der 16. Zug nach der Fennstraße 21 alarmiert, wo in der Maschinenfabrik der Gebrüder Arndt Feuer ausgekommen war. Bei Ankunft der Feuerwehr brannten dort Regale, Tische, Vorräte von Papierhülsen, Sackleinewand und anderes in großer Ausdehnung, so daß die Feuerwehr mit mehreren Schlauchleitungen kräftig Wasser geben mußte, um eine weitere Ausdehnung zu verhüten. Gleichzeitig erfolgte ein Alarm nach der Soldiner Straße auf dem Gesundbrunnen. Grober Unfug war die Veranlassung. Der Täter ist entkommen. Etwas später brannte in der Landwehrstr. 34/35 Pech und anderes. Durch Kurzschluß geriet in der Flensburger Straße 1 die Isolation einer elektrischen Leitung in Brand. Der 8. Zug hatte in der Liegnitzer Straße 10 zu tun, wo Körbe mit Inhalt brannten. Außerdem liefen noch Feuermeldungen aus der Turmstr. 27 und anderen Stellen ein.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

#### Ueber die Arbeitslosenzählung

des Rixdorfer Magistrats, von der wir gestern kurz berichteten, sei noch etwas nachgetragen. Wie schon oft, so tritt auch bei dieser Frage die verwaltungstechnische Zerrissenheit Groß-Berlins aufs unangenehmste hervor. Der Arbeitsmarkt kann einfach nicht mehr von den verschiedenen Kommunen Groß-Berlins getrennt beurteilt werden, weshalb eine Statistik über die Arbeitslosigkeit nur dann Wert haben kann, wenn sie sich über Berlin und die Vororte erstreckt. Diese Tatsache sollte nun eigentlich die verschiedenen Magistrate veranlassen, gemeinsam und einheitlich in der Arbeitslosenzählung vorzugehen. Das ist leider nicht der Fall, sondern jede Gemeinde faßt die Sache nach eigener, meist von Sachkenntnis ungetrübter, aber mit desto größerer Bequemlichkeit ausgestatteter Methode an. Einen ganz besonderen Wurf darin hat der Magistrat in Rixdorf getan. Zunächst ist es verwunderlich, wie souverän sich der Magistrat über die Mithilfe der Stadtverordnetenversammlung sowohl als auch interessierter Faktoren der Bürgerschaft hinwegsetzt. Mit Windeseile stürzt man darüber her und will bereits am 15. Oktober die Zählung vornehmen. An sich ist ja nun gegen Beschleunigung solcher Dinge gewiß nichts einzuwenden; nur darf es nicht auf Kosten der Qualität geschehen, was hier der Fall ist. Schon die eigentümliche Bekanntgabe: ganze zwei Tage vorher erhält die Bürgerschaft durch eine gewöhnliche unscheinbare „Bekanntmachung" im „Rixdorfer Tageblatt" Kunde von einer so wichtigen Zählung. Es ist außer allem Zweifel, daß ein sehr großer Teil der Arbeitslosen infolge des Ortes der Bekanntmachung und durch deren Art in Unkenntnis bleiben wird. Weshalb die Zählung so überstürzt vier Wochen vor der in Berlin (am 17. November) geplanten stattfinden soll, ist nicht erkenntlich. Das schönste aber sind die in Aussicht genommenen Zähler. Der Rixdorfer Magistrat hat keine geeigneteren Leute dazu finden können als die Herren Hausbesitzer. In welchen Händen da die Arbeitslosenzählung liegt und mit welchem Eifer an dieselbe herangegangen wird, kann man ermessen an der Haltung der Hausbesitzervertreter in der Stadtverordnetenversammlung bei Beratung von Arbeiterfragen. Auch die Verbandstage der Hausagrarier, welche mit Regelmäßigkeit das Rückständigste in sozialen Dingen bringen, eröffnen einen Ausblick auf die Tätigkeit dieser Zähler. Wenn dann denselben nicht etwa zur Pflicht gemacht, ihr ganzes Haus ohne weiteres mit den Zählformularen zu belegen, sondern nur vom Magistrat gebeten wird, „die Formulare für die Arbeitslosenzählung in denjenigen Haushaltungen zu verteilen, wo Arbeitslose vorhanden sind", so kann ohne Uebertreibung gesagt werden, daß diese ganze Statistik lückenhaft und daher wertlos sein wird. Ganz abgesehen von dem bei gewissen bürgerlichen Elementen vorhandenen Bemühen, das Vorhandensein größerer Arbeitslosigkeit stets abzuleugnen, wird in vielen Fällen eine Familie deshalb kein Zählformular erhalten, weil der Hauseigentümer in Unkenntnis über vorhandene Arbeitslosigkeit in derselben war. Die in der Bekanntmachung enthaltene Aufforderung, in diesem Falle vom Rathaus Zählformulare zu holen, füllt die Lücke nicht aus, ist aber ein Beweis dafür, wie wenig der Magistrat selbst von der Gründlichkeit seiner Methode hält. Die Formulare selbst sind ebenfalls sehr mangelhaft. Nicht eine Zeile über den Wert und Zweck der Zählung; kein Hinweis auf die Pflicht der Ausfüllung des Fragebogens; kein Kennzeichen darauf, von welcher berufenen Behörde die Statistik ausgeht. So „einfach" und so leicht macht man sich in Rixdorf die Sache zurecht und operiert dann in der Oeffentlichkeit mit solcherart zustande gekommenem Material, das auch nicht die Spur von Zuverlässigkeit und Vollständigkeit in Anspruch nehmen kann.

### Wilmersdorf.

**Entlassung von Gemeindearbeitern.** Berechtigtes Aufsehen erregt es unter der Arbeiterschaft von Wilmersdorf, daß bei der letzten Lohnzahlung zehn Straßenarbeiter unerwartet ihre Entlassung erhielten. Unerwartet kam diese Maßregel, weil durch sie keineswegs nur die im Dienst jüngsten, sondern zum guten Teil auch ältere Arbeiter betroffen wurden, die bereits zwei bis drei Jahre bei der Gemeinde in Dienst standen. Diese Leute waren entweder eben in eine höhere Lohnstufe aufgerückt oder standen kurz vor einer Lohnerhöhung; motiviert wurde die Entlassung in der Oeffentlichkeit damit, daß im Etat keine Mittel mehr für eine Beschäftigung von Arbeitern in dem bisherigen Umfange vorhanden wären. Trifft diese Begründung wirklich zu, dann läge darin ein charakteristisches Merkmal für die Stellung, die man einer sozialistenfreien Kommunalvertretung gegenüber einnehmen zu können glaubt. Ein Ort wie Wilmersdorf, der sich von Jahr zu Jahr mit fast amerikanischer Schnelligkeit vergrößert, sollte eine ständige Vermehrung seiner Arbeitskräfte ins Auge fassen und nicht aus Gründen, die geradezu krähwinkelhaft anmuten, kurz vor Beginn des Winters Arbeiter auf die Straße setzen. Vielleicht aber trägt dieser Vorfall endlich zur Aufklärung der städtischen Arbeiter in Wilmersdorf bei. Bisher hielten sie es in ihrer großen Mehrzahl nicht für notwendig, sich dem Gemeindearbeiterverbande anzuschließen, der mit Energie die Interessen seiner Mitglieder wahrnimmt und ihnen im Falle der Entlassung Arbeitslosenunterstützung zahlt. Auch hatten die Wilmersdorfer Gemeindearbeiter bis dahin nicht den Mut, bei den Gemeindewahlen sozialdemokratisch zu stimmen; ja zum Teil trugen sie durch ihr Stimmengewicht sogar zur Wahl reaktionärer Stadtverordneter bei. Und das, obwohl ihnen sehr wohl bekannt ist, daß es seinerzeit die sozialdemokratischen Gemeindeverordneten waren, die sich mit besonderem Nachdruck ihrer Interessen annahmen. Es bleibt abzuwarten, ob der hier mitgeteilte Vorfall dazu beiträgt, daß auch unter den Wilmersdorfer Gemeindearbeitern endlich die Erkenntnis einkehrt, die unter ihren Kameraden in Berlin und den meisten Vororten sich schon längst Bahn gebrochen hat.

### Lankwitz.

#### Amtliche Berichterstattung.

In unserer gestrigen Nummer brachten wir die Mitteilung, daß die Klage unserer im März zur Gemeindevertretung gewählten Genossen Theurig und Radicke vom Kreisausschuß zurückgewiesen worden ist. Diese Notiz entspricht nicht den Tatsachen, vielmehr ist der Klage der beiden Genossen stattgegeben worden und der Kreisausschuß hat die Wahlen für gültig erklärt. Wir hatten die in unserer gestrigen Notiz mitgeteilten Tatsachen dem Bericht des amtlichen „Kreisblattes für Teltow-Beeskow" entnommen. Der Bericht spricht ausdrücklich davon, daß die Klage der beiden Genossen gegen die Gemeindevertretung kostenpflichtig abgewiesen worden ist.

Trotzdem wir die Landratspresse nicht gerade hoch einschätzen, glaubten wir bisher aber doch, daß wenigstens die amtlichen Verhandlungen korrekt wiedergegeben werden. An dem vorliegenden Fall ersehen wir, daß wir die Landratspresse immer noch überschätzt hatten. —

**In der letzten Gemeindevertretersitzung** wurde zur Kenntnis gegeben, daß die Zinsen der Staubenrauch-Stiftung in Höhe von 31 000 M. zur Gewährung von Stipendien für die Ausbildung von Söhnen und Töchtern hiesiger Einwohner sowie zur Ausbildung talentierter Mitbürger benutzt werden sollen. Für den Bau des Realgymnasiums, welcher mit 500 000 M. veranschlagt war, wurden Mehrforderungen in Höhe von 55 000 M. glatt bewilligt. Die leise Kritik der außerordentlichen Ueberschreitung, die ein Gemeindevertreter vorbrachte, erregte schon bei den Gemeindemachthabern allgemeines Mißfallen. Vielleicht wird man noch etwas mehr verwundert sein, wenn unsere bisher ausgesperrten Gemeindevertreter in Zukunft an den Sitzungen teilnehmen. Der Vorsteher gab noch bekannt, daß seitens des Kreisausschusses der Klage der Genossen Theurig und Radicke stattgegeben worden ist. In einer nichtöffentlichen Sitzung wurden dann noch mehrere Punkte der Tagesordnung erledigt.

### Lichtenberg.

**Die zurzeit herrschende Krise** und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit gab unseren parteigenössischen Stadtverordneten in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Veranlassung, den Magistrat durch eine Interpellation zu befragen, ob und welche Vorsorge zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit getroffen sei resp. was nach der Richtung geschehen soll, und zwar a) wie und in welchem Umfange Arbeitsgelegenheit geschaffen werden soll, b) ob bereits der Magistrat der Frage der kommunalen Arbeitslosenversicherung nähergetreten ist.

Der erste Bürgermeister erklärte sich zur Beantwortung der Fragen bereit. Stadtv. Brühl (Soz.) begründet die Anfrage an der Hand eines reichhaltigen Materials in eingehender Weise und verweist auf die beschämende Tatsache, daß die Gemeinde noch Arbeiter beschäftigt, die 365 Schichten im Jahre arbeiten müssen. Während die städtischen Arbeiter noch einen 12stündigen Arbeitstag haben, glaubt es die Leitung der städtischen Werke verantworten zu können, in den letzten Wochen zirka 80 Arbeiter, die

zum Teil jahrelang zur Zufriedenheit der Gemeinde gearbeitet haben, kurzerhand aufs Pflaster zu setzen. Der erste Bürgermeister meint in seiner Beantwortung der Interpellation, daß nicht 80, sondern 18 Arbeiter entlassen seien, und zwar, weil — keine Beschäftigung vorhanden sei. Was solle der Magistrat tun? Gewiß wäre es möglich, eine kleinere Zahl Bauarbeiter zu beschäftigen, denn die Stadt müsse in der nächsten Zeit mit dem Bau einer höheren Mädchenschule, eines Gymnasiums, einer Gemeindeschule, eines Krankenhauses usw. rechnen. Auch das große Entwässerungsprojekt müsse in Angriff genommen werden, ebenso die Regulierung des großen Dottischen Geländes. Auch die Einrichtung des 100 Morgen großen Friedhofes bei Marzahn dränge. Aber alle diese Projekte könnten nicht vor dem nächsten Frühjahr in Angriff genommen werden. Wenn auch nun für Bauarbeiter vielleicht Beschäftigung vorhanden sei, was solle nun aber für die Nicht-Bauarbeiter getan werden? Gewiß sei die Arbeitslosigkeit nicht zu bestreiten, aber —! Zur Frage der Arbeitslosenversicherung, meint der Redner, daß auf diesem Gebiete noch alle Erfahrungen fehlen. Die Frage sei erst neueren Datums und man müßte eine abwartende Stellung einnehmen. Die vom Stadtverordneten Brühl angeregte Arbeitslosenzählung habe den Magistrat noch nicht beschäftigt, werde aber geprüft werden. Mit dieser Erklärung war das ganze soziale Programm des Magistrats erschöpft. Die Genossen Düwell und Grauer sprachen sich gleichfalls im Sinne des Interpellanten aus, aber es schien, als ob die Redner zu einer ganz anderen Welt sprächen. Nicht ein einziger der bürgerlichen Vertreter rührte sich. Geradezu hilflos und ohne Verständnis hörten sie die wuchtigen Anklagen unserer Genossen schweigend an.

Eine andere Interpellation unserer Genossen befragte den Magistrat über den Stand der Vorlage eines Ortsstatuts betreffend die Wertzuwachssteuer. Bereits am 3. März hatte die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag unserer Genossen den Magistrat um Vorlage eines Ortsstatuts ersucht. Genosse Düwell begründete die Interpellation. Auch hier zeigte sich die Verständnislosigkeit der bürgerlichen Vertreter für die Interessen der Bevölkerung. Der Magistrat ließ durch den Herrn Beigeordneten erklären, daß der Entwurf durch die Steuerdeputation vorbereitet sei und den Magistrat noch in dieser Woche beschäftigen werde.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Tagesordnung betraf einen Antrag unserer Genossen auf Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiter. Die durchschlagenden Gründe, die Genosse Spiekermann anführen konnte, fanden ihre Anerkennung in der einstimmigen Annahme des Antrages durch die Stadtverordnetenversammlung. Der Stadtverordnete Rechtsanwalt Schachtel versuchte in der Debatte die mit einem Einkommen von üb. 2000 M. Beglückten von der Versicherung auszuschließen. Die Versammlung lehnte aber vernünftigerweise den Antrag ab.

### Groß-Lichterfelde.

**Die Erhöhung der Kirchensteuern** veranlaßt viele, die bereits auf Grund ihrer Ueberzeugung mit den kirchlichen Lehren gebrochen haben, diese Auffassung durch ihren Austritt aus der Landeskirche zu dokumentieren. Für unseren Ort haben sich die Genossen Wenzel, Krummestr. 2 I, und Prints, Dürerstr. 42, bereiterklärt, Auskunft und Rat in Austrittsangelegenheiten zu erteilen. Bei diesen Genossen sind auch die Austrittsformulare zu haben. Auch diejenigen, die Auskunft über die Aufnahme in den preußischen Staatsverband haben wollen, können sich bei den Vorgenannten Rat holen.

### Ober-Schöneweide.

**In der Angelegenheit des von seinen Aemtern suspendierten Amts- und Gemeindevorstehers Eckardt** ist, wie wir hören, in der ersten Instanz auf Dienstentlassung erkannt worden. Bezeichnend ist es, daß der Gemeinde als Nächstbeteiligten eine offizielle Mitteilung nicht zugeht. Es ist dies eine kaum zu verstehende Nichtachtung seitens der Aufsichtsinstanzen einer Gemeinde gegenüber und ein schöner Beitrag zur Frage der Selbstverwaltung.

### Birkenwerder.

**Auf zur Wahl!**

Zu der zwischen unserem Genossen Milke und dem „Patrioten" Artur Schulz notwendig gewordenen Stichwahl hat der Wahlvorstand die Wähler der dritten Abteilung zu heute, Donnerstag, den 15. Oktober, abends 6 Uhr nach dem hiesigen Gesellschaftshause eingeladen. Es ist wieder, wie schon bei der Hauptwahl die bei den Landtagswahlen übliche, bei Gemeindevertreterwahlen sehr ungewöhnliche Terminwahl angeordnet. Warum heißt es nicht einfach: „Die dritte Abteilung wählt von 6—8 Uhr abends?" Die Genossen werden gut tun, recht pünktlich zur Stelle zu sein, denn die Gegner haben eine scharfe Kleinagitation entfaltet. Bekannte Ortsgrößen bemühen sich höchstselbst, in den Wohnungen solcher säumigen Wähler, von denen sie annehmen dürfen, daß sie noch für ihre Zwecke zu gewinnen sind. So mancher von den vielen Schwankenden wird wohl von ihnen vor den Wahltisch geschleppt werden. Demgegenüber hilft nur geschlossenes Zusammenhalten. Wenn jeder seine Pflicht tut, erhält unser bisher einziger Vertreter im Ortsparlament, unser Genosse Pieper, am Donnerstagabend willkommenen Zuzug.

### Britz.

**In einer von etwa 350 Männern und Frauen** besuchten öffentlichen Versammlung am letzten Sonntag sprach Genosse Fritz Zubeil über: „Die Kriegshetze und die Mehrbelastung des arbeitenden Volkes". Eine Diskussion zu dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Unter Verschiedenem forderte Genosse Beuthmann die Versammelten zum regen Besuch des Herbstfestes am 24. Oktober, sowie des Lichtbildervortrages: „Eine Reise durch Rußland" am 21. November d. J. auf. Mit einem Appell zum Anschluß an den Wahlverein, wurde die Versammlung geschlossen.

### Grünau.

**In einer öffentlichen Versammlung im Lokale des Herrn** Duchaufour hielt am Sonntag Genosse Heinig einen hochinteressanten Vortrag über das Thema: „Unser wirtschaftlicher Niedergang und seine Ursachen". In leichtverständlicher Weise zeigte der Redner die ganze Widersinnigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Genosse Steinigk forderte sodann die Grünauer Frauen auf, sich nunmehr ebenfalls mehr als bisher am politischen Leben zu beteiligen und sich dem Wahlverein anzuschließen.

### Bruchmühle.

**In einer öffentlichen Versammlung,** die am letzten Sonntag stattfand, sprach Genosse Spiekermann-Lichtenberg über das Thema: „Was wird die nächste Reichstagssession den Arbeitern bringen?". Leider war die Versammlung schwach besucht. In der Diskussion brachte u. a. ein Genosse aus Bruchmühle seine Beschwerden darüber vor, daß ein Mitglied des Bezirkswahlvereins den Bruchmühler Antrag auf Errichtung einer Zeitungsspedition abgelehnt hatte.

### Spandau.

**Staatliche Musterinstitute** sollen bekanntlich nach einem Ausspruch von hochgestellter Seite die Staatswerkstätten sein. Auch Spandau hat eine ganze Anzahl solcher staatlicher „Musterinstitute". Wie es darin zugeht, ist ja verschiedentlich im Reichstage und auch im „Vorwärts" besprochen worden. Von einem Koalitionsrecht der Arbeiter, das ihnen gesetzlich gewährleistet ist, weiß man in diesen Musterinstituten nichts. Eifrig wird darüber gewacht, daß jedes Unterfangen der Arbeiter nach einem etwas freiheitlichen Zusammenschluß sofort im Keime erstickt wird. Derartige Arbeiter werden sofort ohne Angabe eines Grundes auf das Pflaster geworfen. Die Staatswerkstätten haben auch einen Arbeitsnachweis. Wenn einer derjenigen, die sich dort haben eintragen lassen, nach langem Warten schriftlich Bescheid erhält, daß er sich behufs Arbeit bei einem bekanntgegebenen staatlichen Institut melden soll, dann liegt diesem Bescheide ein Zettel mit folgendem Inhalt bei:

„Von der Einstellung sind Personen ausgeschlossen, die sozialdemokratischen oder sonstigen staatsfeindlichen Bestrebungen Vorschub leisten, oder von denen vorauszusetzen ist, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder der Arbeiter untereinander stören wollen."

Also genau wie zur Zeit des Sozialistengesetzes seligen Angedenkens. Als seiner Zeit die Vorstandsmitglieder des Vereins der Arbeiter und Arbeiterinnen der königlichen Institute eine öffentliche Versammlung anberaumt hatten, zu welcher allerdings nur Arbeiter der Staatswerkstätten eingeladen waren und in dieser Versammlung auf Beschluß der Anwesenden auch der Genosse Dr. Karl Liebknecht zu Worte kam, da hatten die Vorstandsmitglieder sozialdemokratischen Bestrebungen Vorschub geleistet und wurden entlassen. Als dieser Verein sich dann gemausert und zu dem geworden war, was er jetzt noch ist, nämlich ein untertänig gehorsamer königlicher Verein der Arbeiter der Staatswerkstätten, natürlich ein Pflänzlein im Verborgenen, und er veranstaltete wieder eine öffentliche Versammlung, zu welcher der Reichstagsabgeordnete Pauli-Potsdam und der Landtagsabgeordnete Lüdicke, beide konservativer Richtung, geladen waren und auch sprachen, da hörte man nichts von Entlassung des Vorstandes, im Gegenteil, der Vorstand erfreut sich der Sympathie der Direktionen. So sieht es in den Musterinstituten aus. Da diese Staatswerkstätten nur durch die Steuerzahler erhalten werden, so wäre es doch auch gerechtfertigt, wenn man die Sozialdemokraten, die man in den Instituten nicht beschäftigen will, auch von der Steuerzahlung entbinden würde. Vielleicht macht der Staat einmal die Probe, er würde sich dann aber wohl sehr verwundern, wieviel Sozialdemokraten vorhanden sind.

**Der hiesige Bildungsausschuß hat sich konstituiert.** Die Adresse des Obmannes ist Friedrich Fink, Jagowstr. 14, des Kassierers Alfred Manker, Weißenburger Straße 26; sämtliche Zuschriften sind an den Obmann zu richten. Gleichzeitig weisen wir auf den am 24. Oktober bei F. Böhle, Havelstr. 20, stattfindenden Einleitungsabend hin und ersuchen, denselben recht zahlreich zu besuchen.

## Gerichts-Zeitung.

**Ein ärztlicher Kunstfehler.**

**Vom Landgericht Graudenz** ist am 8. Mai der praktische Arzt Dr. Friedrich v. Grumbkow wegen fahrlässiger Tötung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Von der Anklage der Abtreibung ist er freigesprochen worden. Auch der Mitangeklagte Paul Lowius ist freigesprochen worden. Dieser hatte mit der P. ein Verhältnis. Aus einem bestimmten Grunde ging sie zu Dr. v. G., der eine Auskratzung der Gebärmutter für notwendig erklärte. Er begann die Operation mit nicht ausreichend gereinigten Händen. Außerdem versah er sich und zog statt der Gebärmutter eine Darmschlinge heraus. Als er sah, was es war, warf er alles hin und holte einen anderen Arzt. Das Mädchen wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo eine sehr schwierige Operation mit Bauchschnitt vorgenommen wurde. Drei Tage später starb das Mädchen. Verursacht ist nach den Feststellungen des Gerichts der Tod dadurch, daß der Angeklagte beim Anstoßen an die Wände der nicht gereinigten Scheide seine Instrumente beschmutzt und dadurch Keime in die Bauchhöhle gebracht hat. Als fahrlässig war, so heißt es im Urteile, die Art anzusehen, wie der Angeklagte die Auskratzung vornahm. Allerdings mag zu seiner Studienzeit die Operation noch so ausgeführt worden sein, wie er es getan hat. Er hätte sich aber über die Fortschritte der Wissenschaft auf dem Laufenden erhalten müssen. Er hat die Operation selbst nicht als solche angesehen, die ohne Verzug ausgeführt werden mußte. Da am Orte ein Frauenarzt ist, hatte er gar nicht nötig, die Operation selbst auszuführen. Die Unterlassung der Weiterbildung, der Gebrauch der veralteten und gefährlichen Instrumente und die Art ihrer Anwendung sind Kausal für die Infektion der Bauchhöhle. — In seiner Revision behauptete der Angeklagte, die festgestellten Tatsachen genügten nicht zu seiner Ueberführung. Ein Kunstfehler sei nicht erwiesen und genüge auch nicht zur Anwendung des Gesetzes. Kausalität liege nicht vor. — Das Reichsgericht erkannte am Dienstag mit Rücksicht auf die ausreichenden Feststellungen auf Verwerfung der Revision.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.**

**A. W. 18.** Die Reklamation aus dem von Ihnen angeführten Grund kann Erfolg haben. — **G. B. W. 111.** Das Kanalbauamt in Oranienburg. — **H. S. 28.** Uns nicht bekannt. — **J. K. 100.** 1. Liegt kein Testament vor, so sind die Witwe und alle Kinder (also auch Ihre Stiefgeschwister) erbberechtigt. Die Witwe erhält ein Viertel, die Kinder drei Viertel des Nachlasses. 2. Ja. — **P. Sch. 115.** Eine Klage gegen den Mieter hätte kaum Aussicht auf Erfolg, vielleicht eine gegen den Wirt auf Beseitigung der Ruhestörung. Zuständig wäre das Amtsgericht. — **M. H. 12.** Wenn das Testament datiert, eigenhändig geschrieben und unterschrieben ist, ist es ohne weitere Formen gültig. — **H. N. 29.** 1. Da Sie im Jahre 1907 ausgetreten sind, haben Sie nur bis Ende 1908 Kirchensteuer zu zahlen. Reklamieren Sie gegen die Veranlagung bis 31. 3. 09 unter Angabe, wann und bei welchem Gericht Sie ausgetreten sind. 2. Nein. 3. Ja. — **B. L. 100.** Eine Klage hätte Aussicht auf Erfolg. Ihre Frau können Sie als Zeugin für die Briefabsendung angeben. — **K. 5.** Der Betreffende hat kein Recht auf Rückforderung. — **J. T. 31.** Sie haben nur die auf die Zeit bis zum 31. Dezember 1908 entfallende Rate der Kirchensteuer zu bezahlen. In der Reklamation teilen Sie mit, wann und bei welchem Gericht Sie ausgetreten sind. — **K.** Nein. — **Schenck 302.** Nach dem von Ihnen mitgeteilten Statuteninhalt würden Sie Anspruch auf Gewinne vom 21. Oktober ab nicht mehr haben. — **W. J. 100.** 1. Ja. 2. Es müßte gearbeitet werden. — **K. S. 15.** 1. Wiederholen Sie die Anfrage unter Ergänzung nach folgenden Richtungen: Als was war der Betreffende in Stellung? (als Handlungsgehilfe? Gewerbegehilfe?) Was war über die Kündigungsfrist vereinbart? Welchen Zeitpunkt gibt das Entlassungsschreiben als Beendigung des Arbeitsverhältnisses an? 2. Der Betreffende müßte, um seine Ansprüche zu behalten, freiwilliges Mitglied der Kaufmannskasse durch Selbstzahlung der Beiträge werden. — **L. 100.** Die Angaben darüber, wieviel Münzen ausgeprägt sind, finden Sie im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich", Jahrgang 1908, S. 229. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus.

**Witterungsübersicht vom 14. Oktober 1908, morgens 8 Uhr.**

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Swinemde. | 767 | OSO | 3 | Nebel | 8 | Haparanda | 762 | WNW | 2 | halb bd. | 3 |
| Hamburg | 766 | SSO | 2 | Nebel | 8 | Petersburg | 766 | W | 2 | bedeckt | 9 |
| Berlin | 767 | SO | 1 | wolkenl | 8 | Scilly | 760 | OSO | 3 | bedeckt | 14 |
| Frankf. a. M. | 767 | O | 1 | Nebel | 10 | Aberdeen | 761 | S | 2 | Nebel | 11 |
| München | 767 | SW | 3 | wolkig | 8 | Paris | 764 | Still | | Nebel | 8 |
| Wien | 769 | SW | 1 | Dunst | 9 | | | | | | |

**Wetterprognose für Donnerstag, den 15. Oktober 1908.**

Zeitweise neblig, sonst meist heiter und trocken, am Tage warm bei schwachen südöstlichen Winden.


**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die prachtvollen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und treusorgenden Vaters, des Stukkateurs

**Paul Albrecht**

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 21986

**Frau Elsbeth Albrecht nebst Eltern.**

**Möbel Schulz**

Reichenberger Str. 5.

Gediegene Arbeit.

Aeußerst billige Preise.

Auch 4501L*

**Ratenzahlung.**

**Bauhandwerker-Krankenkasse**

**für Berlin und Umgegend.**

(E. H. 118.)

Die Zahlstelle Südosten befindet sich vom 17. Oktober 1908 ab

**Am Lausitzer Platz Nr. 8**

bei **Hahn.**

Zahlabend: Jeden Sonnabendabend von 8—10 Uhr.

**Der Vorstand.**

38/6 **J. A.: Heinrich Metzke.**

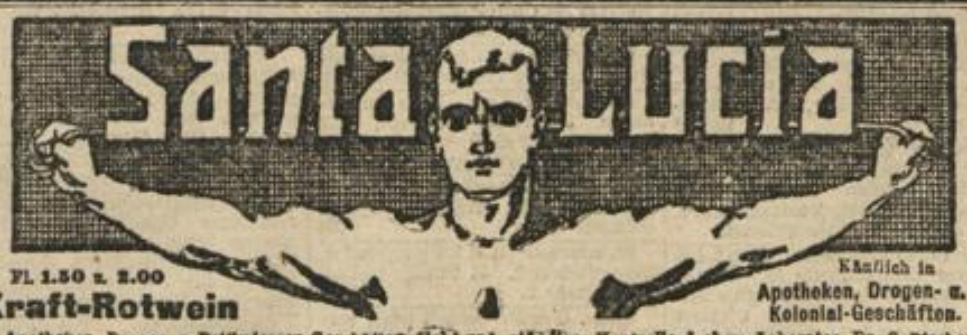
**Reste!**

Damentuche, schwarz und farbig. Costumes-Stoffe (neueste Muster, zu jeder Saison), Astrachan, Krimmer, Wollplüsch, Seidenplüsch, Velours du Nord, Sammet, Seide, Velvet etc. 4147L*

**Confektion**

Paletots, Jacketts, Costumes und Costumesröcke in großer Auswahl.

**C. Pelz,** Kottbuser Straße **5.**




Fl. 1.50 u. 2.00

**Kraft-Rotwein**

Käuflich in Apotheken, Drogen- u. Kolonial-Geschäften.

In Apotheken, Drogen- u. Delikatessen-Geschäften steht unt. ständiger Kontrolle d. chem. Laborator. Dr. C. Bischoff.

**Entzückend**

ist ein zartes, reines Gesicht, rosiges, blendend schöner jugendfrisches Aussehen, weisse, sammtweiche Haut und Teint. Alles dies erzeugt die echte

**Steckenpferd-Lilienmilch-Seife**

von Bergmann & Co., Radebeul. à Stück 50 Pfg. in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.

**Nauen.**

**Zur gefälligen Beachtung!**

Den geehrten Gewerkschaften und Vereinen von Nauen und Umgegend zur gefälligen Kenntnisnahme, daß mein Lokal seit dem 1. Oktober d. J. nicht mehr „Schützenhaus", sondern

**„Volksgarten"**

heißt. — Indem ich mich in empfehlende Erinnerung bringe, zeichne hochachtungsvoll

**Oskar Kumke,**

Chausseestr. 55.

**Pianino,** Hoflieferant, um jeden Preis sofort zu verkaufen. Französischestr. 15 I rechts.

**J. Baer**

Badstr. 26, Ecke Prinz.-Allee

Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Joppen u. Paletots

Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß.

Allerbilligste, streng feste Preise.

**Für 10 Pfennig**

können Sie sich 24 Tassen wohlschmeckenden und gesunden Kathreiners Malzkaffee machen!

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987.

**Heute Donnerstag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr:**

## Versammlung

aller in der

**Gold- u. Silberwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen**

**in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97.**

Tages-Ordnung: 1. **„Die Antwort der Arbeitgeber und unsere weitere Stellungnahme."** Referent: Kollege Handke. 2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! In dieser Versammlung wird Ihnen die Antwort der Arbeitgeber auf unseren letzten Vorschlag mitgeteilt werden. Da es notwendig ist, daß Sie zu dieser Angelegenheit endgültig Stellung nehmen, ist es Pflicht eines jeden von Ihnen, in dieser Versammlung zu erscheinen, als auch für einen guten Besuch der Versammlung zu agitieren. Niemand darf fehlen, alle müssen zur Stelle sein.

128/9 **Die Ortsverwaltung.**

## Stukkateure!

Laut geltendem Tarifvertrag regelt sich die Arbeitszeit in den Wintermonaten auf Bauten wie folgt:

Vom 15. Oktober bis 15. November Anfang 7½ Uhr, Frühstück 9 bis 9½ Uhr, Mittag 12—12½ Uhr, Feierabend 4½ Uhr, tägliche Arbeitszeit 8 Stunden.

Vom 16. November bis 15. Januar Anfang 8 Uhr, Frühstück 9 bis 9½ Uhr, Mittag 12—12½ Uhr. Feierabend 4 Uhr, tägliche Arbeitszeit 7 Stunden.

Vom 16. Januar bis 15. Februar Anfang 7½ Uhr, Frühstück 9 bis 9½ Uhr, Mittag 12—12½ Uhr, Feierabend 4½ Uhr, tägliche Arbeitszeit 8 Stunden.

Wir erwarten, daß angesichts der großen Arbeitslosigkeit diese Abmachungen unbedingt eingehalten werden. 174/1*

**Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure.**

# Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Sonnabend, den 17. Oktober, abends 8½ Uhr:

## Herbst-Fest

im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

**Konzert und Ball.**

Mitwirkende: Quartett-Vereinigung der Bildhauer (Leitung: Herr Musikdirektor W. Klinko); Rezitationen (Herr Fritz Richard.)

Gäste willkommen. Eintritt inkl. Tanz pro Person 75 Pf.

Billetts im Bureau, Engelufer 15 und im Restaurant, in den Zahlstellen und bei Koll. Weiland, Schöneberg. Maxstr. 7 IV,

**Sonnabend, den 17. Oktober 1908, 3 Uhr nachmittags:** Eröffnung des [21975*

## Vitascope-Theaters

**Rixdorf, Rollkrug, Berliner Straße 1.**

Vornehmstes Theater Deutschlands. 500 bequeme, eleg. Sitze, Logen u. Galerie.

**Hochinteressante Vorführung.**

Am Eröffnungstage erhält jeder Besucher ein Präsent im Werte von Drei Mark. **Bioscope-Theater-Gesellschaft** m. b. H.

**Ein Saal** { für 400—800 Personen } **Totensonntag**
**Ein Saal** { für 300—500 Personen } **Bußtag** 2122b

frei geworden.

**Neue Arminhallen,** Kommandantenstr. 58/59. Amt IV, 10155.

## Solinger Stahlwaren

empfehle **in größter Auswahl.**

Tischbestecke, Löffel, Tranchier-, Hack- u. Wiegemesser, Scheren, Haarschneide-Maschinen, Taschen- und Rasiermesser. *

Nickel-Service, Aluminiumgeschirre, Wagen, Haushaltungsmaschinen, Tablette, Kassetten, Revolver, Teschings, Luftbüchsen, Munition, Schlittschuhe usw.

**Wilhelm Dietz,** Solinger Stahlwaren, **Brunnenstraße 5,** am Rosenthaler Tor.

## Orts-Krankenkasse

für

## Ober-Schöneweide

Die Ersatzwahl der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer findet am **Dienstag, den 27. Oktober 1908** im Restaurant **Warnecke,** Wilhelminenhofstr. 18 statt.

Die Wahl der Vertreter der **Arbeitnehmer** findet von **2 bis 7 Uhr** nachmittags statt. Zu wählen sind **24** Vertreter. Die Wahl findet in ungeteilter Wahlversammlung statt.

Die Vertreter der **Arbeitgeber** werden von diesen ebenfalls in ungeteilter Wahlversammlung von **7 bis 8 Uhr abends** gewählt. Zu wählen sind **9** Vertreter.

Die Wahl geschieht mittels Stimmzettel aus weißem Papier und sind so viel Namen aufzuschreiben, als Vertreter zu wählen sind.

Wahlberechtigt und wählbar ist jedes großjährige und sich im Besitze der Ehrenrechte befindliche Mitglied. Als Legitimation ist Krankenbuch oder Karte mitzubringen und bei der Wahl vorzulegen. 277/7

Ober-Schöneweide, 12. Oktober 1908.

**Der Vorstand.**

R. Schwarzenburger, Vorsitzender. H. Rodenbusch, Schriftführer.

## Fahrräder-
## Motorräder-Lager

Reparatur-Werkstatt. Sämtliche Zubehörteile.

Billigste Preise. III, 3603.

**Arthur Berger,** Danziger Str. 15. *

## Gardinen-Spezialhaus

## Emil Lefèvre

**Berlin, Oranienstr. 158**

## Riesen-Auswahl!

Abgepaßte Fenster = 2 Flügel à Fenster 2,50, 3,35, 4,85—150 M.

Ganze Stücke = 22 Meter Länge à Stück 9,50—11, 16—48 M.

Gardinen, Portieren, Stores, Vitragen, Tüllbettdecken usw.

Einzelne Fenster spottbillig!

**Pracht-Katalog** mit ca. 600 Abbildungen **gratis** und **franko.**

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

**Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz, 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

## Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. E. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

**Jedes Wort 10 Pfennig.**

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN** für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Teppiche** mit Farbenfehlern, spottbillig, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. Vorwärtslesern 6 Prozent Rabatt. *

**Steppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. 2159b*

**Gardinenreste,** 2—4 Fenster, Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. 2160b*

**Bücher** des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 75 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

**Steppdecken** spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 2993K*

**Installateure** und Händler kaufen Bronzegaskronen, Zugampeln, Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner allerbilligst Großhandlung Alte Jakobstraße 125. Geschäftsleuten Engrosrabatt. 1004K*

**Monatsgarderobenhaus** Andreasstraße 54. Elegante Monatsanzüge, Winterpaletots, einzelne Beinkleider, wenig getragen, für jede Figur passend, sowie elegante neue Herren- und Knabengarderobe zu sehr billigen Preisen. Bitte beachten: nur Andreasstraße 54, zweites Haus von der Markthalle. 1212K*

**Teppiche!** (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

**Gaskronen,** Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

**Pfandleihhaus,** Prinzenstraße 86. Staunendbillige Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Spottbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Großartige Aussteuerwäsche! Wunderbare Gardinen! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichauswahl! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Freischwinger! Schmucksachen. Bis neun geöffnet. *

**Spezialkarte** von Buckow, 75 Pf. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

**Milch,** Liter 0,18. Weddinghalle, Stand 201. 8/1*

**Federbetten** spottbillig. Michel, Schöneberg, Hohenfriedbergstraße 20.

**Drehrollen** (Teilzahlung) Berlinea. Drehrollen-Fabrik, Watzmannstraße neunundzwanzig. 1287K*

**Kinderwagen,** Sportwagen, gebrauchte. Andreasstraße 53. 1234K*

**Metallbetten,** Kinder, Erwachsene 7,00. Andreasstraße 53. 1233K*

**Warenverkauf!** Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Großberlins Einkaufsvorteil! Staunendbilligste Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Riesenauswahl Winterpaletots! Sommerpaletots! Herrenhosen! Enormbilliger Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Wäscheverkauf! Brautgeschenke! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Wanduhren! Steppdecken! Plüschtischdecken! Nähmaschinen! „Anerkannt allererste Billigkeit"! Hermannplatz 6. Sonntags geöffnet. †105

**Steppdecken,** Wollatlas und Similiseide 3.25, 3.85, 4.35, 5.00, 5.75. *

**Portieren,** Violettatuch, 2 Shawls, 1 Lambrequin in allen Farben 3.25, 3.85, 4.75, 5.50, 6.75. Große Frankfurterstraße 125. 1322K*

**Plüsch-** und **Tuchtischdecken** mit kleinen Stickfehlern. Riesenauswahl. 1.65, 1.95, 2.50, 3.50, 4.85, 6.50, 7.25.

**Tüllbettdecken** in weiß und creme 1.95, 2.25, 2.75, 3.25, 4.50. 1324K*

**Englische** Tüllgardinen, Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 1325K*

**Abgepaßte** Gardinen und Stores 1.65, 2.25, 2.85, 3.65, 4.35, 5.25. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1326K*

**Teppiche,** Riesenauswahl, mit kleinen Webefehlern 3.15, 3.85, 4.65, 5.85, 6.60, 7.50. 1327K*

**Extraangebot!** Salon- und Wohnzimmer-Teppiche, Fabrikmuster, jetzt mit 20 Prozent Rabatt. 1328K*

**Läuferreste** in allen Breiten und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis.

**Möbelstoffe,** Reste in Wolle und Plüsch in allen Farben. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1330K*

**Pfandleihhaus,** Weidenweg 19. Spottbilligster verfallener Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Steppdecken, Portieren, Taschenuhren, Schmucksachen, Aussteuerwäsche, Teppichverkauf, Bettinlette, Garderoben, Verschiedenes spottbillig. 1136K*

**Milchgeschäftseinrichtungen,** Milchkübel, -Kannen, -Maße, Milchsiebe, Wiegeschalen, Buttermaschinen usw. billigst Jordan, Michaelkirchstraße 21. 1095K*

**Anzüge,** Paletots nach Maß. Aus 1a Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Voß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

**Bekanntmachung.** Humboldtleihhaus Brunnenstraße 58, Schauß Stralsunderstraße. Spottbilligster Verkauf verfallener Pfänder. Elegante Winterpaletots, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, riesengroßer Bettenverkauf, Aussteuerwäsche, wunderbare Gardinenauswahl, Steppdecken, Plüschtischdecken, Teppichauswahl, goldene Taschenuhren, Wanduhren, Schmucksachen. Geöffnet ganzen Tag, auch Sonntags. 1274K*

**Steppdecken,** volle Größe, Cretonne 3,00, Trikot 4,25, Similiseide 4,25, Wollatlas 5,50, Normalschlafdecken 1,85, Sonderangebot. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

**Milchverkauf,** neuester hygienischer; Kannen, Kübel, Flaschen, geeichte Maßgefäße. Otto Lindner, Gartenstraße 95. 1092K*

**Brautwäsche,** Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Portieren, Diwandecken, Steppdecken, Läuferstoffe spottbillig wegen Auflösung. Fischer, Potsdamerstraße 100. 1133K*

**Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre.** Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Teppiche,** farbfehlerhaft, für halben Wert. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1246K*

**Plüschportieren,** einzelne Fenster spottbillig. Vorwärtsleser 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1247K*

**5,00** prachtvolle Betten, 9,00 Bauernbetten, nur Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 1297K*

**Landbett,** zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00. Aussteuer, Damastbezüge, Plüschdecken, Gardinen, Portieren, Steppdecken. Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 1298K*

**Bauerndeckbett,** Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Freischwinger, Regulatoren 9,00. Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. Fahrgeld wird vergütet. 1299K*

**Teppiche,** wenig fehlerhafte, Ausverkauf für die Hälfte des Wertes. Richard Wolffs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). Abonnenten Rabatt! 1303K*

### Geschäftsverkäufe.

**Wer** sein Geschäft oder Grundstück schnell diskret an zahlungsfähigen Käufer verkaufen will, verlange unseren kostenlosen Besuch. Gornikiewicz u. Co., Oranienstraße 149. Fernsprecher 4, 11 611. 1290K*

**Parteilokal** krankheitshalber sofort zu verkaufen. Fr. Groebke, Schöneberg, Eberstraße 37. †146

**Destillation** zu verkaufen. Auskunft: Bäckerei Samariterstraße 8.

**Milchgeschäft,** gutgehend, sofort krankheitshalber billig zu verkaufen. Näheres „Vorwärts"-Spedition, Ober-Schöneweide, Edisonstraße 10 I. *

**Gutgehendes** Milchgeschäft verkauft. Zu erfragen Rixdorf, Hobrechtstraße 59.

**Restaurant,** gut, billig zu verkaufen. 3 Vereine, Zahlstelle, 20/2 Bayrisch, 5/2 Weiß, Miete 125,00, 180,00. Chorinerstraße 46/47. †76

**Kolonialwaren-Geschäft** krankheitswegen billig verkäuflich, Rixdorf, Erkstraße 6. †106

**Restaurant** sofort billig verkäuflich, 300 erforderlich, 91 Miete, Liebenwalderstraße 2. †130

**Obst-, Gemüse-Geschäft** sofort verkäuflich. 800 Mark, neue Rolle, Schwerinstraße 8. †139

**Kleine** billige Restauration verkäuflich Manteuffelstraße 117. †19

**Milchgeschäft** billig sofort verkäuflich, Rixdorf, Wildenbruchplatz 1.

**Jungbiergeschäft,** Spirituosen-Kleinhandel, verkäuflich, Sebastianstraße 16. 2200b

**Grünkramgeschäft** umständehalber billig zu verkaufen, Reinickendorf (Ost), Kamekestraße 11. 1231K

### Möbel.

**Möbel,** G. Grau, Gneisenaustraße 10, billigste und beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

**Billige Möbel** aus Versteigerungen Auflösungen, Schränke, Vertikos, Taschensofas 45,—, Büfette, Schreibtische 35,—, Bücherschränke 58,—, Bierzugtische 68,—, Lederstühle 12,—, Trumeaus 30,—, Bettstellen, Tische, Garnituren, bunte Küchen 55,—, enorm große Auswahl kompletter Wirtschaften jeder Stilart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Lemmers Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 1270K*

**Auf Teilzahlung.** Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 2075b*

**Für** Möbelkäufer sehr wichtig! Bitte alles lesen! Hauptsächlich für Verlobte! Fast kein Möbelhändler oder Fabrikant ist imstande, diesen Monat billiger zu verkaufen als ich! Warum? Ich bin gezwungen dazu, weil ich mehrere Lagerräume räumen muß! Jetzt ist noch Zeit, eine Einrichtung oder einzelnes Möbelstück sehr preiswert zu erwerben! Zum Beispiel: Komplette Wohnungs-Einrichtung mit moderner Küche, früher 370, jetzt 250 Mark! Bessere 325, 400, 460, 500, 530, 620 bis 1500 Mark! Speisezimmer mit Lederstühlen 530, bessere 600, 675 bis 1200. Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Ankleideschränke, Säulentrumeaus, Bettstellen, Büfette, Schreibtische, Umbaue, tiefe Kleiderschränke, Vertikos, Garnituren, Plüschsofas! Moderne Küchen 68 bis 150 Mark! Geöffnet 8—½9 Uhr. Sonntags 8—2. Freier Transport, auch weite Vororte. Aufbewahrung frei. Hasemanns Speichereien, Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. Reellen Leuten, welche pünktlich zahlen, gewähre auch Zahlungs-Erleichterung. Nur monatliche oder vierteljährliche Zahlungen! Keine Wochenraten. 2165b*

**Krautstraße** 50 Möbel, Spiegel, Polsterwaren. Ausverkauf im Möbelspeicher: Kleiderschrank 28,00, Vertiko 28,00, Bettstellen, reelle Matratzen 20,00, Trumeau 30,00, Küchenmöbel, Sofas, großartige Auswahl, spottbillige Preise. Krautstraße 50, kein Laden. 2199b*

**Möbeltischlerei** liefert reelle Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, bunte Küchen. Ratenzahlung. Kein Laden, nur Fabrikgebäude. Auch Sonntags. Harnack, Tischlermeister, Stallschreiberstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

**Gelegenheitskäufe** zurückgesetzter, verliehener Möbel, ganzer Wirtschaften sowie neuer Einrichtungen billigst. Auch Teilzahlung. Vorwärtsleser erhalten 3 Prozent. Neumann, Tapezierer, Oranienstraße 202. 1182*

**Möbelangebot.** Im Anhalter Bahnspeicher Möckernstraße 23, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lüdekes Auktions- und Möbelspeicher, Möckernstraße 25. Kostenloser Transport. Lagerung. 1146K*

**Möbel,** neu und gebraucht, billig. Höfer, Admiralstraße 25. 1243K*

**Teppiche — Möbel.** 500 Prachtteppiche (Farbenfehler), jede Größe, zu Spottpreisen. Viele Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Küchen, Kronen, Oelgemälde, Uhren, tausende Gegenstände unter der Hand. Auktionsannahme. Rasch, Grünerweg 3. 1132K*

**Kastanien-Allee** 100. Möbelkeller. Selten günstige Gelegenheitskäufe. Nußbaum Kleiderschrank 30,00. Muschelbettstelle mit gutem Federboden 45,00. Trumeauspiegel 40,00. Taschensofa 35,00. Bunte Küchen 54,00. Komplette Einrichtungen für Brautleute spottbillig. Besichtigung lohnend. Kein Kaufzwang. 1265K*

**Möbelhalle „Norden",** Thiele, Ackerstraße 120 (Gartenplatz). Filiale: Invalidenstraße 118 (Stettinerbahn), Speicher. — Riesenauswahl bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen von 200 bis 3000 Mark. — Gelegenheitskäufe gebrauchter wie neuer Möbel, spottbillig. Aufbewahrung und Lieferung frei. 214K

### Fahrräder.

**Fahrräder, Grammophons,** Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674K*

**Straßenrenner,** billig, Exerzierstraße 25, Mieschke. †149

**Herrenfahrrad,** Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 86b. 977K*

**Halbrenner** und Damenfahrrad, aufgabehalber ganz billig. Große Frankfurterstraße 14, Hof geradezu. *

## Verschiedenes.

**Patentanwalt Bessel,** Gitschinerstraße 94a. 2555K*

**Kunststopferei** von Frau Kolosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

**Violinunterricht** (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion à 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". †*

**Teilnehmer** an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1008K*

**Lernt** die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

**Abendkurse** zur Ausbildung von Technikern und Werkmeistern für Elektrotechnik und Maschinenbau. Prospekte frei. Technische Akademie Berlin 45, Markgrafenstraße 100. *

**Kupfer,** Messing, kauft höchstzahlend Rob. Riedel, Blumenstr. 51.

**Restaurateure** erhalten Einrichtungen oder Aushilfsgelder von erstklassiger Großbrauerei. Offerte „Bierperle", Postamt 102. 2183b*

**Waschanstalt** und Plättanstalt Karl Behrigk, Köpenick, Grünauerstraße 29, wäscht blendend weiße Wäsche ohne Anwendung scharfer Mittel. Bett-, Leibwäsche, 3 Handtücher, 4 Taschentücher 0,10. Abholung Sonnabend. 1320K

**Platina,** Gold, Silber, Gebisse, Kehrgold, sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze Köpenickerstr. 29. Telephon IV, 6958.

**Nähmaschinenreparaturen,** sachgemäß, schnell, billig, in eigener Werkstatt, auch außer dem Hause. Bellmann, Gollnowstraße 26. 1266K*

**Eröffne** heute Donnerstag nachmittags um 4 Uhr in der Landsbergerstraße 48 eine Großdestillation und lade meine Freunde und Bekannten zu einer Gratis-Bierprobe ein. Johann Mathia. 186/9

**Vereine!** Saal, Vereinszimmer verschiedene Tage der Woche frei, auch zu Festlichkeiten zu empfehlen, Schulstraße 66. †120

Für sehr guten Privat-Mittagstisch wünsche einige Herren als Teilnehmer, à 0,70. Warschauerstraße 6, III. Ostermann. †33

## Vermietungen.

### Wohnungen.

**Soldinerstraße** 16 Wohnungen, 3, 2, 1 Zimmer, sofort, sämtliches Zubehör. 2054b*

**Sonnenburgerstraße** 27 Wohnungen, 2, 1 Zimmer, sofort. *

### Zimmer.

**Möbliertes** Zimmer zu vermieten, separat, Gubenerstraße 10, vorn 1 Treppe, Philipp. †48

**Möbliertes** Schlafzimmer für Herrn vermietbar. Offerten „Vorderhaus" Postamt 65. †93

### Schlafstellen.

**Möblierte** Schlafstelle, Herrn, Frau Ganzer, Graunstraße 33, vorn IV.

**Schlafstelle,** Frau Bierenke, Luisenufer 18. 8/11

**Schlafstelle,** freundliche, für zwei Herren, Sebastianstraße 12 I. Ludwig.

**Schlafstelle** zu vermieten. Rügge, Lindenstraße 36, Hof IV. 2201b

**Schlafstelle** bei Struck, Christburgerstraße 14, vorn IV. †140

## Arbeitsmarkt.

### Stellenangebote.

**Nebenverdienst** für jedermann, Auskunft kostenlos. H. Wolf, Zwickau, Nordstraße 30. 1242b

**Lehrling** verlangt Wilhelm Kurth, Töpfermeister, Tegel, Hauptstraße 35.

**Rahmenmacher.** Lundershausen, Prinzenstraße 99. 8/7

Im Arbeitsmarkt durch **besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.**

## Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt:

für **Bodenleger** die Bauten der Firma **Vogel** in Charlottenburg und **Kampfmeyer** in Moabit;
für **Korbmacher** Firma **Kanign** in Lichtenberg; **Reichert** in Marzahn; **Schmidt,** Dresdenerstraße 82;
für **Vergolder Gruhl** in Magdeburg.

**Deutscher Holzarbeiterverband Ortsverwaltung Berlin.**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.